Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.99, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Telephon Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfg. Auswärtige Inserate 40 Pfg. Doppelzeile unter Text 1 Mk. Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pfg. Auswärtige „ 25 Pfg. Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 155. Breslau, Sonnabend, den 5. Juli 1913. 24. Jahrgang.

Die Gefährdung des Reichsgedankens.

Wie die konservative Partei von jeher in der Vergangenheit ihre Siege als Siege des nationalen und vaterländischen Gedankens ausgegeben hat, so versucht sie jetzt auch die Niederlage, die ihr bei der Ausgestaltung der Besitzsteuer zugefügt worden ist, als einen schweren Schlag für die Herrlichkeit des Deutschen Reiches hinzustellen. „Die allmähliche Schwächung der Stellung und der Rechte der Einzelstaaten“, klagt beispielsweise die „Deutsche Tageszeitung“, „ist eine Gefährdung des Reichsgedankens und der Reichszukunft.“

Eine etwas sonderbare Logik: Das Reich wird dadurch geschwächt, daß man seine Kompetenzen vermehrt; der Reichsgedanke wird gefährdet, weil man dem Reiche den Zugang zu Steuerquellen eröffnet, die bisher für die Bundesstaaten reserviert waren. Die entgegengesetzte Auffassung läge näher, und wenn es wahr ist, daß der König von Sachsen ausgerufen habe: „Man soll uns doch lieber gleich mediatisieren“, so würde diese Klage, trotz der gewaltigen Uebertreibung, immerhin noch eher zu verstehen sein. Aber die Junker meinen ja auch nicht, was sie sagen. Sie halten es nur für zweckmäßiger, vom Reich und vom Reichsgedanken zu reden, weil das besonders patriotisch klingt und sie als besorgte Vaterlandsfreunde erscheinen läßt. Im Grunde ist ihnen ja das Reich eine Sache von immer zweifelhafterem Werte, und eben erst hat auf dem pommerschen Parteitage der Konservativen einer der ihren recht skeptische Betrachtungen über das Deutsche Reich angestellt.

Wenn die Rechte von der Starkerhaltung des Reiches spricht, dann denkt sie, sofern es sich nicht gerade um die Vermehrung der Rüstungen handelt, an die Sicherstellung der bundesstaatlichen Kompetenzen. Sie sagt Reich und meint den Föderalismus. Aber nein, sie meint auch nicht den Föderalismus, sondern sie meint Preußen. Und sie meint schließlich auch nicht Preußen, sondern sie meint das Preußen, in dem mit Hilfe eines auf ihre Interessen zugeschnittenen Wahlrechts die Junker die Herrschaft ausüben. Das Reich ist ihr gleichgiltig, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden sind ihr gleichgiltig, nur auf das junkerlich reaktionäre Preußen kommt es ihr an. Beruhte der Reichstag auf einem ähnlichen Wahlrecht, wie das preußische Abgeordnetenhaus, so würden die Konservativen nichts gegen die Erweiterung seiner Machtbefugnisse einzuwenden haben, und wenn daneben in den außerpreußischen Staaten ein demokratisches Wahlsystem eingeführt wäre, so würde sich der Junker Begeisterung für den Föderalismus vollständig legen, und selbst Herr Oertel hätte gegen eine Mediatisierung der Bundesglieder, mit Ausnahme vielleicht seiner sächsischen Heimat, nichts mehr einzuwenden.

Wir haben es also hier mit einer ganzen Sammlung von Verlogenheiten zu tun, die dazu dienen sollen, die Einseitigkeit der wirtschaftlichen und politischen Ansprüche der agrarischen Cliquen zu verdecken. Aber die Dinge sind doch gar zu durchsichtig, und der konservative Schwindelbau bricht schon zusammen, noch ehe er unter Dach gebracht ist. Nicht nur, daß die Logik ihn erschüttert, die nicht zugeben kann, daß es das Reich bedrohen heißt, wenn man ihm neue finanzpolitische Rechte gewährt; auch der Versuch der föderalistischen Fundamentierung ist ein völliger Fehlschlag. Von jeher hat das Zentrum von allen Parteien sich die Wahrung der bundesstaatlichen Interessen am meisten angelegen sein lassen. Es hat nach seiner ganzen Vergangenheit das meiste Recht auf die Bezeichnung einer föderalistischen Partei. Aber da kommt nun die „Kölnische Volkszeitung“, und teilt zur Rechtfertigung der Fraktion gegenüber Angriffen aus katholisch-agrarischen Kreisen mit, daß es namentlich die süddeutschen Abgeordneten in den Zentrumsreihen gewesen seien, denen der Gedanke einer Reichsvermögenssteuer von Anfang an sehr sympathisch war. Gerade die klerikalen Bayern, Württemberger und Badener können am wenigsten in den Verdacht kommen, daß sie zu einer Entrechtung, zu einer Mediatisierung ihrer Staaten die Hand bieten würden, und der konservativen Reichstagsfraktion wird es nicht gelingen, irgend jemanden davon zu überzeugen, daß ihr die Rechte der kleineren und mittleren Bundesglieder mehr am Herzen liegen, als den Herren Steindl, Irl, Matzinger, Fehrenbach, Erzberger, Groeber und wie sie alle heißen mögen.

Höchstens ließe sich noch annehmen, daß diesen Volksvertretern die nötige Einsicht in die staatsrechtlichen Zusammenhänge und das nötige Verständnis für die drohenden Gefahren fehle. Aber der bayerischen Regierung wird man doch am Ende schon zutrauen müssen, daß sie die Verhältnisse überschaut, und wenn nun der Freiherr v. Hertling auf dem Wege über die „Bayerische Staatszeitung“ den Mehrheitsparteien des Reichstages und dem Reichskanzler ob ihrer patriotischen Leistungen Weihrauch streut und es für kleinlich erklär die Bedeutung des glücklich vollendeten vaterländischen Werkes durch den Hinweis auf die Art der Deckung herabzusetzen, so ist es den Konservativen nicht mehr gut möglich, ihre Abneigung gegen das Steuerzahlen und ihre Sorge um die Zukunft ihres Einflusses „föderalistisch“ zu begründen. Preußen selbst hat ja zugestimmt, als Bethmann-Hollweg, der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident, zustimmte. Mit ihrer Berufung auf frühere Ausführungen des preußischen Finanzministers kommen sie also auch nicht weit, und es bleibt ihnen nur der eine Trost, daß sie der preußischen Regierung die Meinung sagen werden, sobald der Landtag wieder zusammentritt. Darauf kann sich Bethmann einstweilen freuen.

Heraus mit der Sprache.

Das Geraune von unheimlichen Sabotageakten deutscher Arbeiter geht gegenwärtig wieder einmal durch die Presse. Diesmal trifft der Vorwurf die Werftarbeiter. Kürzlich erst sollten organisierte Arbeiter beim Streik der Hochbahnangestellten in Hamburg verbrecherische Anschläge gegen die Betriebsanlagen verübt haben. Die eingeleitete Untersuchung ergab gar bald die Unwahrheit dieser Behauptungen. Gegenwärtig werden die Anschuldigungen so geheimnisvoll und unbestimmt erhoben, daß es nicht ohne weiteres möglich ist, dieselben nachzuprüfen oder gar eine gerichtliche Untersuchung herbeizuführen. Im „Deutschen Boten“ behauptet A. Dix: „Neuerdings mehren sich die Anzeichen dafür, daß hier (auf den Werften) auch zu dem verwerflichsten Mittel in den Arbeiterkämpfen gegriffen wird, nämlich zur Sabotage, wie sie bisher namentlich in den romanischen Ländern gebräuchlich war, leider aber auch in Deutschland mehr und mehr propagiert wird. Aus unbekannten Gründen, vielleicht aus Besorgnis, durch das Bekanntwerden schlechter Beispiele den Nachahmungstrieb anzustacheln und ein Sabotagefieber zu erzeugen, halten die Werften mit den Berichten über begangene Untaten zurück, doch haben sie nicht verhindern können, daß einige besonders eklatante Fälle zur Kenntnis weiterer Kreise gekommen sind.“. Warum nennt man nicht wenigstens die Werft, auf der solche Sabotageakte vorgekommen sein sollen? Die Behauptung, daß durch die Veröffentlichung des Sachverhalts ein „Sabotagefieber“ erzeugt werden könnte, ist völlig haltlos. Arbeitgeber wie Arbeiter haben ein Recht zu verlangen, daß diesen dunklen Andeutungen recht bald genauere Erklärungen folgen. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um die gewiß sehr wichtige Frage, ob das Verbrechen zum wirtschaftlichen Kampfmittel gestempelt werden soll. Man glaube nicht, daß die organisierte Arbeiterschaft irgendwie solchen Veröffentlichungen gegenüber ängstlich zu sein brauche. Sie hat die Anwendung von Sabotage bisher klipp und klar verurteilt und sich mit größtem Erfolg bemüht, in ihren Reihen die strengste Disziplin aufrechtzuerhalten; trotz aller Provokationen seitens polizeilicher Organe 2c. ist ihr dies auch gelungen. In einem Werftbetriebe kann eine vorsätzliche Zerstörung von Betriebsanlagen das schwerste Unglück herbeiführen. Glaubt man wirklich, die Arbeiter würden einen Kollegen in ihrer Mitte dulden, von dem sie solche Verbrechen zu gewärtigen hätten? Solange die in Betracht kommenden Werften nicht offen mit der Sprache herausrücken, bleiben die in der Presse immer wieder auftauchenden Sabotagegerüchte gegenstandslos. Es bleibt lediglich der Verdacht bestehen, daß die Werftverwaltungen oder andere Kreise mit diesen dunklen Hinweisen auf die angebliche Sabotagegefahr Ziele verfolgen, die das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen haben. Die Vermutung liegt nahe, daß hier diejenigen Leute am Werke sind, die Deutschland wieder mit Ausnahmegesetzen gegen das um seine kümmerliche Existenz ringende Proletariat beglücken wollen. Wenn dies der Fall ist, so ist allerdings kein Wort scharf genug, um das verbrecherische Treiben solcher Hetzapostel zu brandmarken. Im Interesse der Arbeiter wie der Arbeitgeber liegt es, daß recht bald Einzelheiten über die behaupteten Sabotagefälle auf deutschen Werften veröffentlicht werden. Herunter mit der Maske und heraus mit der Sprache!

Politische Uebersicht.

Die Wut plaudert aus.

Die Konservativen haben es in den letzten Jahren möglichst vermieden, ihrer Abneigung gegen das Reichstagswahlrecht öffentlich Ausdruck zu geben. Sie haben sich darauf beschränkt, das preußische Wahlsystem zu verteidigen und im übrigen versichert, daß sie an dem Reichstagswahlrecht, da es nun einmal so sei, wie es sei, nicht rütteln wollen. Durch die Niederlagen in der letzten Zeit bei den Wahlen sowohl wie vor allem bei der Abstimmung über die Vermögenszuwachssteuer, sind sie nun aber so sehr aus der Fassung gebracht, daß sie die bisher beobachtete Vorsicht außer Acht lassen und wieder anfangen, zornige Kritik an dem Wahlrecht zum Reichstag, den die Konservative Korrespondenz“ in ihrer Wut einen demokratischen Konvent nennt, zu üben.

Den äußeren Anlaß gibt die Wahl des Abgeordneten Naumann in Waldeck. Die „Kreuzzeitung“ hat herausgerechnet, daß der deutschsoziale Kandidat Vieweger in dem eigentlichen Waldeck auch diesmal die Mehrzahl der Stimmen erhalten habe. Lediglich in dem Pyrmontschen Bezirke mit knapp zehntausend Köpfen seßhafter Bevölkerung habe sich die Stimmenzahl für den Freisinn vermehrt. Das liege daran, daß in Pyrmont zurzeit die Badesaison in vollem Gange sei und gewissermaßen habe die Schar der dort vorübergehend beschäftigten Kellner und Hotelangestellten Herrn Naumann in den Reichstag gesandt.

Von den Freisinnigen kann drauf erwidert werden, daß es erstens auch in dem eigentlichen Waldeck einen Kurort gibt, in dem die Badesaison in vollem Gange ist, nämlich Wildungen und daß zweitens der Wahlkreis im Jahre 1907 von den Liberalen auch im Winter erobert worden ist. Aber schließlich ist es ja nebensächlich, ob die „Kreuzzeitung“ Herrn Naumann mit verächtlicher Miene als den Vertreter der Pyrmonter Kellner bezeichnet. Wichtiger ist die Schlußfolgerung, die sie aus der Wahl zieht und die lautet:

> Der Vorgang zeigt, wie bedenklich es wirken muß, daß in der Verfassung bezüglich des Reichstagswahlrechts jede Bestimmung über die Dauer der Ansässigkeit fehlt. So lag auch hier, wie es häufig vorkommt, die Entscheidung nicht bei der seßhaften Bevölkerung des Wahlkreises, sondern die zufällige Anwesenheit einer Anzahl von jungen Leuten, die weder dort bodenständig sind, noch seine Interessen kennen und wahrnehmen können, beeinflußte das Wahlergebnis.

Die Konservativen bekennen sich hier also zu der Forderung einer Ansässigkeitsklausel in den Wahlrechtsbestimmungen. Daß die Verwirklichung dieses Gedankens die politische Entrechtung von hunderttausenden von Arbeitern bedeutete, braucht nicht erst gesagt zu werden. Aber es ist gut, daß die Reaktionäre in ihrem Grimm ihre heimlichen Pläne wieder enthüllen. Mit umso größerem Eifer wird die Arbeiterschaft bestrebt sein, den bisherigen Niederlagen der Rechten neue hinzuzufügen.

Zwei Reichstagsnachwahlen.

Die Konservativen verlieren zwei Reichstagsmandate. Das dürfte das voraussichtliche Ergebnis der Nachwahlen in Zauch-Belzig-Luckenwalde und in Salzwedel-Gardelegen sein. Zwei Junker, die Herren von Oertzen und von Kröcher werden nicht wieder in den Reichstag einziehen, wo sie seit den letzten Wahlen zu Unrecht gesessen haben. Ein Sozialdemokrat und ein nationalliberaler Bauernbündler werden sie ersetzen. Die Resultate der Ersatzwahlen vom Mittwoch lauten wie folgt:

In Zauch-Belzig-Luckenwalde erhielt der Reichsparteiler v. Oertzen, dessen Wahl am 19. Februar für ungiltig erklärt worden war, 10 986, Hormann (fortschr. Vpt.) 7963 und Ewald (Soz.) 13 566 Stimmen. Abg. Erzberger (Zentr.) erhielt 80 Stimmen. Es findet also, wie bereits gemeldet, Stichwahl zwischen von Oertzen (Reichspartei) und Ewald (Soz.) statt.

In der Hauptwahl 1912 erhielten von Oertzen (Reichsp.) 11 014, Ewald (Soz.) 18 367 und Dr. Freund (Vp.) 9226 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann von Oertzen mit 16 942 Stimmen über Ewald, der 16 652 Stimmen erhielt.

Die Wahl des Abg. von Kroecher in Salzwedel-Gardelegen wurde am 17. April für ungiltig erklärt. Bei der Nachwahl erhielten jetzt von Kroecher (kons.) 6999, Schultz-Ritze (kons.) 4045, Dr. Böhme (Bauernbund) 10 754, und Bergemann (Soz.) 1919 Stimmen. Somit findet hier Stichwahl zwischen v. Kroecher und Dr. Böhme statt.

Bei der Hauptwahl 1912 waren auf v. Kroecher 12.073, auf Dr. Böhme 10.271 und auf Koch (Soz.) 2407 Stimmen entfallen. In der Stichwahl hatten erhalten v. Kroecher 13.465 und Dr. Böhme 13.144 Stimmen.

Die Wahlen bestätigen erneut, daß es mit der Junkerherrlichkeit bergab geht. Auch ein ländlicher Kreis nach dem andern schüttelt sich diese Sorte von „Volksvertretern“ ab, nachdem sie bei den Hauptwahlen zu Dutzenden aus den Städten hinausgeworfen worden sind. Weder Schnaps noch Terror noch behördliche Wahlbeeinflussung können hieran noch etwas ändern.

Bethmann-Hollweg, der Reichskanzler der Agrarier.

Der Reichskanzler warf im Reichstage bei den Verhandlungen über die Deckung der Kosten für die neue Heeresverstärkung seine ganze Persönlichkeit in die Wagschale, um zu verhindern, daß die Erbanfallsteuer zum Gesetz erhoben wurde. Er hatte ein entschiedenes Nein. Das war aber nicht das Nein der Regierung, wie es den Anschein hatte, sondern das Nein der Agrarier und Junker, die den Kanzler als den Vertreter ihrer Interessen ansahen. Das bestätigt jetzt die „Tägl. Rundschau“.

Die „Köln. Volksztg.“ hatte geschrieben, „im Bundesrat sei eigentlich eine Mehrheit für eine Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten vorhanden gewesen, und nur der Tatsache, daß der Reichskanzler seine ganze Persönlichkeit dagegen einsetzte, war es zu verdanken, daß der Bundesrat keine Erbanfallsteuer, sondern die indirekte Besitzbesteuerung auf dem Umwege über die Einzelstaaten vorschlug.“ Hierzu macht die „Tägliche Rundschau“ folgende interessante Ausführungen:

„Diese Angaben sind nicht erschöpfend. Der Hergang ist, wie wir mitteilen können, folgender gewesen: Im Bundesrat

war nicht nur eine Mehrheit für die Erbanfallsteuer vorhanden, sondern der Bundesrat war einstimmig dafür. Sogar der bayerische Ministerpräsident hatte, wie wir seinerzeit melden konnten, erklärt, daß er zwar persönlich ein entschiedener Gegner der Erbanfallsteuer sei, daß Bayern aber, wenn eine erhebliche Mehrheit im Bundesrat sich für die Erbanfallsteuer erkläre, ebenfalls dafür sein werde und zwar mit Rücksicht darauf, daß Bayern im Jahre 1909 derselben Steuer seine Zustimmung erteilt habe. Daß der Bundesrat die Erbanfallsteuer wollte, war dem Reichskanzler genau bekannt. Er hat aber die Erbanfallsteuer nicht vorgeschlagen und er hat dies im Bundesrat damit begründet, daß er mit Rücksicht auf die Konservativen und das Zentrum, deren Unterstützung er zur Bewilligung der Heeresvorlage unumgänglich brauche, die Erbanfallsteuer nicht vorschlagen könne. Dafür hat sich der Reichskanzler allerdings mit seiner Persönlichkeit eingesetzt und eine Mehrheit des Bundesrat hat ihm beigepflichtet, das heißt: Diese Mehrheit hat sich nicht etwa gegen die Erbanfallsteuer erklärt, sondern sie hat es nur gebilligt, daß unter den obwaltenden Umständen der Reichskanzler die Erbanfallsteuer nicht vorschlagen könne. Damit fiel die Erbanfallsteuer, statt ihrer schlug der Reichskanzler die Reichsvermögenszuwachssteuer vor. Gegen diese erklärten sich aber die süddeutschen Staaten, Sachsen, die Hansestädte und noch einige kleine Bundesstaaten. Mit Rücksicht auf die Größe dieser Minderheit ließ es der Reichskanzler zu einer Abstimmung über die Reichsvermögenszuwachssteuer nicht kommen. Er gab es auf, diese Steuer zum Hauptstück der Deckungsfrage zu machen. Aber er drang darauf, und setzte dafür die siebzehn Stimmen Preußens ein, daß die Vermögenszuwachssteuer in die Regierungsvorlage, auf die sich der Bundesrat dann einigte, wenigstens als Ergänzungssteuer hineinkam. Die Verständigung über diese Regierungsvorlage war allerdings ein Noterzeugnis, an dem keiner der Beteiligten seine Freude hatte."

Bethmann-Hollweg hat für seine Betätigung bei der Heeresverstärkung die Brillanten zum Schwarzen Adlerorden erhalten. Die Agrarier werden dem Kanzler die Auszeichnung von Herzen gönnen als eine Belohnung für die Vertretung ihrer Interessen!

Noch eine Stimme zu den Wehr- und Deckungsvorlagen.

In den „Preußischen Jahrbüchern" nimmt deren Herausgeber, Hans Delbrück das Wort zu den neuen Gesetzen über die Heeresverstärkung. Wir registrieren diese Stimme noch, weil Delbrück den Konservativen eine sehr schlechte Note ausstellt. Mit der Armee- und Steuervermehrung, wie sie der Reichstag beschlossen hat, ist Delbrück sehr zufrieden. Dann bemerkt er:

„Eine merkwürdige und höchst bedauerliche Rolle bei der Herstellung des großen Werkes hat leider die konservative Partei gespielt. Das Verdienst hat das Zentrum mit den beiden liberalen Parteien. Im besonderen ist es dem Zentrum sehr hoch anzurechnen, daß es sich von den Konservativen getrennt hat — abermals die Fabel vom schwarzblauen Block Lügen strafend — und die lange bekämpfte Erbschaftssteuer akzeptiert hat, während die Liberalen wiederum die Selbstentsagung geübt haben, das Zuwachs-Prinzip anzunehmen, das im allgemeinen der Landwirtschaft günstiger ist als den städtischen Gewerben. Weshalb die Konservativen sich unter solchen Umständen schmollend in die Ecke gestellt haben, statt an dem vaterländischen Werk mitzuarbeiten, ist schwer zu verstehen. War es der allerkleinlichste Standes-Egoismus? War es Doktrinarismus? Ich habe schon sagen hören, Herr von Heydebrand werde mit seiner Unentwegtheit die Konservativen ruinieren, wie einst Eugen Richter den Liberalismus. Werden die konservativen Abgeordneten etwa gar sich vor den Wählern, die unzufrieden sind, weil sie zahlen sollen, rühmen, daß sie gegen diese Steuer gestimmt hätten? Daß sie sich damit bei vielen Wählern liebes Kind machen könnten, ist wohl wahr, aber nicht einmal Eugen Richter hat mit solchen Trias dauernden Erfolg gehabt — für eine konservative Partei müßten sie tödlich werden. — Die nächste Rückwirkung des so unpolitischen wie unpatriotischen Gebarens der konservativen Partei muß sich im preußischen Abgeordnetenhause zeigen. Dieselbe Partei-Kombination, die die Finanzreform im Reich gemacht hat, kann auch die Wahlreform in Preußen machen."

Der Balkankrieg und die deutsche Heeresverstärkung.

Die „Frankfurter Zeitung" verspottet in einem Leitartikel, in welchem sie sich mit dem neuen Balkankriege befaßt, ihre eigenen Parteifreunde im Deutschen Reiche, die eben der Heeresvorlage zugestimmt haben. Sie schreibt:

„An manchen Stellen der Triple-Entente scheint man diese Zuversicht (die Zuversicht auf die Einigkeit der Balkanstaaten) ernst genommen zu haben, und besonders in Frankreich machte man sich in dieser Richtung Illusionen auf Gewinnung eines neuen Bundesgenossen gegen Deutschland. Das Merkwürdigste aber war, daß auch der deutsche Reichskanzler solchen Illusionen sich hingab und die große Wehrvorlage wesentlich damit begründete, daß durch den Balkankrieg die Machtverhältnisse im Südosten stark zu unsern Ungunsten sich verschoben hätten. Leider ist die „Frankfurter Zeitung" in diesem letzten Halbjahr das einzige bürgerliche Blatt gewesen, das von Anfang an und dauernd auf die vollständige Unrichtigkeit dieser Begründung hingewiesen und sie nachgewiesen hat. Wir möchten heute nicht in der Haut eines Staatsmannes stecken, der im Winter und Frühjahr hindurch so harmlos gewesen ist, die siegreichen Balkanstaaten für die Zukunft als einheitlichen Machtfaktor in seine Rechnung zu setzen und seine ganze Politik auf diese Rechnung zu basieren. Es ist aber auch charakteristisch für den ganz unbegründeten Respekt vor den geheimen und vertraulichen Informationen und Kenntnissen von allem, was sich „Diplomat" und „Auswärtiges Amt" titulieren, das in Deutschland die öffentliche Meinung und leider auch die Volksvertretung davon zurückscheucht, ein selbständiges Urteil in Fragen der internationalen Politik sich zu bilden und durchzuhalten. Dabei war im Oktober v. Js., als der Balkankrieg gegen die Türkei begann, die Meinung allgemein, daß die Einigkeit zwischen den Verbündeten nicht von Dauer sein werde. Nur haben die braven Leute, die der Geheimwissenschaft titulierter Politiker mehr vertrauten, als ihrem eigenen Wissen und Verstand, inzwischen sich das wieder ausreden lassen und stehen vor einer ganz überraschenden Situation."

Wahlprüfungen. Jetzt nach der Vertagung des Reichstags rumort ein Teil der bürgerlichen Presse wegen Nichterledigung der Wahlprüfungen. Die „Braunschweigische Landeszeitung" hat die Legende aufgebracht, es sei zwischen Nationalliberalen, Zentrum und Sozialdemokraten das Abkommen getroffen worden, alle Entscheidungen über ungiltig erklärte Wahlen bis zum Herbst zu vertagen. Es kämen dabei besonders in Frage das Mandat des sozialdemokratischen Abgeordneten Hanzi, des nationalliberalen Abg. Kölsch und des Zentrumsabgeordneten Kuckhoff. Durch die Vertagung habe man den Genannten die Freikarten für den Sommer retten wollen. — Die ganze Erzählung ist natürlich blöder Unsinn; es kann von einem Abkommen in dieser Richtung gar keine Rede sein, insbesondere hat die Sozialdemokratie mit solchen Dingen nichts zu tun. Die Erledigung der Wahlprüfungen scheiterte lediglich am Zeitmangel.

Protestversammlung gegen das Erfurter Zuchthausurteil. In Dresden fanden am Mittwoch abend sechs überfüllte, zum Teil abgesperrte Versammlungen mit der Tagesordnung „Militärisches Schreckensurteil — Wehrvorlage" statt. In allen Versammlungen machte sich bei Besprechung des Erfurter Urteils stürmische Erregung geltend. Ueberall wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen den Militarismus und die Militärjustiz wendet und das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion anerkennt.

Der Zug des Herzens. Die Reichspartei scheint endlich den ersehnten Zuwachs zu erhalten. Als im Reichstag der Abgeordnete Schultz-Bromberg seine Zustimmung zum Besitzsteuerkompromiß abgab, erwähnte er in einem Nachsatz, daß auch der Abgeordnete Freiherr v. Heyl sich dieser seiner Erklärung anschlösse. Das ließ schon ein intimeres Verhältnis zwischen der Reichspartei und dem vor dem nationalliberalen Herrn v. Heyl vermuten. Jetzt teilt auch die „Wormser Volkszeitung" mit, daß nach ihren Informationen der Uebertritt des Freiherrn zu dem kleinen Häuflein um den Bromberger Schultz unmittelbar bevorstehe.

Dahin hat er schon lange gehört und es wäre im Interesse der Klärung der politischen Verhältnisse nur zu begrüßen, wenn er gleich noch einige Mitglieder der nationalliberalen Fraktion zur Begleitung mitnähme. Selbst auf die Gefahr hin, daß damit die Reichspartei wieder Fraktionsstärke erhielte.

Ausweisungsfieber in Straßburg. In Straßburg wurde der englische Ingenieur Webb, der einen neuen Flugapparat auf dem dortigen Flugplatze vorführen wollte, von den Straßburger Behörden ausgewiesen. Die Ausweisung scheint sehr schwach begründet zu sein. Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet, anscheinend behördlich inspiriert, daß das Ausweisungsverfahren vermutlich mit Ermittelungen zusammenhängt, die gegen W. vor einiger Zeit wegen Spionageverdachts schwebten. Es wurde damals allerdings kein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet; es sei den Straßburger Behörden aber nicht zu verdenken, wenn sie einen derart verdächtigen Mann innerhalb der Mauern einer der größten Festungen an der Westgrenze nicht dulden wollen. Im Kriegsministerium sei bisher ein offizieller Bericht über die Angelegenheit noch nicht eingelaufen. — Es ist sehr schlimm, daß man Ausländer kurzerhand ausweist und noch nach Tagen keinen triftigen Grund dafür angibt.

Außer dieser Ausweisung wird noch eine zweite gemeldet: Nach einem Telegramm des „Berl. Tagebl." wurde ein Schweizer namens Brunner, der seit 20 Jahren in Straßburg als Besitzer einer geachteten Buchhandlung ansässig ist, als lästiger Ausländer ausgewiesen, weil er einige gegen Elsaß-Lothringen gerichtete und deshalb jetzt verbotene Bücher, ehe sie verboten wurden, verkauft hatte, etwas, was die übrigen Straßburger Buchhandlungen auch taten. Der Schweizer Bundesrat verlangt eine Untersuchung der Angelegenheit.

Derartige Ausweisungen fördern gewiß nicht das Ansehen des Deutschen Reiches.

Zur Unterdrückungspolitik in Schleswig. Die Germanisierungspolitik in Schleswig hat besonders in letzter Zeit einen Charakter angenommen, der keineswegs günstig für das Ansehen des Reiches ist. Jetzt bringt die freikonservative „Post", die gute Fühlung mit den Regierungskreisen hat, die Meldung, daß die schleswig-holsteinischen Landräte, die so schikanösen Maßnahmen gegen die in ihren Kreisen ansässigen Dänen und gegen die „Heimatlosen" getroffen haben, von der preußischen Regierung völlig gedeckt sind. Das Blatt schreibt am Schluß eines Leitartikels: „Wir wir aus zuverlässigster Quelle wissen, ist man an maßgebender Stelle in Berlin über die Dinge, die sich in der Nordmark abspielen, vollkommen unterrichtet und billigt dementsprechend alle Abwehrmaßnahmen, die von den nordmärkischen Verwaltungsbehörden der deutschen und preußischen Interessen für notwendig erachtet werden."

Ein Staat muß auf keinem festen Boden stehen, wenn ihn schon ein Schiff mit dänischen Auswanderern ins Wanken bringen kann.

Eine Denkschrift über das Kinderelend in Preußen. Auf Veranlassung des preußischen Kultusministeriums und des Ministeriums des Innern sind Erhebungen angestellt worden über die bestehenden Einrichtungen zur Bekämpfung des Kinderelends. Aus den Antworten auf den Fragebogen soll hervorgehen, welche Anstalten für Säuglingspflege, der Fürsorge für Schwangere, welche Kleinkinderschulen, Kleinkinderbewahranstalten, Kindergärten usw. vorhanden sind. Das Ergebnis dieser Erhebungen soll nach Verarbeitung durch das statistische Landesamt in einer Denkschrift veröffentlicht werden. Wenn die Denkschrift nur einigermaßen objektiv ist, dann wird sie zeigen, daß zur Bekämpfung des Kinderelends in Preußen eigentlich noch alles zu geschehen hat.

Landwirtschaftsbank für Deutsch-Südwestafrika. Die kaiserliche Verordnung über Begründung einer Landwirtschaftsbank in Windhuk ist erschienen. Das Institut wird mit einem Kapital von 10 Millionen Mark arbeiten. Das Kapital wird der Schutzgebietsanleihe entnommen. Die Tätigkeit der Bank soll wesentlich auf dem Gebiete des Boden- und Meliorationskredits liegen.

Die Militärlasten in den Bundesstaaten. Im württembergischen Landtag wurde die Frage erörtert, welche Wirkung die eben beschlossenen Reichssteuern zur Deckung der Militärausgaben auf die bundesstaatlichen Finanzen haben werden. Von fortschrittlicher Seite wurde vorgeschlagen, den durch die Ueberweisung des Versicherungsstempels an das Reich sowie den bei der Erbschaftssteuer zu erwartenden Ausfall durch eine direkte Vermögenssteuer, die bisher in Württemberg nicht besteht, zu decken. Der Finanzminister berechnete den Ausfall der Steuern in Württemberg auf anderthalb Millionen Mark und kündigte einen Gesetzentwurf über eine Ausdehnung des Zuschlags zur Reichserbschaftssteuer, sowie die Einführung einer Vermögenssteuer an.

Ausland.

Der Tod eines Rebellen. In Paris starb am Dienstag Henri Rochefort im Alter von 83 Jahren; ein Mann, der eine Zeitlang eine Rolle in der Geschichte Frankreichs gespielt hat, da er einer der gefürchtetsten Journalisten war. Er betrieb die Opposition aus Neigung und frei von irgend welchen politischen Grundsätzen. Er war einer der gefährlichsten Gegner Napoleons III. In seiner Zeitung „La Lanterne" griff er die Regierung des Kaiserreiches in der bissigsten Weise an, die sich durch zahllose Verfolgungen an ihm zu rächen suchte. Rochefort beteiligte sich dann in seiner Weise am Kommuneaufstand und wurde dafür zu lebenslänglicher Deportation verurteilt. Es gelang ihm aber, zu entfliehen, und zunächst von der Schweiz aus, dann nach der Amnestie wieder in Frankreich mit seiner „Lanterne" und später in anderen Zeitungen die Rolle eines journalistischen Raufboldes weiter zu spielen. Später wurde er ein Helfer Boulangers, was ihm wiederum gerichtliche Verfolgungen eintrug. Seine innere Haltlosigkeit warf ihn dann in der Dreyfusaffäre auf die Seite der Klerikalen und der Generalstabskomarilla, wodurch er sich selbst um alles Renommee brachte. Seine Grundsatzlosigkeit hat ihn auch niemals zu einem Verständnis des Sozialismus und der Arbeiterbewegung kommen lassen.

* * *

Erweckt.

Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger.

4] (Nachdruck verboten.)

Bald nachdem die Großeltern mit den Enkelkindern ihr einfaches Abendessen eingenommen, öffnet sich leise die Tür der Küche ein wenig. Ein junger Mann steckt seinen Kopf durch den Spalt und fragt: „Störe ich?"

Ehe die Alten antworten können, ist Emil schon an die Tür gesprungen. „Komme herein, Onkel Helmut! Weißt Du es schon von meinem Vater?"

„Ja! Emil. Es ist mir heute abend, als ich von der Montage aus der Richterschen Fabrik kam, frühzeitig auf der Straße erzählt worden."

„Aber das weißt Du noch nicht, daß ich mit meinem Vater bis in das Gefängnis gegangen bin!"

„Nein! Aber etwas anderes weiß ich."

„Was denn?"

„Daß Du ein braver kleiner Kerl bist."

Der Kleine sieht mit strahlenden Augen zu dem jungen Manne auf. „Nicht wahr, Onkel Helmut, mein Vater kommt doch bald wieder aus dem Gefängnis?"

„Wir wollen es hoffen, Emil. Die Verhaftung war schon eine Gemeinheit und die Inhaftierung wäre es erst recht. Aber bei den traurigen Zuständen, die jetzt bei uns herrschen, müssen wir uns immer auf das Schlimmste gefaßt machen."

„Spielst Du mir wieder Stille Nacht, heilige Nacht vor, Onkel? Meine Mutter weiß schon, daß wir es einüben."

„Ei Du kleine Plaudertasche! Damit wollten wir doch Deine Eltern am Weihnachtsheiligenabend überraschen!"

„Ja, Onkel! Aber der Lehrer hat gesagt, vor den Eltern darf ein Kind keine Geheimnisse haben, und der Mutter soll man nichts verbergen."

„Da hat der Lehrer recht, mein Junge. Jede Regel hat aber ihre Ausnahmen. Etwas Gutes, mit dem man den Eltern eine Freude machen will, das darf man schon eine Weile geheim halten. Das ist keine Sünde."

„Ja, Onkel! Nun weiß es aber Mutter doch einmal."

„Na, das ist aber nicht schlimm. Du kleiner Gewissenhafter Mann. Deshalb werden sich Deine Eltern doch freuen, wenn Du am Heiligabend schön singst. Ueben können wir aber heute abend nicht. Ich muß noch einen Bericht über die heutigen Vorgänge für die „Volksstimme" schreiben."

„Kommt da auch hinein, daß mein Vater verhaftet wurde, Onkel?"

„Gewiß."

„Dann mußt Du mit hineinschreiben, daß die Gendarmen meinen Vater im Gefängnis gepufft und gestoßen haben, und daß mein Vater um Hilfe geschrien hat."

„Diese Elenden! Das sieht ihnen ähnlich! Einen wehrlosen Menschen auch noch mißhandeln! Berichten können wir jedoch darüber nichts. Sonst wird der Redakteur angeklagt und kommt wegen Beleidigung der Gendarmen selbst mit ins Gefängnis."

„Wieso denn, Onkel? Ich habe es doch selbst gesehen und gehört, und die Gendarmen können es doch nicht leugnen. Unser Lehrer sagt immer, die Wahrheit müsse man stets sagen, und der Herr Prediger Pauli, der vor acht Tagen zur Visitation in der Schule war, sagte ein Mensch, der lügt, begehe eine schwere Sünde."

„Hm, ja Emil! So wird es gelehrt, und es ist auch alles richtig. Trotzdem ist es oft sehr gefährlich, die Wahrheit zu sagen. Frage einmal Deinen Großvater. Der hat viele Erfahrungen in seinem Leben gesammelt."

Der Kleine dreht sich um, tritt an den Alten und fragt: „Wie ist das, Großvater?"

Dem Alten huscht über den fast männlichen Ernst mit dem der Kleine die Frage stellt, ein leises Lächeln über das runzelige Gesicht. Er zieht den Enkel dicht an sich heran, streichelt ihm liebkosend die Wangen und sagt: „Das geht ja noch gar nicht in Dein kleines Köpfchen hinein, was Du da wieder wissen willst."

„Sage es mir nur, Großvater! Ich werde es schon verstehen. Und was ich nicht ganz verstehe, das macht mir Onkel Helmut vollends klar."

„Na, dann wollen wir es mal probieren, Du kleine Wißbegierde. Was hast Du denn heute so gedacht, als Dein Vater verhaftet wurde? Hast Du gemeint, daß Deinem Vater Recht widerfährt?"

„Nein, Großvater! Großes Unrecht! Mein Vater hat ja gar nichts gemacht. Er hat nur ruhig dagestanden, wie die Fabrikarbeiter auch."

„Gut! Wenn Du nun größer werden und in das Leben hinaustreten wirst, dann wirst Du unendlich viel Unrecht sehen. Meinst Du etwas, das zum Himmel schreit."

„Warum wird denn dieses viele Unrecht begangen, Großvater?"

„Um die Armen darniederzudrücken, und damit das große und reiche Volk immer mächtiger und reicher wird."

„Weshalb lassen sich denn die Leute das gefallen, Großvater?"

„Jetzt sind wir bei der Hauptsache angekommen, Emil. Die Leute würden sich das nicht gefallen lassen, wenn sie den nötigen Verstand hätten. Wenn das Kind zur Schule kommt, wird es schon von Kindesbeinen an verdummt. Der Lehrer muß den Kindern hundert Dinge erzählen, von denen er genau weiß, daß sie nicht wahr sind. Macht er es nicht, dann wird er weggejagt, aus Amt und Brot gebracht von den Leuten, die die Macht im Staate haben und deren Regiment eben auf der Dummheit des Volkes beruht."

„Und die Prediger, Großvater, sagen die reine, richtige Wahrheit?"

„Nein, Emil! die müssen genau so predigen, wie ihnen vorgeschrieben ist. Sonst verlieren sie sofort ihre Stelle. Dann läßt das reiche Volk Bücher, Zeitungen und Flugblätter drucken, in denen Tausende von Lügen aufgetischt werden. Und zu alledem kommt noch die Polizei, die von dem großen Volk überall gegen die Armen gehetzt wird. Weil die Polizei ein Werkzeug der Reichen ist, muß sie auch stets Recht behalten, weil sonst, wie es immer heißt, die Autorität des Staates leiden würde. Zehn arme Menschen kommen vor Gericht nicht gegen einen Polizisten auf, und wenn sie hundertmal Recht haben."

„Und der Zeitungsmann würde wirklich eingesteckt, wenn Onkel Helmut in seinen Bericht hineinschriebe, was ich gesehen und gehört habe?"

„Ganz gewiß, Emil! Es ist schon dagewesen, daß Leute von der Polizei so mißhandelt wurden, daß Aerzte die Verletzungen bescheinigt haben. Aber die Polizisten haben dann alle geschworen, daß keiner die Mißhandlung ausgeübt oder bemerkt hat. Es hieß dann immer, die Verhafteten hätten in ihrer Zelle getobt, und sich dabei die Verletzungen selbst zugefügt. Die Richter haben das natürlich geglaubt, und die armen Redakteure, die über die Sache in ihren Blättern berichtet hatten, wurden wegen Beleidigung der Polizei ins Gefängnis geschickt."

Der Kleine sieht mit finsterem Gesicht vor sich nieder. Dann sagt er: „Bitte, lieber Onkel Helmut, gehe mal eine kleine Weile hinaus."

„Was fällt Dir ein, Emil! Wie kannst Du Dich unterstehen, Herrn Berg aus der Küche zu weisen?"

„Ich gehe ja schon", sagt Helmut, der an dem Kleinen seine helle Freude hat. „Sage es mir nur, Emil, wenn ich wieder kommen darf."

Als der junge Mann auf den Flur getreten ist, und leise die Küchentür zugemacht hat, sagt der Alte zum Enkel scharf verweisend: „Daß Du Dir nie wieder so etwas herausnimmst, Emil!"

„Sei doch gut, Großvater, ich habe es ja gar nicht so gemeint", sagt der Kleine mit Tränen in den Augen. „Ich will Dich ja nur um etwas fragen, und Dir etwas sagen, was Onkel Helmut nicht hören soll."

(Fortsetzung folgt.)

780 000 Unterschriften gegen die dreijährige Dienstzeit. Während der Kammersitzung am Mittwoch erschienen etwa 30 Sozialisten im Gänsemarsch auf der Estrade. Sie trugen schwere Pakete, die die von Sozialisten und Gegnern der Regierung in ganz Frankreich gesammelten 780 000 Unterschriften gegen den dreijährigen Dienst enthielten. Alle Pakete wurden hinter dem Sitz des Präsidenten niedergelegt.

* * *

Das Kriegsgericht zu Nancy verurteilte den Soldaten Lucien Barres, der im Fort Villers-le-See „Nieder mit den drei Jahren!" rief, die Internationale sang und mehrere Unteroffiziere beschimpfte und bedrohte, zu vier Jahren Gefängnis.

* * *

Politische Korruption. In der oppositionellen französischen Presse wird folgende Affäre erörtert: Als der Börsenmakler Maurice Berteau es mit Hilfe seines Schwiegervaters, des Inhabers von Pathé Frères, bis zum Kriegsminister gebracht hatte, zeigte er sich gegenüber seinen politischen Freunden, den Radikalsozialen und Sozialisten, ziemlich freigebig. Sein Sohn Charles Berteau, der keinen politischen Ehrgeiz haben soll, hat auf Grund einer Liste der von seinem Vater an Deputierte verliehenen Gelder vierundachtzig Politiker aufgefordert, ihre Schulden, die nach der „Libre Parole" 12 Millionen Francs betragen sollen, zu begleichen. Als die Aufforderung bei den meisten vergebens blieb, wendete sich der junge Berteau an den Ministerpräsidenten Poincaré, und um einen Skandal vor der Präsidentenwahl zu vermeiden, erklärte sich der reiche Ackerbauminister Pams bereit, Berteau mit einer Million Francs abzufinden. Nachdem Pams auch als Kandidat für die am 17. d. M. stattfindende Präsidentenwahl gilt, meint die ihm feindliche Presse, daß er der Unterstützung der einstigen vierundachtzig Schuldner Berteaus jetzt sicher sein könne. Es handelt sich hauptsächlich um südfranzösische Senatoren und Deputierte.

* * *

Der „Attentäter" mit den Scherben. Der König von Spanien kam gestern im Automobil nach Madrid, um dem Ministerrat zu präsidieren. Im Augenblick, als der Wagen durch das Tor des Palastes fuhr, sprang ein Mann hinterher und wurde sofort verhaftet. Es ist ein gewisser Paul Fernandez. In seinen Taschen fand man eine große Anzahl Glasscherben.

* * *

Zurückziehung des japanischen Militärprogramms. Ministerpräsident Fürst Katsura sagte in einer Unterredung, das Budget würde dasselbe sein wie im Jahre 1912, da noch keine Zeit gewesen sei, große Einschränkungen in den Ausgaben vorzunehmen. Neue Anleihen würden nicht gemacht werden. Es sei beabsichtigt, fünfzig Millionen Yen von der Staatsschuld einzulösen. Das Militärprogramm werde man fallen lassen. Das Marineprogramm würde darauf beschränkt werden, die Stärke der Marine auf dem Normalstand zu erhalten. In der auswärtigen Politik halte das Kabinett an den Grundsätzen des englisch-japanischen Bündnisses fest.

Krieg oder Frieden?

Die Regierungen der Balkanstaaten haben sich den Krieg nicht erklärt. Also herrscht der Frieden, um dessen Aufrechterhaltung sich die europäischen Diplomaten eifrig bemühen. Aber mitten in diesem „Frieden" schießen die Kanonen, und die Schnellfeuergeschütze raffen hunderte von Soldaten hin. Das veranlaßt die Regierungen der Balkanstaaten, darüber nachzudenken, ob sie sich gegenseitig wirklich den Krieg erklären, oder den Diplomaten zuliebe ohne Kriegserklärung weiter morden lassen sollen. Inzwischen hat Rumänien drei Armeekorps mobilisiert und der bulgarische Gesandte in Serbien hat seine Möbel packen lassen. Serben und Griechen weigern sich, ihre Operationen einzustellen, weshalb Bulgarien weiter den Krieg für unvermeidlich hält. Zu neuen größeren Zusammenstößen ist es aber zunächst nicht wieder gekommen. Ueber die weitere Entwickelung der Dinge berichten folgende Telegramme:

Wien, 3. Juli. Der Spezialkorrespondent der „Reichspost" telegraphiert aus Sofia: Der Rückzug der serbischen Kolonnen, die den Angriff gegen Zletovska abschnitten, und gegen die bulgarischen Positionen der Osogovska-Planina durchgeführt haben und nach dem Ovcepolje, Kratowo und Egripalanka marschierten, ist durch eine Umgehungsoperation des rechten bulgarischen Flügels schwer bedroht. Ich bestätige die Fortsetzung des Vormarsches der Bulgaren gegen Saloniki.

Belgrad, 3. Juli. In der Region von Timok und Palanka verhält sich die serbische Armee abwartend. Der König hat in Kumanowo den Oberbefehl über die Armee übernommen. Man schätzt die sich gegenüberstehenden Truppen auf 20 000 Mann. Die serbischen Truppen in Uesküb werden von einer montenegrinischen Division unter dem Befehl des Generals Wukotitsch unterstützt. Die Serben haben gestern Kotschana angegriffen.

Bukarest, 3. Juli. Auf Anfrage der rumänischen Regierung erklärte Ministerpräsident Pasitsch, Serbien betrachte sich als im Kriegszustande befindlich und verhandelt mit seinen Verbündeten Montenegro und Griechenland über die Kriegserklärung, die in wenigen Tagen erfolgen dürfte. Venizelos antwortete, Griechenland betrachte den Krieg als effektiv begonnen, habe aber seinen Gesandten in Sofia noch nicht abberufen, weil es erwarte, daß Bulgarien als provozierender Teil die Beziehungen abbreche. — Danew gab für Bulgarien eine sehr verklausulierte Antwort. Auf Grund dieser Informationen beriet der König erst mit den Ministern Majorescu, Jonescu, dann mit den Generälen Harjeu und Averescu über die Mobilisierung.

Sofia, 3. Juli. Die Eisenbahnverbindung mit Serbien ist unterbrochen. Vorgestern haben die Serben die Uebernahme des bulgarischen Konventionalzuges abgelehnt. Die serbischen Bahnbeamten in der bulgarischen Grenzstation Zaribrod zerstörten die telegraphischen Apparate ihres dortigen Amtes, worauf sie flüchteten. Der bulgarische Zug mußte mit sämtlichen Reisenden nach Sofia zurückkehren.

Sofia, 3. Juli. Die russische Regierung hat bei der griechischen sehr scharfen Protest wegen des gewalttätigen Vorgehens gegen das bulgarische Bataillon in Saloniki eingelegt. Auch der französische Vertreter in Saloniki soll gegen diesen Gewaltakt Einspruch erhoben haben.

Athen, 3. Juli. Venizelos hat erklärt, daß er vor seiner Abreise nach Petersburg folgende Bedingungen stellen werde: 1. Formelle Verpflichtung Danews, daß die schiedsrichterliche Regelung der griechisch-bulgarischen Frage gleichzeitig mit der der serbisch-bulgarischen erfolgen wird, 2. daß alle bulgarischen Truppen wieder hinter die vor einem Monat festgesetzte Linie zurückgezogen werden. Nur unter diesen Bedingungen wird er die Reise nach Petersburg antreten. — In offiziellen Kreisen betrachtet man die Abreise des griechischen Königs nach der Front als ein Zeichen dafür, daß eine friedliche Lösung nicht mehr möglich ist.

Parteiangelegenheiten.

„Der Parteitag des Bezirks Nordwest" fand am Sonntag, den 29. Juni, im Parteihaus in Bremen statt. Es waren 59 Delegierte anwesend. Aus dem Bericht des Vorstandes heben wir hervor: 1912 wurden bei der Reichstagswahl für die sozialdemokratische Partei im Bezirk 82 921 Stimmen abgegeben, was gegen 1907 einen Gewinn von 19 827 Stimmen bedeutet. Die Mitgliederzahl der Organisationen stieg seit dem letzten Bezirksparteitag im Jahre 1911 um 8495 und beträgt jetzt 88 566. Die Zahl der organisierten Genossinnen stieg von 3077 auf 6048. Die Kassenverhältnisse entwickelten sich ebenfalls günstig, nur der 6. Kreis erfordert noch einen Zuschuß. Durch Annahme eines Antrages wurde der Vorstand ermächtigt, je nach Bedarf Frauenkonferenzen einzuberufen. — Genosse Max Peters aus Berlin hielt einen instruktiven Vortrag über die Jugendbewegung. Die lebhafte Diskussion bewies, daß der proletarischen Jugendbewegung noch mehr als bisher Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. — Der Bezirksvorstand hatte beantragt, eine wöchentlich erscheinende Zeitung für die Landbevölkerung herauszugeben. Der Abonnementspreis sollte pro Quartal 50 Pf. betragen und der Bezirk das Defizit tragen. Der Antrag wurde abgelehnt. — Beschlossen wurde, durch den Bezirk den Ortsvereinen einheitliches Verwaltungsmaterial zuzustellen. — Der Beitrag der Organisationen an den Bezirk wurde bei 5 Prozent belassen, wodurch der Bezirk jährlich etwa 7000 Mark Einnahme hat. — Zum Vorort wurde wieder Bremen und zum Vorsitzenden wieder der Genosse Rhein gewählt. Der Vorstand wurde erweitert: der Vorort wählte drei, die Vorstände der übrigen Wahlkreise je ein Mitglied, der Sekretär erhält Sitz und Stimme, sodaß der Vorstand neun Mitglieder zählt, worunter eine Genossin sein muß. — In einer Resolution protestierte der Parteitag gegen das Schreckensurteil des Erfurter Militärgerichts, das gegen sieben Arbeiter wegen eines Wirtshausstreits, gelegentlich der Kontrollversammlung ausgesprochen wurde.

Die Generalversammlung des 16. hannoverschen Wahlkreises fand am Sonntag in Lüneburg statt. Aus dem Geschäftsbericht sei folgendes erwähnt: Die Mitgliederzahl hat sich gegen das Vorjahr um etwas über 100 gehoben. Es sind gegenwärtig in 57 (47) Ortschaften 1212 (1116) männliche und 109 (101) weibliche, also zusammen 1321 Mitglieder vorhanden; gewerkschaftlich organisierte Arbeiter hingegen etwa 2000. Auch die Presse, das „Volksblatt", hat einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen.

Im Reichstagswahlkreise Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen, der im Reichstage durch Genossen Thöne vertreten wird, entwickelt sich infolge der ziemlich traurigen Erwerbsverhältnisse die Zugehörigkeit zur Parteiorganisation ziemlich langsam. Etwa 1200 ständig zahlende Mitglieder sind im Kreise vorhanden. Die Zahl der Abonnenten auf das Parteiblatt ist etwas höher. Zehn Parteifilialen wurden im letzten Geschäftsjahr neu gegründet. Besonders große Aufwendungen hat die Parteileitung des Kreises für die systematische Aufklärung gemacht.

Aus Oberschlesien.

Agrarische Agitation gegen die „Volksfürsorge".

Der „Oberschlesische Generalanzeiger" in Ratibor veröffentlicht eine Liste der Agenten für die agrarische Provinzial-Lebens- und Volksversicherung. An der Spitze marschiert das Königliche Landratsamt in Ratibor, die übrigen Agenten im Kreise Ratibor sind: 1 Amtsvorsteher, 1 Stadtsekretär, 3 Amtssekretäre, 8 Gemeindevorsteher, 1 Bureauvorsteher, 1 Hauptlehrer, 1 Fleischbeschauer, 1 Gutsbesitzer, 1 Darlehnskassenrechner und 2 Kaufleute. Wieviel diese Agenten an Provision beziehen, wird nicht mitgeteilt.

Die öffentlich-rechtlichen Provinzial-Versicherungsanstalten haben sich die Entschuldung der Landwirtschaft zur Aufgabe gestellt; betont wurde stets, daß der Kredit in erster Linie den kleinen Besitzern zugute kommen sollte. Wie es damit aussieht, geht daraus hervor, daß bei der ostpreußischen Anstalt von den 307 050 Mark in ländlichen Hypotheken angelegten Geldern nur 43 650 Mark auf Grundstücke bis zu 50 Hektar entfielen.

Der Großgrundbesitz ist es also wieder einmal, der das Fett von der Suppe schöpft. Und an dieser Entschuldungsaktion teilzunehmen, durch Volksversicherungsprämien-Zahlung, soll jetzt auch dem „Volk" gnädigst gestattet werden. Wie vorauszusehen, verfahren bei ihrer Reklame für die Art von Volks- (richtiger: Großgrundbesitzer)versicherung die Agrarier so skrupellos, wie man dies bei ihnen seit jeher gewohnt ist. In einer ganzen Reihe agrarischer Blätter wurden Vergleiche angestellt über die Höhe der Versicherungssumme bei der öffentlich-rechtlichen Volksversicherung und bei der Volksfürsorge, und behauptet, die Leistungen der öffentlich-rechtlichen seien wesentlich höher als die der Volksfürsorge. Versprechen und das Versprochene auch auf die Dauer durchhalten, ist bekanntlich zweierlei. Die Vereinsversicherungsbank in Düsseldorf hatte um über 32 Prozent höhere Versicherungssummen als die Volksfürsorge; sie ist heute am Ende ihres Lateins und ihr Versicherungsbestand wird von der „Arminia" in München übernommen, deren Versicherungssummen durchschnittlich um 12,4 Prozent niedriger sind als bei der Volksfürsorge. Die Vereinsversicherungsbank versprach ihren Versicherten auch Gewinnbeteiligung. Von einem Gewinn war natürlich keine Rede. Ebenso leichtfertig verfahren die Oeffentlich-rechtlichen, deren Tarife nur mit einem geringen Sicherheitsaufschlage kalkuliert sind. Ein Gewinn für ihre Versicherten wird dabei ebensowenig herausspringen, wie bei der Vereinsversicherungsbank. Die Tarife der Volksfürsorge sind derart kalkuliert, daß den Versicherten ein ständig wachsender Gewinnanteil zufallen muß. Die Volksfürsorge treibt keinen Bauernfang mit unerfüllbaren Versprechungen; sie überläßt dies den Agrariern.

Beuthen, 4. Juli. Zu unserem Bericht vom Bezirks-Parteitag ist zu bemerken, daß Pleß-Rybnik nicht durch sieben, sondern nur durch einen Delegierten vertreten war. Der Wahlkreis Kattowitz-Zabrze, dem nur sieben Delegierte zustanden, hatte deren neun entsandt. Die Mandatsprüfungskommission beantragte zwei Mandate vom Ortsverein Kattowitz für ungültig zu erklären. Die Debatte ergab, daß die Kattowitzer Genossen sich im Irrtum befunden haben, wenn sie annahmen, daß durch Beschluß eines Bezirksparteitages auf je 75 Mitglieder ein Delegierter zu entsenden ist. Nachdem Genosse Hörsing die Sache dahin aufgeklärt hatte, daß die jeweilige Delegation von der Bezirksleitung bestimmt, und die Verteilung der Mandate an die Ortsvereine durch die Kreisleitung erfolgt, beantragte er, alle Kattowitzer Mandate für gültig zu erklären. Diesem Antrag wurde gegen eine starke Minderheit zugestimmt. Bei der Statutenberatung bemerkte Hörsing, daß das Delegationsrecht auch in Zukunft in demselben Sinne, wie oben angeführt, ausgeübt werden soll, da bestimmte Zahlen im Statut noch nicht aufgenommen werden können, denn erst müssen bessere und stabilere Verhältnisse eintreten. Der Bezirksparteitag stimmte dem zu.

Gleiwitz, 4. Juli. Ein früherer Polizeisergeant als Einbrecher. Vor der hiesigen Strafkammer hatten sich am Mittwoch der frühere Polizeisergeant Schewerda aus Zabrze, zuletzt Schlafhausverwalter in Friedenshütte, und der frühere Fleischermeister Weiser aus Zabrze, zuletzt Gastwirt in Beuthen, wegen eines versuchten Einbruchs in die Kassenräume der Kokswerke in Zabrze in der Nacht zum 31. Januar d. Js. zu verantworten.

Der versuchte Einbruch hat seinerzeit großes Aufsehen erregt, weil bei der Revolverschlacht, die sich zwischen den beiden Angeklagten und den Polizeibeamten entsponnen hatte, der Bergpraktikant Micka, der der Polizei von dem geplanten Einbruch Mitteilung gemacht hat, erschossen worden ist. Es hat sich nicht feststellen lassen, von welcher Seite Micka erschossen worden ist. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß er die tödliche Kugel von einem der Verbrecher erhalten hat, denn als letztere merkten, daß sie überrumpelt wurden, fiel das Wort „Verräter". In der Gastwirtschaft des Angeklagten Weiser war der Treffpunkt einer Einbrecherbande, deren Mitglieder bis auf eines hinter Schloß und Riegel sitzen und sich demnächst wegen mehrerer in verschiedenen Orten Schlesiens und Oesterreichs verübter Geldschrank-Einbrüche zu verantworten haben werden. Bei Weiser ist auch der Plan zu dem Einbruch in die Kassenräume der Zabrzer Kokswerke ausgeheckt worden. Es wurde mit einer nach vielen Tausend Mark zählenden Beute gerechnet, da am Tage nach der Tat auf den Kokswerken in Zabrze an die zahlreichen Arbeiter Vorschüsse ausgezahlt werden mußten. In den Plan war der Bergpraktikant Micka eingeweiht worden, dieser hatte aber Angst bekommen und den Plan der Beuthener Kriminalpolizei verraten. Diese wieder machte hiervon der Polizei in Zabrze Mitteilung, die den Micka veranlaßte, den geplanten Einbruch mitzumachen, um auf diese Weise der Einbrecher habhaft zu werden. Als einer der beiden Einbrecher in das Kassenlokal einsteigen wollte, erschienen plötzlich die Polizeibeamten, die sich in dem Raume versteckt gehalten hatten, auf dem Plane und die Einbrecher ergriffen die Flucht. Dabei wurde auf die Beamten geschossen. Diese erwiderten das Feuer. Während Micka tot am Platze liegen blieb, entkamen Weiser und Schewerda. Da indes ihre Namen der Polizei bekannt waren, so wurde Schewerda am anderen Morgen verhaftet. Weiser hielt sich einige Tage verborgen, stellte sich aber schließlich selbst der Polizei. Er ist auch in vollem Umfang geständig, während Schewerda seine Mittäterschaft ableugnet. Sein Leugnen nutzt ihm aber nichts. Die Strafkammer verurteilte ihn zu vier Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Weiser wurde zu 1½ Jahren Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Gleiwitz, 4. Juli. 22 Meter tief abgestürzt. In den Schacht der neuen Gleiwitzer Oehringen-Grube stürzte Mittwoch nachts, ein vierzigjähriger Bergmann. Der Verunglückte stürzte 22 Meter tief und war sofort tot. Er ist verheiratet und hat seine Familie noch in Rustorf bei Hannover, von wo er kürzlich nach hier übergesiedelt war.

Gleiwitz, 4. Juli. Statistik des Schwurgerichts. In der beendeten dritten diesjährigen Schwurgerichtsperiode wurde an elf Verhandlungstagen gegen insgesamt 21 Angeklagte verhandelt. Von diesen wurden vier Angeklagte freigesprochen und gegen einen Angeklagten die Verhandlung vertagt. Gegen die übrigen 16 Angeklagten wurden Urteile gesprochen. Es wurde erkannt auf insgesamt 32 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre 2 Monate Gefängnis. Die höchste Einzelstrafe betrug 6 Jahre Zuchthaus, die niedrigste 4 Monate Gefängnis. Was die Kriminalität der abgeurteilten Verbrechen und Vergehen anbetrifft, ist zu bemerken, daß in der abgelaufenen Schwurgerichtsperiode kein einziger Fall von Meineid und Sittlichkeitsvergehen zur Aburteilung anstand. Die abgeurteilten Verbrechen und Vergehen waren je ein Fall Jagdvergehen und Münzverbrechen, je zwei Fälle Urkundenfälschung im Zusammentreffen mit Betrug und Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, und vier Fälle Brandstiftung und Anstiftung hierzu.

Gleiwitz, 4. Juli. Der Brudermord auf dem Gleiwitzer Fleischmarkt. Fleischermeister Julius Stabel aus Gleiwitz, der seinen Bruder Erich nach einem vorangegangenen heftigen Wortwechsel erstochen hatte, wurde vom Gleiwitzer Schwurgericht unter Annahme mildernder Umstände zu ein Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Kattowitz, 4. Juli. Gegen das Reichsvereinsgesetz sollen sich der Reichstagsabgeordnete Sosinski und die jetzigen Vorstandsmitglieder der Polnischen Berufsvereinigung Grzeskowiak und Wieczorek vergangen haben.

In der „Reichshalle" feierte am 12. Oktober v. Js. die Polnische Berufsvereinigung ihr 10jähriges Stiftungsfest, das der Polizei als geschlossenes Vergnügen gemeldet wurde. Nun wollen die Polizeibeamten entdeckt haben, daß viele geladene Personen erschienen waren, darunter sogar ein ganzer Gesangverein aus Zalenze. Eine politische Rede, in der besonders Streikangelegenheiten erörtert worden sein sollen. In all diesem will die Behörde ein öffentliches Vergnügen erblickt haben. In der Verhandlung bestritten die Angeklagten dies, während die von der Polizei geladenen Zeugen in diesem Sinne aussagten. Es wurden deshalb Grzeskowiak und Wieczorek zu je 30 Mark Geldstrafen und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Reichstagsabgeordnete Sosinski mußte freigesprochen werden, weil die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung vom Reichstage nicht eingeholt war.

Uns wollen diese Maßnahmen durchaus nicht einleuchten, denn alle diese Nadelstiche sind Wasser auf die Mühlen der Nationalpolen, deren Stern merklich im Erblassen begriffen ist. Da sind die Grubenmagnaten denn doch etwas schlauer, diese haben, soweit das nicht geschehen war, bei der letzten Löhnung die einbehaltenen Schichten für den Kontraktbruch beim Streik an die Verheirateten fast voll ausgezahlt und an die Unverheirateten drei Schichten. Diese Taktik, die allerdings gleich hätte befolgt werden müssen, versöhnt die Arbeiter zweifelsohne mehr, als solche Prozesse.

Mein grosser Saison-Ausverkauf

4051 **ist in einigen Tagen beendet.**

Für die **Ferienreise** empfehle ich meine im Preise **bedeutend herabgesetzten** Läger in

Wäsche, Trikotag., Schürzen, Blusen, Strumpfwaren, Sweaters, Knab.-Waschanzügen u. einz. Blusen

Kaufhaus A. Robowski, Gräbschenerstr. 54.

Zweiggeschäfte: Hohenzollernstrasse 2, Gräbschenerstrasse 82a, Westendstrasse 51, Leuthenstrasse 51.

Versammlungen u. Vereine

Schwimm-Verein „Poseidon", Breslau.

Sonnabend, den 5. Juli, abends 9 Uhr, im Zimmer Nr. 7 des Gewerkschaftshauses

Monatsversammlung.

Die noch ausstehenden Karten vom Stiftungsfest und Breslau—Auras- müssen an diesem Abend abgerechnet werden. Ausgabe der Teilnehmerkarten zur

Schwimmfahrt Breslau—Lanisch.

Kein Mitglied fehle. [4065] **Der Vorstand.**

Maschinisten und Heizer.

Sonntag, den 6. Juli, nachmittags 2 Uhr:

Außerordentliche Generalversammlung

im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses.

Wichtige Tagesordnung. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen.

4062 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband. 4061

Gelbmetallarbeiter und -Arbeiterinnen!

Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, Zimmer Nr. 7

Branchen-Versammlung.

Wichtige Tagesordnung.

Die Branchenleitung.

Achtung! Parkettleger!

Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12 4064

Sektionsversammlung.

Ohlau, Bauarbeiterverband

Sonntag, den 6. Juli, nachm. 3 Uhr, bei Frau Schneider, Steindamm:

Versammlung

Jeder Kollege hat die Pflicht zu erscheinen. Bücher mitbringen 4067

Der Vorstand.

Jauer.

Die Bezirksführer werden ersucht, bis **Sonntag, den 6. Juli, mittags 12 Uhr,** abzurechnen. 4069

Jauer. Gewerkschaftskartell.

Montag, den 7. Juli, abends 8 Uhr

Sitzung. 4066

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität".

Ortsgruppe Breslau.

Ausfahrten im Juli:

Sonntag, den 6. Juli: Liegnitz, früh 4 Uhr Striegauerplatz.
Sonntag, den 6. Juli: Wildschütz-Klein-Welgelsdorf, nachm. 2 Uhr Weißenburgerplatz.
Sonntag, den 13. Juli: Wolfsdorf, früh 5 Uhr Striegauerplatz. 4053
Sonntag, den 13. Juli: Masselwitz, nachm. 1½ Uhr Striegauerplatz.
Sonnabend, den 19. Juli: Mondscheinfahrt nach dem Zobten. Abends 9 Uhr Wasserturm, Kleinburg.
Sonntag, den 20. Juli: Hundsfeld, nachm. 3 Uhr Weißenburgerplatz.
Sonntag, den 27. Juli: Starsine, früh 6 Uhr Trebnitzerplatz.
Sonntag, den 3. August: Großes Sommerfest in Hentschel's Etabl. Frankfurter-Straße 117/119.

Schauspielhaus

Gastspiel des **Berliner Theater-Ensembles.**

Anfang 8 Uhr: 3952

Heute und täglich: **„Filmzauber".**

Viktoria-Theater.

Dir. Hugo Schreiber. Tel. 2297

Jeden Abend 8 Uhr:

Gastspiel 3907

„Chat noir"

Berlin. Leitung v. Rud. Nelson.

Liebich's Etabl.

Allabendlich 8 Uhr:

Die grosse **Revue 1913**

„Breslau, so bleibst du nur" mit Henry Bender

Im Garten: Grosses Konzert.

Zeltgarten.

Täglich Grosses Gartenkonzert.

Zierenprogramm.

Brillantfeuerwerk.

Anfang 8 Uhr. 3913

Reform-Kino

Gräbschenerstraße 17/19

Bis Freitag Mittwoch:

Die gelbe Hölle

Hochspannende Schauspielerei in 3 Akten. 4060

Bis Mittwoch

Lebensbilder

nach den Originalen

3 Schlager

Beginn von 4—11 Uhr. Kinder von 4—10 Jahren Zutritt.

Gut und billig kauft man ein

Gardinen Stores bei Julius Fein

Breitestraße 37

Ms Kissling

Junkernstr. 14

Lieferant

Sie schwören

Pfänder-Auktion 3980

Verlängerung bis 9. Juli

Schneider, Bärenstraße 12, I.

Masurs 550 H. u. D. Stiefel Sind Gut Und Schön!

Verkaufsstelle: Schmiedebrücke 57, an der Kupferschmiedestrasse. 4043

Anzüge, Hosen, Bettbezüge, Uhren, Ketten, Ringe, Kollers verkauft billig Lug. 3563

Leihhaus, Altbüßerstraße 17 I.

Sanitätsartikel!

Bruchbänder, Leibbinden, Gradhalter f. Schiefwachsende

W. Fritz, Reuschestrasse 36. 3339

„Triumph" „Cito"

erstklassige Marken zu zeitgemäßen Preisen. **Gebrauchte Räder von 15 Mk. an. Neue Räder von 39.50 Mk. an.** Reparaturen schnell und preiswert. Weitgehendste Garantie. Teilzahlung gestattet.

Tschepiner Fahrradhaus

Striegauerplatz 13. 12136/I

Friedrich-Wilhelmstraße 106.

Schillers Werke.

Volksausgabe in **zwei Bänden, reich illustriert in wöchentlichen Raten von 50 Pfennigen.**

Gesamtpreis **nur 3,00 Mark.**

Zu beziehen durch **Expedition** und **Kolporteure.**

Jahrhundertfeier der Freiheitskriege Breslau 1913

Tagesprogramm für Sonnabend, den 5. Juli 1913:

Konzert:

Im Pavillon a. Wasserb.: **Stadttheaterkapelle** (Oebelak)
Im Vergnügungspark: **Kap. d. Feldart.-Regts. Nr. 6** (Ruschka).
4068

Kolonial-Ausstellung.

Historische Ausstellung. Ausstellung für Friedhofskunst.

Künstlerbund Schlesien.

Ausstellung Breslauer Firmen. Jagdsport-Ausstellung.

Gartenbau-Ausstellung mit zahlreichen Sondergärten.

Im Vergnügungspark.

findet u. a. täglich v. nachm. 4 Uhr an **Sportpreiskegeln** statt. Gr. Geld- u. Industriepreise.

Natur-Theater (bei schönem Wetter!) nachm. 4½ Uhr:

33 Min. in Grüneberg.—Der Kurmärker u. d. Pikarde.

Abends 8 Uhr: **Die versunkene Glocke.**

Besichtigung der Jahrhundertthalle

täglich von 9—1 und von 3—6 Uhr vom Südeingang aus.

Voranzeige: Sonntag, den 6. Juli, auf dem Sportplatz der Ausstellung (Sportpark Grüneiche).

Nachm. 4 Uhr: **Große nationale leichtathletische Wettkämpfe**

Abds. 7 Uhr: **Hockey Pokalspiel u. d. Ehrenpreis d. Ausstellung**

Verein für Bewegungsspiele gegen Verein für Rasenspiele.

Josef Günther

Fahrradschlossermstr.

Friedrich-Wilhelmstrasse 2, früher Gr. Groschengasse 14.

Brennabor- u. Grätzner-Fahrräder

Erstklassige Qualitätsmarken. 12712

Sämtliche Zubehör- und Ersatzteile.

Best eingerichtete Reparaturwerkstatt für alle Systeme.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte **10 Pfennige.** Abonnenten haben gegen Gutschein 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf

Gut erhaltene Tischbankkommode zu kaufen gesucht. Off. u. S. 200 an d. Exp. 4057

Sportkinderwagen, gut erhalten, gute Räder billig zu verkaufen. Reichert, Hebestraße 20, 4 Et. 4058

Kinderwagen, zweisitzig, gebraucht, billig zu verkaufen. Dubrauer Str. 96a, 2. Et. l. 4059

Gebrauchte Möbel wegen Räumung preiswürdig zu erh. Zeelle, Ohlauerstr. 35. 4055

Getragene Maßanzüge, für jede Figur, billig, gut erhalten. Kaufhaus für Herrengarderoben, Neue Schweidnitzerstraße 6. 3761

Vermietung

Freundliches Zegis zu vermieten. Erner, Weinstraße 82. 4056

Abonnenten und Leser der „Volkswacht" können ihre Zeitung **nicht allein** durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht" auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht" berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht" berufen.

9. Quittung.

Für den Landtagswahlfonds gingen ein:

Bereits quittiert	3657,08	Mk.
Liste 641 d. Tischler	4,15	„
50 Marken à 10 Pf. Distrikt 14 d. Weese	5,—	„
gef. bei den Lederarbeitern	10,—	„
Landsberg-Versammlung	0,30	„
Unbekannt	1,—	„
Unbekannt im Saal	0,50	„
Liste 65 Distrikt 3a d. Seidel	1,40	„
„ 227 „ 12 d. Aßmann	1,70	„
„ 239 „ 12 d. Ledwoin	1,—	„
„ 96 „ 6 d. Rinke	0,80	„
„ 551 „ 7 d. Abersbach	0,50	„
„ 548 „ 7 d. Ed. Mitzon	6,10	„
Unbekannt	1,—	„
Liste 411 Landdistrikt 14 d. Burghardt	3,50	„
„ 413 „ 14 d. Ad. Lickmann	4,—	„
„ 397 „ 6 d. Malorny	5,30	„
„ 388 „ 6 d. Fiege	11,85	„
„ 382 „ 6 d. Gust. Scholz	15,45	„
„ 365 „ 6 d. Goldner	6,26	„
„ 384 „ 6 d. Korada	5,10	„
„ 381 „ 6 d. Frau Blech	1,10	„
„ 9 Distrikt 1 durch Preibisch	1,55	„
„ 651 „ 17a „ Winkler	0,80	„
„ 850 „ 1a „ Buchmann	1,15	„
„ 198 „ 10 „ Daum	0,50	„
„ 187 „ 10 „ Grunert	1,65	„
„ 92 „ 6 „ Keilich	3,50	„
„ 93 „ 6	1,75	„
„ 95 „ 6 „ Berg	5,50	„
„ 99 „ 6 „ Schmude	5,70	„
„ 104 „ 6 „ Ende	1,20	„
„ 107 „ 6 „ Weitze	0,80	„
„ 167 „ 9a „ Bahr	0,75	„
„ 178 „ 9a „ Lanz	0,70	„
„ 170 „ 9a „ Schritalla	10,15	„
„ 284 „ 4 „ Mäusig	5,55	„
„ 326 „ 17 „ Lorke	6,—	„
„ 328 „ 17 „ Kalinke	1,—	„
„ 329 „ 17 „ Helfer	2,85	„
„ 331 „ 17 „ Scheuner	2,80	„
„ 465 d. Glaser	3,30	„
„ 6 Distrikt 1 d. Brauß	0,50	„
„ 256 „ 14 „ Feige	2,[illegible]5	„
„ 259 „ 14 „ Jung	0,50	„
„ 263 „ 14	0,10	„
„ 274 „ 14 „ Gloger	5,—	„
„ 270 „ 14 „ Schrottke	1,65	„
„ 376 „ 19 „ Dombrowski	0,70	„
„ 373 „ 19 „ Janus	4,—	„
„ 85 „ 4 „ Drenschke	7,95	„
„ 412 Landdistrikt 14 d. Nagel	3,75	„
„ 632 gef. bei den Sattlern	0,20	„
„ 633 „ „ „ „	2,90	„
„ 634 „ „ „ „	1,80	„
„ 637 „ „ „ „	0,50	„
„ 174 Distrikt 9a d. Genossin Schäfer	0,60	„
„ 169 „ 9a „ Alfred Nitschke	2,70	„
14 Marken à 10 Pf. Distrikt 6 d. Keilich	1,40	„
Liste 418 Landdistrikt 10 d. Koschik	27,25	„
„ 570 gef. bei den Transportarbeitern	2,50	„
„ 572 „ „ „ „	2,70	„
„ 627 „ „ „ „	0,40	„
„ 569 „ „ „ „	4,20	„
„ 590 „ „ „ „	2,70	„
4 Marken à 10 Pf. Distrikt 15a d. Schiffer	0,40	„
Telegramm-Ueberschuß, Tischler der Firma P. Ernst	1,—	„
Liste 398 Land-Distrikt 6 Wasserkontrolle d. Landschek	4,50	„
„ 386 „ 6 durch Hentschel	3,75	„
„ 491 gef. bei den Holzarbeitern	4,95	„
„ 498 „ „ „ „ durch Bürger	2,—	„
„ 504 „ „ „	0,55	„
32 Marken à 10 Pfg. Distrikt 9a durch Titze	6,20	„
18 „ à 10 Pfg. „ 8 „ Adam	1,80	„
Liste 175 Distrikt 9a durch Genossin Skowronek	1,40	„
Summa	3903,29	Mk.

Gelder für den Wahlfonds werden im Variet-Sekretariat Margareten-straße 17, II, Zimmer 36, angenommen.

Sämtliche Listen, ganz gleich, ob leer oder mit Beträgen versehen, müssen sofort abgeliefert werden.

Rob. Herrmann, Kassierer.

Breslau, 3. Juli. Festgestellt von der Marktnotierungskommission für Getreide.

	Für 100 Kilogramm
Weizen, gute Qualität der letzten Ernte	19,80 — 19,50 Mk.
Roggen desgleichen	15,90 — 16,10 „
Hafer desgleichen	15,00 — 15,20 „
Sommergerste, der letzten Ernte	—,— — —,— „
Mahl- und Futtergerste der letzten Ernte	14,40 — 14,70 „
Winterraps, gute Qualität der letzten Ernte	23,50 — 24,00 „
Rübsen desgleichen	21,00 — 21,50 „
Futtererbsen der letzten Ernte	17,00 — 17,50 „
Heu, altes	6,80 — 7,20 „
Heu, neues	5,00 — 6,00 „
Langstroh	4,50 — 5,00 „
Preßstroh	2,00 — 2,40 „

Breslauer Mehlmarkt.

Mehl ruhig per 100 Kilogramm inkl. Sack brutto Weizenmehl 00 ruhig 26,50—27,00 Mk., Roggenmehl 0 ruhig 23,75—24,25 Mk., Roggen-Handelsmehl ruhig 23,25—23,75 Mk., Roggen-Futtermehl ruhig 11,50—12,00 Mk. Weizenkleie ruhig 10,50—11,00 Mk.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. Juli.

Parteigenossen des Nikolaitors.

Sonntag, den 6. Juli, wird vom Lokal des Genossen Garbsch, Steinauerstraße 12a, aus wieder eine Agitation für die „Volkswacht" veranstaltet, zu der wir alle Parteigenossen einladen, ganz besonders aber die Mitglieder der nächstliegenden Distrikte.

Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion.

Zum Bau einer Bäckerei des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts".

Die Konsumgenossenschaftsbewegung hat in den letzten Jahren eine nie geahnte Entwickelung durchgemacht. Das Jahr 1912 schloß ganz besonders günstig ab. Reichlich 170.000 Mitglieder und fast 70 Millionen Mark Umsatz mehr, dazu ein Zuwachs in der Eigenproduktion von 21 Millionen Mark. Das ist das Ergebnis der im Zentralverbande deutscher Konsumvereine vereinigten Genossenschaften im Jahre 1912. Die Zahl der von diesen Genossenschaften beschäftigten Personen stieg von 21.900 auf 26.400. Eine Entwickelung, die jeden Genossenschafter mit Freude erfüllen muß.

Mit der Zunahme des Warenumsatzes werden die Genossenschaften gezwungen, zur Eigenproduktion überzugehen, denn es hält oft schwer, die nötigen Lieferanten zu bekommen, die den Genossenschaften die erforderlichen Waren in der gewünschten Güte liefern können. Schon heute, wo man eigentlich nur vom Anfang der genossenschaftlichen Eigenproduktion reden kann, werden die verschiedensten Waren in genossenschaftlichen Betrieben erzeugt. So zum Beispiel: Backwaren, Drucksachen, Bekleidungsgegenstände, Möbel, Mühlenfabrikate, Schokoladen und Zuckerwaren, Schuhwaren, Seifen, Tabak und Zigarren, Zündhölzer usw. Außerdem betätigt sich eine Anzahl größerer Konsumvereine im Bau von Arbeiterwohnungen.

Den Hauptanteil an der genossenschaftlichen Eigenproduktion hat die Erzeugung von Brot und Backwaren. Sobald der Arbeiter von der Zweckmäßigkeit und den Vorteilen der Konsumentenorganisation überzeugt ist, und sich dieser anschließt, geht er als Brotkonsument den privatkapitalistischen Betrieben verloren. Zur Mitgliederzunahme, die hauptsächlich zu der sprunghaften Entwickelung der genossenschaftlichen Brotproduktion beitrug, treten noch andere Dinge, die hier kurz erörtert werden sollen.

Die letzten zehn Jahre stehen im Zeichen des technischen Fortschritts im Bäckergewerbe. Die Maschine hat sich, trotz aller Vorurteile der zünftlerisch veranlagten Unternehmer, eine herrschende Stellung erkämpft. Die technischen Erfolge konnten aber nur dann verwirklicht werden, wenn der Technik die Möglichkeit dazu gegeben wurde, sich zu betätigen. In den Zwergbetrieben, wo die Arbeitsstätte sehr beschränkt ist, und häufig in Kellerräumen liegt, war es unmöglich, eine Maschine auf ihre Vollkommenheit und Leistungsfähigkeit zu prüfen und gewinnbringend auszunutzen. Durch die Errichtung genossenschaftlicher Bäckerei-Großbetriebe bot sich erst der Technik die Gelegenheit, sich zu vervollkommnen und die höchsten Leistungen der Maschinen zu erreichen. Es ist nicht übertrieben, wenn hier die Behauptung aufgestellt wird: die Technik im Bäckergewerbe konnte sich in der kurzen Zeit nur deshalb so vollkommen entwickeln, weil ihr die Genossenschaftsbetriebe in weitestgehender Weise als Versuchsfeld offenstanden. Ebensowenig kann geleugnet werden, daß die Genossenschaftsbetriebe in den technischen Einrichtungen den Privatbetrieben weit überlegen sind.

Die hier kurz geschilderten Vorgänge, die zur heutigen Entwickelung der konsumgenossenschaftlichen Brotproduktion mit beitrugen, müssen naturgemäß bei der hier in Frage kommenden Arbeiterorganisation die größte Aufmerksamkeit hervorrufen. Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren veranstaltet seit mehreren Jahren Erhebungen über die Umsätze der Genossenschaftsbäckereien. Die letzte dieser Erhebungen geschah am Schlusse des Jahres 1912. Bei einem Vergleich mit den früheren Erhebungen ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Betriebe	Arbeiter	Umsatz in Mark
1901	35	562	8 563 709
1905	145	1120	15 869 284
1907/08	203	1898	46 282 336
1909/10	244	2341	61 835 370
1911/12	262	3066	82 569 693

Seit elf Jahren hat sich die Produktion fast verzehnfacht, und die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist von 562 auf 3066 oder auf fast das sechsfache gestiegen. Innerhalb vier Jahren erhöhte sich der Umsatz um 36.287.157 Mk., also um 78,5 Prozent. Der Gesamtumsatz verteilte sich auf folgende Sorten:

Jahr	Brot	Weißgebäck	Feingebäck und Konditoreiwaren
	%	%	%
1907/08	38 217 911 = 82,6	6 654 632 = 14,4	1 409 593 = 3,0
1909/10	50 272 674 = 81,3	8 863 952 = 14,3	2 688 744 = 4,4
1911/12	65 343 004 = 81,0	12 533 425 = 14,0	4 703 264 = 5,0

Den Bäckermeistern paßt diese Art der genossenschaftlichen Entwickelung begreiflicherweise nicht in den Kram. Auf jeder ihrer Tagungen wettern diese Herren über die Konsumvereine und stimmen Resolutionen zu an die Regierung, daß diese durch Erdrosselungsgesetze der Entwickelung der Genossenschaften Einhalt tun soll. Was die Bäckermeister den Arbeitern und Beamten verbieten möchten, nehmen sie aber in weitgehendem Maße für sich in Anspruch, indem sie Einkaufsvereinigungen gründen, wodurch bekanntlich auch der Zwischenhandel beim Einkauf von Rohstoffen ausgeschaltet wird.

Die Unternehmer im Bäckergewerbe treiben durch ihre rückständigen Ansichten die Arbeiter förmlich in die Konsumvereine hinein. Man denke nur daran, wie sich die Bäckermeister dagegen sträuben, daß die Bäckereien aus den Kellerlöchern entfernt werden. Und wie notwendig hier eine Aenderung ist, beweisen doch folgende Ausführungen des Regierungsvertreters Frick in einer Kommissionssitzung des preußischen Abgeordnetenhauses im Februar dieses Jahres:

„Bei den Besichtigungen seien nun, und zwar namentlich in den Kellerbäckereien, erhebliche Mängel in großem Umfange festgestellt worden. Infolge der Niedrigkeit der nicht selten Mannshöhe nur wenig überragenden Räume, der Unmöglichkeit, durch die außen mit Erde bedeckten Wände eine Abkühlung und Lufterneuerung zu erzielen, und der Schwierigkeiten, die sich einem Oeffnen der Fenster entgegenstellten, habe in vielen Bäckereien eine übermäßige Hitze und eine bedenklich schlechte Luft geherrscht. Wenn man die unter dem Straßenniveau liegenden Fenster geöffnet habe, so ist es häufig nicht zu verhindern gewesen, daß der Straßenschmutz sich über Mehl, Teig und halbfertige Ware verbreitete. Infolge der mangelhaften Beleuchtung habe anscheinend niemand den Schmutz und das Ungeziefer wahrgenommen, dessen Beseitigung oft in ekelerregender Weise vernachlässigt gewesen sei. Abfall- und Kloaketröhren, die nicht einmal immer dicht gewesen seien, hätten sich in vielen Backräumen befunden, ja sogar über den Backtischen. Selbst Pissoirs mitten in den Arbeitsräumen und Klosetts in so enger Verbindung mit den Arbeitsräumen, daß sie nur durch diese entlüftet worden wären, seien beobachtet worden. Die Treppenzugänge seien oft steil, dunkel und gefährlich, die Mehlkammern feucht und muffig gewesen. Der Eindruck, den manche Räume mit ihren verräucherten Decken, ihren schmutzigen Wänden, ihren schadhaften Fußböden und den in ihnen befindlichen verstaubten Spinngeweben gemacht hätten, sei nicht anders als „vollständig verwahrlost" zu bezeichnen gewesen."

Trotz dieser furchtbaren Anklagen eines Regierungsvertreters gegen die Kellerbäckereien beschloß das preußische Abgeordnetenhaus, die Bäckermeister-Petition, welche die Beibehaltung der Kellerbäckereien auf die Standdauer der Häuser wünscht, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

In den gesundheitswidrigen Zuständen vieler Privatbetriebe ist ebenfalls ein Grund zu finden für den gewaltigen Aufschwung der konsumgenossenschaftlichen Brotproduktion.

Es sei auch kurz daran erinnert, welch schwere Kämpfe die Proletarier des Bäckergewerbes mit ihren rückständigen Unternehmern auszufechten haben. Wer denkt hierbei nicht an die grauenerregenden Mißstände, die der immer noch vorhandene Kost- und Logiszwang sehr häufig mit sich bringt.

Von allen diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, ist es deshalb nur zu begrüßen, wenn auch der Konsum- und Sparverein „Vorwärts" in Breslau eine moderne Brotfabrik errichten will. Es ist zu hoffen und zu wünschen, alle Freunde der Genossenschaftsbewegung werden ihren Teil dazu beitragen, daß der „Vorwärts" seinen Plan recht bald ausführen kann. Wie schon mitgeteilt wurde, ist ein passendes Grundstück erworben. An den Mitgliedern der Genossenschaft liegt es nun, durch Aufbringung des nötigen Geldes den Bau der Bäckerei zu beschleunigen.

An alle die aber, die der Genossenschaftsbewegung noch fern stehen, sei die Mahnung gerichtet: Hinein in den „Vorwärts", und nur dort alle Waren gekauft, die im Haushalt gebraucht werden.

Die Sparkasse des Gewerkschaftshauses.

Die Gewerkschaftshaus-Baugesellschaft hat einem vielfach geäußerten Verlangen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter entsprochen und eine Sparkasse eingerichtet, in der sämtliche Gelder gegen kurze Kündigungsfristen angelegt werden können. Diese neue Einrichtung ermöglicht es den Privatleuten, Gewerkschaften, Vereinen und besonders den Sparvereinen, ihre Gelder im Gewerkschaftshause anzulegen, ohne dadurch die Privatkapitalisten zu unterstützen. Innerhalb drei Tagen sind bereits 3400 Mark zu den neuen Bedingungen angelegt worden. Die Sparordnung teilen wir morgen mit.

Die beschädigten Telephonhäuschen.

Vom Oktober bis Ende Dezember 1912 wurden die öffentlichen Fernsprechzellen auf dem Königsplatze und Wachtplatze nicht nur mißbräuchlich benutzt, sondern auch durch Abreißen der Hörer, Beschmutzen und Vernichten des Teilnehmerverzeichnisses usw. gewissenlos beschädigt. Postbeamte und Kriminalbeamte fahndeten vergeblich nach dem Frevler.

In der Nacht zum ersten Weihnachtsfeiertage gelang es einem Kriminalbeamten, den Täter in der Person des Oberschließers Karl Baudis zu ermitteln. Der Beamte hielt sich nach Mitternacht in den Anlagen des Bismarck-Brunnens am Königsplatze verborgen. Kurz vor drei Uhr nachts kam Baudis, in dessen Schließrevier die Telephonzelle liegt, an diese heran, schloß auf und ging hinein. Nach einigen Minuten kam er wieder heraus und kehrte über die Promenade auf die Wallstraße zurück. Inzwischen hatte sich der Beamte davon überzeugt, daß der Hörer des Telephons abgerissen und mitgenommen war. Nach einigen Minuten ging der Kriminalbeamte dem Schließer auf der Wallstraße entgegen und ersuchte ihn, natürlich ohne sich zu erkennen zu geben, die Telephonzelle zu öffnen, weil er ein wichtiges Nachtgespräch vorhabe. Kurz zuvor hatte der Beamte wahrgenommen, daß ein Gegenstand — vermutlich von Baudis — aufs Eis des Stadtgrabens fiel. Dieser Gegenstand erwies sich am Morgen als der abgeschnittene Hörer. Mit sichtlich verlegener Miene fragte Baudis den Beamten, ob er auch die richtige Nummer finden und überhaupt Anschluß bekommen werde. Da der Beamte in dem Schließer genau denselben Mann wiedererkannte, der vorher in der Telephonzelle war, stellte er sich ihm als Beamter vor und erklärte ihn als verhaftet. Später ist Baudis wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Am Donnerstag stand Baudis wegen vorsätzlicher Beschädigung einer öffentlichen Anlage vor der hiesigen ersten Strafkammer. Das Gericht überzeugte sich zweifelsfrei von seiner Schuld. Was ihn dazu bewogen haben mag, das Telephon so frevelhaft zu beschädigen, das konnte sich auch das Gericht nicht erklären. Baudis ist bisher unbescholten, Familienvater und zehn Jahre im Dienst der hiesigen Wach- und Schließgesellschaft. Er ist wegen seiner tadellosen Führung mehrfach prämiiert und zum Oberschließer ernannt worden. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis. Das Gericht nahm nur zwei Fälle der Sachbeschädigung als erwiesen an. Die beiden Fernsprechzellen sind etwa 20 Mal beschädigt worden. Das Gericht hielt einen halbstündigen Lokaltermin auf dem Königsplatz ab, da Baudis behauptete, der Beamte könne ihn unmöglich von seinem Versteck aus erkannt haben.

* **Keine Bauerlaubnis in Gräbschen.** Der Fabrikbesitzer Dr. Schwerin, der in Gräbschen umfangreiche Ländereien sein Eigentum nennt, beabsichtigt, auf seinem Grundstück an der Einmündung der Mochbernerstraße in die Gräbschenerstraße ein Haus zu bauen, das einen Ausgang nach der Gräbschenerstraße haben sollte. Die städtische Baupolizeiverwaltung verweigerte die Bauerlaubnis, weil die Straße nicht anbaufähig sei, d. h. die Voraussetzungen zum Anbau nach dem Fluchtlinienplan gegeben sollen nicht gegeben sein. Der Bezirksausschuß, der am Donnerstag über die Sache verhandelte, schloß sich der Ansicht des Magistrats an und wies die Klage kostenpflichtig ab. Zum näheren Verständnis der Sachlage fügen wir noch an, in dem Prozesse handelte es sich lediglich um die Bezahlung der Anliegerbeiträge. Würde der Bezirksausschuß Gräbschen als eine geschlichtete und damit anbaufähige Straße erklärt haben, so konnte Schwerin bauen, so viel er wollte, ohne Anliegerbeiträge zu zahlen.

Jahrhundert-Ausstellung.

Rosen und Nelken.

Die nächste Sonderschau in den Ringbauten unserer Jahrhunderthalle wird morgen Sonnabend vormittag 11 Uhr, während der Zeit der großen deutschen Gartenbauwoche, für alle Besucher geöffnet. Gleichzeitig treten die Preisrichter in Tätigkeit. Diese Ausstellung wird uns abgeschnittene Rosen, in schönsten Sorten und neuesten Züchtungen in Glas- und Tongefäßen aufgestellt, vor Augen führen. Nicht nur die Kenner und Preisrichter werden die einzelnen Sorten auf ihren Wert prüfen, auch das Publikum wird daran ebenso regen Anteil nehmen, wie an der Rosen-Ausstellung im Freien. Leider wird die Rosenschau nicht den Umfang annehmen, wie nach den Anmeldungen zu urteilen war; denn naturgemäß haben durch die über ganz Deutschland verbreiteten Regengüsse die Blumen allenthalben sehr gelitten. Die Rosenschau wird hauptsächlich beschickt von Mitgliedern des Vereins deutscher Rosenfreunde und dem Verbande deutscher Rosenzüchter. Die Nelken bringt der über ganz Deutschland verbreitete Verein deutscher Nelkenzüchter. Wenn auch diese Blumen nicht ganz unabhängig von der Witterung sind, so ist das nicht so schlimm, weil ihre Erzeugnisse aus „gläsernen Werkstätten" stammen. Die Kultur der Nelken wurde zuerst in Amerika vervollkommnet, von wo aus sie Anfang dieses Jahrhunderts als „amerikanische Nelke" bei uns übernommen wurde. Gegenwärtig stehen in Deutschland 150 000 Quadratmeter unter Glas in Kultur, was einem Kapitalaufwande von etwa $4^1/_2$ Millionen Mark entspricht, wobei der Grund und Boden noch nicht mitgeschätzt ist.

Zum Festkonzert am 12. Juli

in der Jahrhunderthalle schreibt uns die Ausstellungsleitung, daß eine Reihe von Anfragen einlaufen, ob eine öffentliche Generalprobe oder Wiederholung in Aussicht genommen ist. Dazu sei mitgeteilt, daß weder eine öffentliche Generalprobe veranstaltet wird, noch eine Wiederholung ins Auge gefaßt worden ist, sondern nur dieses eine Konzert, wofür Eintrittskarten bei Barasch, Hainauer und in der Verkehrshalle auf dem Ausstellungsgelände zu haben sind.

Die Schwindelinserate des Breslauer General-Anzeigers

haben die hiesigen Gerichte schon wiederholt beschäftigt. Der Schaden, der durch solche Anzeigen im Volke angerichtet wird, ist in der Tat sehr groß, weshalb es durchaus nötig ist, daß die Gerichte gegen sie mit aller Schärfe vorgehen. Es ist z. B. festgestellt worden, daß Frauenmittel für 20 Mark die Flasche verkauft werden, obwohl ihr Herstellungspreis sage und schreibe 20 Pfennig beträgt.

Auch am Donnerstag stand eine Frau Luise Wagner vor dem hiesigen Schöffengericht, weil sie durch marktschreierische Inserate im General-Anzeiger minderwertige Frauentropfen und andere Mittel gegen Periodenstörung für schweres Geld verkaufte. Wie gut das Geschäft ging, erhellt aus der Tatsache, daß Frau Wagner nach ihrer eigenen Angabe monatlich 800 bis 1000 Mark Warenumsatz erreichte. Der für die Inserate verantwortliche Redakteur Bergbusch vom Breslauer General-Anzeiger war mitangeklagt, weil er den zweifelhaften „Heilmittel"-vertrieb durch Aufnahme von Inseraten unterstützt hatte.

Es handelte sich um „Germania-Tropfen", „Französische Menstruationstropfen", „Römische Frauentropfen", „Aeskhellatropfen" und noch einige andere Mittel, die in kleinen Flaschen abgefüllt, das Stück für fünf Mark und weit darüber verkauft wurden. Nach dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Hoffmann bestehen alle diese Mittel aus nichts weiter, als Karmelitergeist mit Wasser. Karmelitergeist ist zwar an sich nicht schädlich für die menschliche Gesundheit, hat aber weder eine heilende, noch eine vorbeugende Wirkung. In den Anzeigen war von einer „glänzenden Wirkung" dieser Mittel die Rede.

Die Beweisaufnahme ergab, daß diese Behauptung völlig unwahr ist. Nach Sachverständigen-Gutachten ist den von Frau Wagner vertriebenen „Germania-Präparaten" eine weit über ihren wahren Wert hinausgehende Wirkung angedichtet worden. Frau Wagner hatte auch ihr Gewerbe nur beim Magistrat und nicht bei der Polizei angemeldet, obwohl für den Vertrieb solcher Mittel die polizeiliche Anmeldung gesetzlich vorgeschrieben ist.

Der Vertreter der Anklage, Amtsanwalt Pohl, äußerte sich über den „Breslauer General-Anzeiger" wie folgt:

„Ich kann nicht umhin, der Schriftleitung des Breslauer General-Anzeigers und dem Angeklagten Bergbusch jedes Gefühl für Scham, Ehre und Anstandsgefühl abzusprechen. Gerade der Breslauer General-Anzeiger würdigt sich schon seit Jahren dazu her, diesen schimpflichen Handel durch Aufnahme von Inseraten zu unterstützen. Das Ehrgefühl der Schriftleitungen aller anderen hiesigen Tageszeitungen sträubt sich dagegen, in einer so skrupellosen Weise dem Schwindel Vorschub zu leisten. Ich kenne den Inseratenteil der Volkswacht, der Schlesischen und Morgen-Zeitung, der Schlesischen Volkszeitung; nirgends habe ich solche Schmutzinserate entdecken können, wie gerade im General-Anzeiger. Eine Nachfrage nach solchen Schwindelpräparaten ist tatsächlich garnicht vorhanden. Daß soviel Geld dafür geopfert wird, erklärt sich nur durch die Inserate, auf die leider so viele leichtgläubige Frauen hineinfallen. Die Schriftleitung einer solchen Zeitung handelt ehrlos und verwerflich. Dem Angeklagten Bergbusch steht als einziger Milderungsgrund zur Seite, daß er unter der ausdrücklichen Billigung der Schriftleitung solche Inserate nicht zurückweisen kann oder darf. Ich bin der Meinung, diesem Heilmittelschwindel würde mit einem Male der Boden abgegraben sein, wenn eine gewisse Sorte Presse solche Inserate grundsätzlich nicht aufnehmen würde."

Der Amtsanwalt verlas darauf zum Beweise seiner Worte eine Blütenlese von Schwindelinseraten aus dem Breslauer General-Anzeiger. Er beantragte gegen den Redakteur Bergbusch, der bereits 23 Mal wegen solcher Vergehen bestraft ist, 150 Mk. Geldstrafe; dieselbe Strafe wurde auch gegen Frau Wagner beantragt.

Das Gericht erkannte auf je 60 Mark Geldstrafe wegen Vergehens gegen die Polizei-Verordnung vom 23. September 1902 in Verbindung mit den preßgesetzlichen und strafrechtlichen Vorschriften. Der Vorsitzende betonte in der Urteilsbegründung, das Verhalten des Breslauer General-Anzeigers könne nicht scharf genug gemißbilligt werden. Es handle sich um einen fortgesetzten Schwindel gegen das Publikum, zumal die Mittel durchweg nur aus Karmelitergeist mit geringen Wasserschwankungen bestanden haben. Das Verhalten des General-Anzeigers verstoße — darin ist dem Amtsanwalt zuzustimmen — gegen Anstand und gute Sitte. Es sei nur zu wünschen, daß solche Inserate in Zukunft aus seinen Spalten ganz verschwinden.

Ob das wirklich geschehen wird? Ja, wenn das Geschäft nicht wäre!

* **Vom Hochwasser** wird gemeldet, in Ratibor ist die Oder um mehr als 6 Meter auf 5 Meter gefallen. Unterhalb von Ratibor ist nach einer Meldung [illegible] überall ist das Wasser noch im Steigen. Das Wetter ist unbeständig geblieben, schwere Gewitter kamen noch keine vor.

Was liest Du?

Zu dieser Frage, die in unserer politisch bewegten Zeit für jedermann so äußerst wichtig ist, wird uns von einem Freunde unseres Blattes geschrieben:

„Sage mir, mit welcher Zeitung Du umgehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist!" So lautet heute die einfache Formel, die uns gleich einem Zauberschlüssel die innersten Gedanken und Gefühle eines Menschen offen vor uns ausbreitet. Der „Normal-Abonnent" einer Zeitung gehört wohl zu den Leuten, die das folgende Verschen recht klar kennzeichnet:

Heute liest man das Blatt mit Neugier, aber schon morgen
Dient es für Käse und Wurst nützlich als Makulatur.

Tatsächlich lesen heute die meisten Menschen, und nicht zuletzt noch sehr viele Arbeiter, die Zeitung nur unter dem Gesichtspunkte, täglich erfahren zu wollen, „was passiert ist". Selbstverständlich hat sich die bürgerliche Presse fast völlig diesem Bedürfnis des lieben Zeitungsabonnenten angepaßt. Gerade die letzten Wochen waren dafür ein gutes Beispiel. Was ist da nicht alles spaltenweise über Hochzeit, Fürsteneinzüge und Regierungsjubiläum geschwätzt worden. Jeder prinzeßliche Unterrock und mancher Hofpferdeappel mußte herhalten, den „Normalzeitungsleser" mit der ihm genehmen Kost zu versorgen. Es stimmt schon:

Klatschen, quatschen ist gar schön,
Wo aus Mücken oft entsteh'n
Elefanten, groß und stark,
Schreckgespenster aus 'nem Quark.
Daß die Entenzucht gedeih',
Himmel, hilf und steh' uns bei!

In dem Tagessumpf der aufgebauschten Nichtigkeiten, dem Zeitungslärm um Sportgrößen, Weltrekorde, Riesenmorde und Kapitaldiebstähle fühlen sich die Herren der bürgerlichen Zeitung sehr wohl. Scherl ist eine Klasse im deutschen Zeitungswesen. Große Kapitalmacht lebt da von kluger und geschickter Geschäftspolitik, die sich — und das ist das Beschämende für jeden Normalabonnenten — in der Zeitung als politische Meinung, ästhetisches Urteil und wirtschaftliche Sachkenntnis reich tut, während sie doch in Wirklichkeit nichts weiter ist als planmäßiges Verdienenwollen.

Der Wust von Nichtigkeiten stürzt nicht nur in den hunderttausend Nummern eines Lokalanzeigers tagtäglich in die kleinste Wohnung, nein, in Millionen von Zeitungsexemplaren wiederholt, tobt sich jeden Tag drei, vier Mal die in Geschäftstüchtigkeit umgewandelte Klatschsucht, Dummheit und Unanständigkeit der Hunderte von Lokalanzeigern, General- und Universalanzeigern über, mit und unter den Parteien schwebenden Zeitungen aus. Und so viel Exemplare, so viel Leser!

Für den denkenden Zeitungsleser soll sein tägliches Blatt der Sekundenzeiger der Weltgeschichte sein. Ich kaufe mir mein Brot auch nicht dort, wo bei vielen Worten schlechte Ware geliefert wird, sondern da, wo es in der Güte mir zusagend erscheint. Viele Arbeiter denken noch immer, die Zeitung sei ein belangloses Etwas. Das ist sie aber nicht. Eine Arbeiterzeitung vertritt, da sie kein Geschäftsunternehmen ist, sondern das Blatt der vereinigten Arbeiter, von ihnen bezahlt und unterhalten, das ernste Streben nach Besserung der Lage des Arbeiters. Sie formuliert bewußt und mit Sachkenntnis die Stellung des Arbeiters zu allen Fragen des Staates und der Gesellschaft. So muß eine Zeitung aussehen!

Also, Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, seht Euch Eure tägliche geistige Zeitungskost einmal ganz genau an, und denkt dabei daran, daß jeder Mensch das ist, was die von ihm abonnierte Zeitung darstellt und ausdrückt. Daß ein Arbeiter, wenn er etwas gelten und sein will, kein Skandalanzeigermensch sein darf, das ist klar. Darum, Du Arbeiter, fühle Dich als das, was Du bist, und lies eine Arbeiterzeitung!

---

* **Das Arbeitersekretariat Breslau** ist im Monat Juni von 921 Personen benutzt worden, davon waren 795 männlich, 126 weiblich, in Breslau wohnten 812, auswärts 109. Zum ersten Male erschienen 889 Besucher, wiederholt 32. Von den Erschienenen waren 756 organisiert, 80 Ehefrauen Organisierter und 85 organisationsunfähig. Es wurde in 929 Fällen Auskunft erteilt, die sich auf folgende Gebiete verteilen: Arbeiterversicherung 197, Bürgerliches Recht 333, Strafrecht 72, Arbeits- und Dienstvertrag 88, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 201, Privatversicherung, Handel und Gewerbe, Verschiedenes 33. Außerdem mußten 348 Schriftsätze angefertigt werden.

* **Vom Hochwasser.** Am Breslauer Unterpegel ist das Wasser in den letzten 24 Stunden um 1,60 Meter gestiegen.

* **Selbstmordversuch.** Am 1. Juli nachmittags gegen 7 Uhr versuchte sich eine Friseuse auf der Hirschstraße an der Türklinke ihrer Wohnungstür zu erhängen. Flurnachbarn bemerkten aber ihr Vorhaben und schnitten die Lebensmüde rechtzeitig ab.

* **Straßenunfall.** Ein auf der Marthastraße wohnender Arbeiter wurde am 2. Juli auf der Tauentzienstraße, Ecke Königgrätzerstraße, von einem Automobil umgefahren. Der Arbeiter wollte mit seinem Fahrrade den Kraftwagen in dem Augenblick überholen, als dieser eine Wendung machte. Der Mann erlitt bedeutende Verletzungen im Gesicht und an den Händen; auch sein Fahrrad wurde schwer beschädigt.

* **Von einem Automobil überfahren.** Zum Gerichtsbericht unter dieser Ueberschrift in der gestrigen Nummer bittet uns der Chauffeur Ernst Schöps mitzuteilen, daß er nicht der Verurteilte ist.

* **Tödlicher Treppenabsturz.** Am Mittwoch früh 6½ Uhr ist ein im Seitenhause Waterloostr. 23 wohnender Arbeiter beim Verlassen seiner Wohnung durch einen Schwindelanfall die Treppe abgestürzt. Der Mann erlitt so schwere Verletzungen, daß er regungslos liegen blieb. Man schaffte den Verunglückten sofort ins Allerheiligen-Hospital, wo er bald an den Folgen des erlittenen Schädelbruchs gestorben ist. Es handelt sich um den 57 Jahre alten, verheirateten Arbeiter Karl Scholz.

* **Balkenbrand.** Am Donnerstag abend kurz vor 10½ Uhr wurde die Feuerwehr in das Lokal „Zur frohen Stunde" (Bräuer), Gabitzstraße 22, gerufen. Hier machte sich in einem Tanzsaal dichter Rauch bemerkbar, der von einem Balkenbrand herrührte. Die Wehr gewahrte auch bald, daß die Balkenlage und die Füllung unter dem Fußboden des Saales brannte. Man mußte nun den Fußboden vollständig aufreißen, um die brennenden Teile zu löschen. Die Ursache des Brandes ist darin zu suchen, daß ein Balken in einen Schornstein hineinragte und dieser in Brand geraten war. Der entstandene Schaden ist bedeutend, zumal der Parkettboden aufgerissen werden mußte.

* **Sittlichkeitsverbrechen.** Im Hause Opitzstraße Nr. 1 wurde ein elfjähriges Mädchen im ersten Stock von einem unbekannten Manne angehalten, der an dem Kinde unsittliche Handlungen vornahm. Als das Mädchen zu schreien anfing, ergriff der Unhold die Flucht. Der Mann hatte schwarzen Schnurr- und Spitzbart und trug grauen Mantel, schwarze Hose und schwarzen Hut. — Am 2. ds. M. nachmittags, wurde auf der Liebichshöhe ein Mann beobach der eine Anzahl Schulmädchen an sich lockte und sich dann schamlosester Weise benahm. Als die Mutter eines der Mädc hinzukam, ergriff er eiligst die Flucht. Die Kellner des Rest rants eilten ihm aber nach, konnten ihn auch einholen und f halten, worauf er einem Schutzmann übergeben wurde. stellte sich heraus, daß der Täter ein Kellner von der Tasch straße ist.

* **Ueberfahren und schwer verletzt.** Auf dem Striegau platz wurde am Donnerstag, vormittags 10 Uhr, eine Berlin straße 29 wohnende Witwe, die dort den Straßendamm üb schreiten wollte, von einem Omnibus überfahren. Sie erlitt schwere Verletzungen, daß sie besinnungslos liegen blieb. Ein R war ihr über die Brust gegangen. Man brachte die Verunglü zunächst in die Polizeiwache auf der Frankfurterstraße und die Samariter der Feuerwache herbei. Diese leisteten der Fr die erste Hilfe und schafften sie mit dem Krankenwagen Allerheiligenhospital, wo an ihrem Aufkommen gezweifelt wi

* **Einbruch.** In das Vorkostgeschäft Kleine Groschengra Nr. 41 ist in der Nacht zum Mittwoch ein Dieb eingedrung und hat daraus 300 Zigarren, 6 Sooleier und eine Men Schokolade gestohlen.

* **Festgenommene Handtaschendiebin.** Am Mittwo konnte eine Arbeiterin festgenommen werden, die einer Frau einem hiesigen Warenhause ein Portemonnaie mit 100 Mk. a der Handtasche gestohlen hatte.

* **Bahnhofsdiebstahl.** Am Mittwoch vormittags ist eine Kürschner auf dem hiesigen Hauptbahnhof, während er sich a Schalter Karten löste, ein Pappkarton mit verschiedenem Inh im Werte von 40 Mk. gestohlen worden.

* **Beraubung eines Münzgasmessers.** Am 1. Juli geg 7 Uhr nachmittags ist der in einer Wohnung des Haus Waterloostraße 11 aufgestellte Münzgasmesser gewaltsam e brochen und seines Geldinhalts (etwa 18 bis 20 Mk.) bera worden.

* **Wäschediebstahl.** Ein auf dem Vorboden des Haus Rosenstraße 38 stehender Glasschrank ist durch Zertrümmer einer Scheibe erbrochen worden; der Dieb hat daraus Wäsch (gez. A. G. und K. G.) im Werte von 50 Mk. gestohlen.

* **Ein Brillantkollier** im Werte von 3000 Mk. ist a Donnerstag einer Frau im Hause Friedrich-Wilhelmstraße 1 gestohlen worden. Das Kollier befand sich mit einem goldene Trauring und verschiedenen anderen Kleinigkeiten in eine schwarzen Ledertasche, die mit gestohlen wurde.

Vereine und Versammlungen.

* **Tierschutzverein.** Der letzten Sitzung lagen zahlreich Anzeigen über Tierquälereien vor. Die Tierfreunde wolle bei solchen Meldungen ihre Namen nennen, da anonyme An zeigen unbeachtet bleiben müssen. Als Kassenprüfer wurde Her Tschaepe gewählt. Der Jahresbeitrag an den Verein beträg 1,50 Mark.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Klein-Gandau. Raub. Einer Händlerin wurden an 2. ds. Mts. in Klein-Gandau von einem unbekannten Mann zwei Gänse gewaltsam entrissen. Es gelang dem Räuber uner kannt mit seiner Beute zu entkommen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Peisterwitz, 3. Juli. Rache, Rache! Weil die beiden hiesigen Gastwirte Lerche und Gröger der Arbeiterschaft ihre Lokale vertraglich zur Verfügung gestellt haben, wurden sie jetzt aus dem Kriegerverein ausgeschlossen und ihre Lokale von diesem boykottiert. — Nur weil die beiden Gastwirte als Geschäftsleute handelten, wird ihnen der Brotkorb höher gehangen. So sieht die Mittelstandsfreundlichkeit der Kriegervereinsmacher aus. Demgegenüber hat die Arbeiterschaft die Verpflichtung, die von den Kriegervereinlern boykottierten Wirte nach Kräften zu unterstützen.

Aus aller Welt.

50 Tote bei einer Dynamitexplosion.

Aus Rio de Janeiro meldet der Draht: Eine Dynamitexplosion hat das Eisenbahndepot in Curityba im Staate Parana zerstört. Die Stadt ist in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Angst ist groß. Man spricht von 50 Toten.

Krieg im Frieden. Bei einer Uebung auf dem Exerzierplatz von Weiterstadt bei Mainz scheuten beim Schnellfeuer die Pferde von dem Wagen des Trainbataillons Nr. 18. Die Tiere gingen durch. Eine Anzahl von Soldaten gerieten unter die Pferde und den Wagen. Vier Soldaten wurden schwer verletzt; einer, dem der Wagen über die Brust ging, lebensgefährlich.

Schweres Automobilunglück. Am Mittwoch abend 10 Uhr stieß das mit sechs Personen besetzte Automobil des Stickereifabrikanten Paul Hager in Eibenstock mit einem Milchfuhrwerk zusammen. Die Frau des Automobilbesitzers, sowie Forstrentamtmann Loos und Frau wurden sofort getötet. Hager, die Schwägerin des Loos und der Chauffeur wurden lebensgefährlich verletzt.

Tödlicher Bauunfall. In Dresden ereignete sich am Donnerstag ein Unglücksfall, bei dem zwei Bauarbeiter getötet und zwei lebensgefährlich verletzt wurden. Während fünf Stuckateure in dem zum Kino umgebauten ehemaligen Olympia-Theater mit Deckenarbeiten beschäftigt waren, stürzte das Gerüst ein und alle Arbeiter fielen 15 Meter in die Tiefe. Zwei Vorarbeiter, darunter der Polier, dem eine schwere Zementtonne auf den Körper stürzte, waren sofort tot, zwei andere wurden lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Mordprozeß Straßer in München. Am Donnerstag begann vor dem Münchener Schwurgericht die Verhandlung gegen den 34 Jahre alten Bingießer Johann Straßer aus Nieder-Altaich, Bez.-Amt Deggendorf. Straßer hatte am 13. Mai d. Js. mittags kurz nach 1 Uhr in der Nähe des preußischen Gesandtschaftsgebäudes in München auf offener Straße den Major von Lewinski durch Revolverschüsse getötet und den zu Hilfe eilenden Polizeioberwachtmeister Vollnder durch Schüsse in den Unterleib und in den Kopf derart schwer verletzt, daß der Getroffene nach wenigen Augenblicken an Ort und Stelle verschied.

Der Senat 60 mal wegen Betrugs, Landstreicherei, Diebstahls und Nichtleistung des Unterhalts vorbestrafte Angeklagte entstammt einer Reichsdeutschen Familie. Im Jahre 1900 war er volljährig geworden und erhielt sein Erbteil in Höhe von 4000 Mark in Form einer Hypothek ausgezahlt, die er sofort für 3000 Mark weiterverkaufte. Nach seiner eigenen Angabe hat St. seit dieser Zeit nicht mehr gearbeitet, sodaß das kleine Kapital bald verbraucht war. St. erwarb sich seinen Lebensunterhalt durch Betteln und Diebstähle, die ihn schließlich auch ins Zuchthaus führten. Von der Polizei wurde St. als „Anarchist" in den Akten geführt.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses, dem St. aufmerksam zuhörte, begann das Verhör des Angeklagten. Der Vorsitzende besprach mit ihm dessen persönliche Verhältnisse. Durch sein unstätes Leben und seine Mißerfolge war St. immer verbitterter geworden. Allmählich befiel ihn ein Haß gegen die ganze Menschheit, der er die Schuld an allen Mißhelligkeiten seines Lebens beimaß. Als er sein Grundstück mit großem Verlust verkaufen mußte, wuchs sein Groll ins Ungemessene. „Wenn ich lebenslänglich ins Zuchthaus komme, brauche ich nichts mehr", sagte er einmal bei einer Gelegenheit. Im weiteren Verlaufe des Verhörs erklärte St., daß er kein Anarchist sei. Den Major habe er erschossen, weil dieser ein Preuße gewesen sei, und die Preußen könne er nicht leiden.

Elf Zeugen, Schutzleute und Straßenpassanten, waren geladen, die den Vorfall schilderten. Dann begannen die Plädoyers.

Die Massenerkrankungen in Osnabrück. Zu den Massenerkrankungen beim Infanterieregiment Nr. 78 in Osnabrück teilt das Sanitätsamt des 10. Armeekorps mit: die Paratyphuserkrankungen in Osnabrück ist im Abnehmen begriffen. In den letzten Tagen sind keine Neuerkrankungen mehr zu verzeichnen. Beim zweiten Bataillon befindet sich kein Kranker mehr, beim ersten Bataillon befanden sich gestern noch 57 Mann in ärztlicher Behandlung; auch diese 57 Mann sind nur noch ganz leicht krank. Hinsichtlich der Erkrankungsursache hält das Sanitätsamt nach wie vor an der nunmehr gesicherten Vermutung fest, daß die Erkrankungen durch den Paratyphusbazillus und sein Gift hervorgerufen sind. Nachdem bis jetzt bei 24 Erkrankten diese Bazillen nachgewiesen wurden, hat die Blutuntersuchung auch die Diagnose bestätigt.

An eine Bleivergiftung, wie in der Presse verbreitet wurde, ist bei dem einwandfreien Zustande der Küchengeräte niemals gedacht worden. Auch konnte nach den Krankheitserscheinungen eine Schirlingsvergiftung nicht in Frage kommen. Endlich ließ sich eine Kartoffelvergiftung durch Solanin auf Grund epidemiologischer Ermittelungen ausschließen.

Hochwasser. Vom Oberrhein wird ein starkes Steigen des Wassers gemeldet. Bei Hüningen ist der Wasserstand innerhalb 24 Stunden um ¾ Meter gestiegen, bei Kehl um 30 Zentimeter und bei Mainz um 25 Zentimeter.

Auch in Ungarn Ueberschwemmungen. Bei Deva überflutete der Marosfluß die ganze Umgegend. Mehrere Dörfer sind unter Wasser gesetzt und viele Brücken sind fortgeschwemmt.

Bei Ferdinandsberg (Nandorhegy) ging am Donnerstag ein Wolkenbruch nieder. Dadurch trat die Visztra aus den Ufern und riß eine eiserne Brücke fort. Infolge des Wolkenbruches ist die im Sinken begriffene Temes neuerdings um einen Meter gestiegen. In Reschitza ist ein Fuhrmann, der mit seinem Wagen im überschwemmten Gebiet in eine Grube geriet, ertrunken. In der Gemeinde Forrasvalva hat ein Bauer in den Fluten den Tod gefunden. Die Flüsse Temes und Bega sind wieder gestiegen. Ueberall wurden Schutzmaßregeln getroffen. Der Bergavafluß hat die niedriger gelegenen Teile der Gemeinde Gattaja überschwemmt. Im Dorfe Gertenyes stehen etwa 1000 Katastraljoch unter Wasser. Der Kraszna fluß ist infolge anhaltender Regengüsse ausgetreten und hat die Vorstadt Vaklert und die Maschinenanlage der elektrischen Zentrale überschwemmt. Die Stadt war die Nacht ohne Beleuchtung.

Panik in der Bremer Marienschule. Eine furchtbare Panik entstand in Bremen am Donnerstag morgen kurz vor Beginn des Unterrichts in der Marienschule, in der kürzlich der Oberlehrer Schmidt ein Verbrechen verübte. Das heftige Zuschlagen einer Tür im Zeichensaal verursachte einen lauten Schlag, der einem Schuß ähnlich klang. Das war das Signal zu einer panikartigen Erregung unter den Kindern. Zuerst stürmten die Schülerinnen aus dem dritten Stockwerke schreiend die Treppe hinab. Durch den Lärm erschreckt, folgten auch die Kinder der übrigen Klassen. Die Lehrer hatten jede Gewalt über die Kinder verloren. Viele von ihnen kamen auf den Treppen zu Fall und erlitten Verletzungen, die aber sämtlich nur leichter Natur sind. Aus den benachbarten Häusern stürzten, durch den Lärm erschreckt, zahlreiche Personen mit Stöcken und anderen Gegenständen bewaffnet, herbei in der Meinung, daß abermals ein Attentat in der Schule verübt worden sei. Von allen Seiten kamen Polizisten, und bald waren mehrere Sanitätswagen zur Stelle. Erst nach Stunden legte sich die Aufregung. Als der Unterricht wieder begann, fehlten viele Kinder, die von ihren Eltern zu Hause gehalten wurden.

Prügelstrafe für Mädchenhändler. Bei den Beratungen des in London tagenden internationalen Kongresses zur Unterdrückung des Mädchenhandels, empfahl Arthur Lee, der konservative Abgeordnete von Hampshire, den nichtenglischen Kongreßteilnehmern, für die Prügelstrafe für Mädchenhändler einzutreten. Bekanntlich wurde durch das Gesetz in England die Prügelstrafe für Mädchenhändler und Zuhälter eingeführt, und Arthur Lee schiebt diesem Umstand die Tatsache zu, daß die fremden Mädchenhändler fast ganz aus England verschwanden. Es sollten, wie Lee ausführte, gemeinsame internationale Grundsätze zur Unterdrückung des Mädchenhandels aufgestellt werden, damit den Mädchenhändlern zum Bewußtsein komme, daß sie von der ganzen Welt als „Ungeziefer" betrachtet werden.

Ein Weichensteller eine Million gewonnen. Wie Brüsseler Blätter berichten, hat das große Los der Ausstellungslotterie von Charleroy ein biederer Weichensteller in der Nähe von Brüssel gewonnen. Der über Nacht zum Millionär gewordene Weichensteller — das Los bringt eine volle Million ein — erklärt nun, daß er seinem Berufe treu bleiben werde und auch weiterhin die Weichen stellen würde. Bezeichnend ist, daß der gute Mann sich aus Anlaß des Gewinnes einen Tag bei seiner Behörde Urlaub nahm, um — sein Häuschen neu anzustreichen.

Zehn Millionen Dollars von einer Frau unterschlagen. In Buenos-Aires hat sich die 30jährige Frau Irma Avegnon erschossen. Sie war die Nichte des augenblicklichen Ministers des Aeußern in Uruguay, Dr. Roman. Frau Avegnon war dieser Tage von Montevideo nach Buenos-Aires geflüchtet, weil sich herausgestellt hatte, daß sie Wechsel- und Scheckfälschungen in Höhe von nicht weniger als zehn Millionen Dollars fast ausschließlich auf den Namen ihres Oheims verübt hatte. Als ihre Verhaftung bevorstand, griff sie zum Revolver.

Erdbeben in Messina. Die Bewohner von Messina sind in der Nacht zum Donnerstag abermals durch einen schweren Erdstoß in Schrecken versetzt worden. Die Bevölkerung, die sofort die Häuser verließ, brachte die Nacht im Freien unter Zelten zu. Der erste Stoß war um 1 Uhr verspürt worden, dem um 1½ Uhr ein stärkeres Beben folgte.

Langenbielau, 4. Juli. Schwere Gewitter sind am Donnerstag nachmittag über das Eulengebirge niedergegangen. Die lang andauernden Regengüsse richteten großen Schaden an. Die Telephonverbindungen nach Reichenbach und Umgegend waren stundenlang gesperrt.

Guhrau, 3. Juli. Die Furcht vor der roten Gefahr. Die Macht und der Einfluß der Landräte in den Landgemeinden ist bekanntlich nicht gering. Und wo nur die Vermutung besteht, irgend ein Besitzer könnte mit den verpönten Sozis sympathisieren, flugs ist er unwürdig, ein Gemeindeamt zu bekleiden, wenn er auch zehnmal das Vertrauen seiner Wähler besitzt. Ein solches Beispiel wird uns aus dem zum hiesigen Kreise gehörigen Dorfe Schabenau berichtet. Ein dortiger Landwirt hatte der Sozialdemokratie etliche Male seinen Grund und Boden zur Abhaltung von Volks-Versammlungen zur Verfügung gestellt, unbekümmert um das Geheule einiger besonders bekannter Sozialistenfresser und deren christlichen Führer, des Arbeiters Schubert im benachbarten Dorfe Kahrau, der in einem von ersterem gegen ihn angestrengten Beleidigungsprozeß — der im Zusammenhange mit den in Sch. stattgefundenen Versammlungen stand — nicht besonders rühmlich abgeschnitten ist. Manchem hohen Gönner scheints dies jetzt noch schwer im Magen zu liegen, ebenso, daß dort bei der letzten Reichstagswahl neun sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben wurden, 1907 dagegen kein einziger. Besagter Besitzer wurde also bei den Gemeindewahlen im Februar d. J. in Gemeinschaft mit einem anderen mit 21 von 28 abgegebenen Stimmen zum Schöffen gewählt. Beide warteten aber vergebens auf ihre Bestallung. Bis im Mai die Gemeindeglieder mittels Gebotzettels abermals zur Wahl zweier Schöffen eingeladen wurden „wegen Nichtbestätigung der Gewählten". (Nach der Landgemeindeordnung unterliegen diese nämlich der Bestätigung durch den Landrat.) Von den Gewählten wird nun aber auf Grund eingezogener Erkundigungen bezweifelt, daß vor der beabsichtigten Nichtbestätigung der Kreisausschuß gehört worden ist. Die Mehrheit der Gemeindeglieder scheint nun aber doch etwas Rückgrat besessen zu haben, denn in der Neuwahl wurden die beiden Nichtbestätigten wiedergewählt.

Man kann ja nun gespannt darauf sein, ob die vorgesetzte Behörde wieder von ihrem Einspruchsrecht Gebrauch machen wird, womit die Rechtlosigkeit der Gemeinde — denn in moralischer Beziehung läßt sich den Gewählten nichts nachsagen — aufs neue illustriert wird.

Hirschberg, 4. Juli. Auf dem Düngerhaufen gestorben. Tot aufgefunden wurde am Mittwoch früh in Rabishau der 59jährige Maurer Hermann Fuge aus Hirschberg. Er lag in einem offenen Schuppen auf einem Düngerhaufen und dürfte wohl, vom Regen durchnäßt, bei dem naßkalten Wetter einem Schlaganfall zum Opfer gefallen sein.

Landeshut, 4. Juli. Ein Gauner in der Maske eines Pastors. Hier tauchte dieser Tage ein Schwindler auf, der sich als Pastor Müller aus Breslau in verschiedenen Familien einführte und dann stahl was er erlangen konnte. Beim Superintendenten Förster stellte er sich als Amtsbruder vor, wurde aber aus der Wohnung gewiesen. Im Weggehen nahm er den Ueberzieher des Geistlichen mit. Nachher wurde der Gauner von einem Schutzmann festgenommen.

Jauer, 4. Juli. Immer noch Folgen des Bankkrachs. Nachdem erst vor wenigen Tagen der letzte Arbeiter die landwirtschaftliche Maschinenfabrik von Krätzig verlassen hat, ist heut schon wieder von Arbeiterkündigungen zu berichten. Die Firma Schenk, früher Frommelt'sche Gerberei, hat ihren 13 Arbeitern gekündigt, weil sie keine Aufträge mehr hat. Wie wir hören, sollen in anderen Betrieben ebenfalls Kündigungen und Entlassungen bevorstehen. Das hängt alles noch mit dem Bankkrach zusammen. Die Arbeiterorganisationen haben unter dieser wirtschaftlichen Krise schwer zu leiden und es wird der tätigen Mitarbeit aller Genossen bedürfen, die Lücken, die durch Wegzug in den Reihen der modernen Arbeiterbewegung entstanden, wieder auszufüllen. Frisch ans Werk!

Görlitz, 4. Juli. Zum Rotheschen Morde. Bei einer Durchsuchung der Wohnung des Viehhändlers Hoffmann im Hause Seydewitzstraße 33, sollte nach einer, auch von uns aus bürgerlichen Blättern übernommenen Meldung, das dem Schlächter Rothe geraubte Papiergeld versteckt aufgefunden und beschlagnahmt worden sein. Das entspricht, wie amtlich mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Wohl ist in einem Behälter eine Summe von 1400 Mark gefunden worden, die aber einwandsfrei als Eigentum der Frau Hoffmann festgestellt wurde. Auch dürfte diese nach den bisherigen Feststellungen den Selbstmord nur aus Verdruß und Scham über die Tat ihres Mannes verübt haben.

Neustadt OS., 4. Juli. Ein Opfer religiöser Wahnvorstellungen ist der Lehrer Franz Rother von hier geworden, der sich bei Kudowa, wo er in einem Sanatorium Heilung suchte, von einem Eisenbahnzuge überfahren ließ. Er war sofort tot. Rother war 16 Jahre an der hiesigen katholischen Schule tätig und erfreute sich der besten Achtung bei seinen Kollegen.

Bromberg, 4. Juli. Erschossen wurde das 10 Jahre alte Schulmädchen Grodzki von dem 13jährigen Wojziechowski mit einem Karabiner. Der Schuß traf das Mädchen in die Stirn und hatte den sofortigen Tod zur Folge. Der jugendliche Täter ist nach der Tat entlaufen und konnte noch nicht ermittelt werden.

Bromberg, 3. Juli. Ein fetter Bissen ist den Hakatisten durch die Polen weggeschnappt worden. Das im hiesigen Kreise gelegene Rittergut Kossowo ist durch Kauf in den Besitz des Polen v. Zychlinski für den Preis von einer Million Mark übergegangen. Das Rittergut ist der Ansiedelungskommission wiederholt zum Kauf angeboten worden.

Im Kreise Lublinitz ist dieser Tage ebenfalls das 1273 Hektar große Rittergut Gwosdzian in den Besitz eines Nationalpolen übergegangen, nachdem es vorher der Ansiedelungskommission mehrmals vergeblich zum Kauf angeboten worden war. Kaufpreis: 2 Millionen Mark.

Jetzt schimpfen die Hakatisten über die deutschen Verkäufer, die für polnisches Geld dem deutschen Vaterlande einen überaus schlechten Dienst erwiesen haben. Als ob diese Patentpatrioten nicht ebenfalls polnisches Geld nehmen würden. Beweise dafür sind doch genügend vorhanden.

14. Generalversammlung des Verbandes der Maler und Weißbinder.

Halle a. S., 1. Juli 1913.

Die heutigen Verhandlungen beginnen mit Fortsetzung der Debatte über die gestern erstatteten Berichte der Verbandsleitung. Streine-Hamburg erklärt für den Verbandsvorstand, daß es bei den Kämpfen um Arbeitszeitverkürzung nötig ist, in erster Linie die tägliche Arbeitszeit zu verringern, auf keinen Fall aber einzuwilligen, daß die tägliche Arbeitszeit verlängert werde, um den freien Sonnabendnachmittag zu erhalten. Was die örtlichen Extrabeiträge betrifft, so darf nicht übersehen werden, daß besonders in den vom Kampf betroffenen Orten es leicht ist, höhere Extrabeiträge zu erhalten. Deshalb halten wir es für das Beste, eine Erhöhung des Pflichtextrabeitrages von 20 Pfennig den einzelnen Filialen zu überlassen.

Wirsching-Würzburg wendet sich gegen die unlauteren Manipulationen anderer Gewerkschaften, die darin bestehen, Kollegen durch den Hinweis auf niedrigere Beiträge in andere Verbände herüberzuziehen. Es muß auch scharf gerügt werden, daß der Metallarbeiterverband besondere Sektionen für unsere Berufskollegen gründet.

Stephan-Frankfurt: Wegen des Kampfes waren die Extrabeiträge dringend nötig, deshalb ist es unverzeihlich, daß die Leipziger Kollegen nichts bewilligten.

In den Schlußworten des Referenten kam zum Ausdruck, daß die Verbandsleitung aus der Diskussion entnehmen konnte, daß die Geschäfte in der richtigen Weise geführt wurden. — Der Gesamtverwaltung wurde hierauf Entlastung erteilt.

Folgende Entschließungen fanden mit großer Mehrheit Annahme:

„Die 14. Generalversammlung steht auf dem prinzipiellen Standpunkte, daß bei allen Lohnbewegungen, bei denen Verkürzung der Arbeitszeit gefordert wird, auf eine tägliche Verkürzung zu drängen ist. Nur in solchen Fällen, in denen unsere Kollegen in gemischten Betrieben arbeiten und durch Majorität der anderen Verbänden angehörenden Arbeiter gezwungen sind, sich Beschlüssen zu fügen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf den Wochenschluß verlegt wird, sollen die Verwaltungen ihre Zustimmung dazu geben. Es ist jedoch vollständig unzulässig, durch Verlängerung der täglichen Arbeitszeit den freien Sonnabend-Nachmittag zu erreichen."

„Die anläßlich der diesjährigen Tarifbewegung von den Filialen erhobenen Extrabeiträge werden den Filialen zur Deckung der bei der Aussperrung den Filialen durch Lokalunterstützung entstandenen Kosten belassen. Ueberschüsse sind der Hauptkasse voll zuzuführen."

Ueber die Lohnbewegungen referierte Streine-Hamburg. 333 Lohngebiete mit 64.841 Kollegen wurden in den Kampf gezogen, für 267 Lohngebiete mit 51.641 Personen ist der Schiedsspruch nicht anerkannt, doch sind hierin die 11.550 Kollegen aus Rheinland-Westfalen enthalten, wo sich die Unternehmer gegen die Schiedssprüche sträuben. Oertliche Verhandlungen fanden in 207 Lohngebieten für 49.985 Kollegen statt. Diese Verhandlungen gelangten in 118 Lohngebieten für rund 27.000 Kollegen zum Abschluß. Die Wiedereinstellung der Ausgesperrten ging im großen und ganzen glatt von statten. Wenn auch einzelne Kollegen vielleicht nicht mit allem zufrieden sind, was erreicht wurde, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß wir in dem uns aufgezwungenen Kampf unseren Mann gestanden haben, um soviel wie möglich für unsere Kollegen herauszuholen. (Beifall.) — In der Diskussion weist Bezirksleiter Buchelt-Köln darauf hin, daß die Arbeitgeber Rheinland-Westfalens unter dem Einfluß der Großindustrie stehen. Man beschränkt sich nicht nur darauf, Sturm gegen den Tarifgedanken zu laufen, sondern man verlangt in bekannter Weise einen verstärkten Schutz der Arbeitswilligen und beginnt jetzt, gelbe Malergehilfen-Vereinigungen zu schaffen. — Thonn-Hamburg macht darauf aufmerksam, daß in Hamburg die Streikposten durch die Polizei in jeder Weise schikaniert werden; stundenlang hat man die Kollegen auf der Polizeiwache zurückgehalten. Die gelbe Bewegung spielt bei uns keine große Rolle, sie hat vielmehr durchaus Fiasko gemacht. In schärfster Weise muß das Gebaren der Unparteiischen zurückgewiesen werden, die durch ihr Schreiben geradezu Stellung für die Unternehmer genommen haben. Nötig wird es sein, energisch für die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises einzutreten.

Aus der sehr umfangreichen Diskussion über die Lohnbewegungen, die nichts wesentlich Neues mehr zu Tage förderte, sei noch erwähnt, daß Klotz-Berlin es für sehr wichtig hält, daß Produktiv-Genossenschaften in größerem Maße geschaffen werden. Verschiedene Redner führen darüber Klage, daß Unternehmer Schwierigkeiten bei der Wiedereinstellung von Ausgesperrten machten. Es wäre gut gewesen, im Schiedsspruch klare Abmachungen darüber zu treffen, um so mehr, als mehrfach Lohnreduktionen vorkamen.

Nach dem Schlußwort des Referenten wird die Versammlung auf Mittwoch vertagt.

10. Generalversammlung der Töpfer.

Leipzig, den 1. Juli 1913.

Zweiten Verhandlungstag.

Das Korreferat über die Statutenvorlage hielt Birkholz-Hamburg. Die Opponenten seien keine prinzipiellen Gegner einer Verschmelzung, für sie handele es sich darum, was das Richtige sei, wohin sie gehörten. Was ist der Zweck der Verschmelzung? Doch vor allen Dingen den Zusammenhalt der Kollegen zu festigen und deren wirtschaftliche Lage zu verbessern. Ist dies aber durch einen Zusammenschluß mit den Glasarbeitern und Porzellanern möglich? Diese beiden Berufe erstrecken sich nur auf einzelne Distrikte. Eine Verschmelzung würde daher für meine Kollegen im allgemeinen keine Erleichterung bei der Agitation und bei Kämpfen bedeuten. Ganz anders wäre es aber bei einem Anschluß an den Bauarbeiterverband, der den Kollegen in jeder Hinsicht einen größeren Schutz bieten könnte. Nicht aus Oppositionslust sind wir gegen die vorgeschlagene Verschmelzung, sondern aus ideellen Gründen, die Lage der Kollegen zu verbessern. Wir wollen aufgehen in einem großen, starken Verband. Der Redner ging dann auf die Statutenvorlage ein. Er verlangte möglichste Gleichstellung der Ofensetzer mit den übrigen Mitgliedern. Durch die vorgeschlagenen Bestimmungen für die Arbeitslosenunterstützung mache man die Opposition nur immer größer. Sie hätten nichts dagegen, wenn die längere Karenzzeit für die Ofensetzer bestehen bleibe, die Gefahrenklasse — die niedrigeren Sätze für die Ofensetzer — müsse aber beseitigt werden. Oder man solle die Unterstützungssätze für die übrigen Mitglieder auf dieselbe Höhe festlegen. Dann könnte ja sicherlich der Kampffonds wesentlich erhöht werden. Mit den Sätzen für die Krankenunterstützung ist Birkholz zufrieden, er wendet sich aber energisch gegen die Streikunterstützung. Nicht nur die niedrigsten Klassen — wie der Referent gesagt habe, sondern auch die obersten Klassen seien verschlechtert worden. Die Streikunterstützung sei aber die wichtigste Unterstützung. Die Einsetzung eines Ausschusses wäre unbedingt notwendig. Sonst sei zu befürchten, daß die Gegensätze zwischen Vorstand und einzelnen Mitgliedschaften sich noch verschärfen. Zum Schluß, der Redner betont zum Schluß, die Hamburger Mitgliedschaft sei geschlossen gegen die Verschmelzung, das sollte die Generalversammlung bedenken. Man solle der Opposition keine schlechte Motive unterschieben; sie meine es ehrlich und habe nur das Wohl der Kollegen im Auge. (Bravo!)

Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Zunächst kamen meist Gegner der Verschmelzung zum Wort. Die Opposition bilden hauptsächlich Delegierte aus Leipzig, Hamburg, Hannover, Dresden, Chemnitz und Nürnberg. Ihre Argumente sind in der Hauptsache die des Korreferenten. Die Delegierten begründen im übrigen die zahlreich vorliegenden Anträge auf Abänderung der Statutenvorlage. Ungeteilte Zustimmung findet diese überhaupt nicht. Im Verlauf der Debatte wurde auch darauf hingewiesen, daß die Berührungspunkte mit den übrigen Verbänden sehr gering seien. Ein großer Teil der Glasarbeiter und auch Mitglieder des Töpferverbandes waren reine Fabrikarbeiter und könnten in dieser Organisation ganz gut Unterschlupf finden. Werde das Statut angenommen, dann komme es zur Trennung der Ofensetzer, die die größere Hälfte des Verbandes (7000) bilden. Der Zusammenschluß wäre dann keine Verschmelzung, sondern eine Zerschmelzung. Bei einer Verschmelzung könnten viele Delegierte für den Fortbestand ihrer Filialen nicht garantieren.

Gleich den anderen Organisationen wählte die Generalversammlung neun Delegierte in die Kommission für die Statutenberatung.

Am Schluß der heutigen Sitzung wurde die Generaldebatte geschlossen.

Frauenbewegung.

Fabrikdamen.

§ 137 der Gewerbeordnung verbietet in seiner gegenwärtigen Fassung die Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Nachtzeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens und an den Vorabenden an Sonn- und Festtagen nach 5 Uhr nachmittags. Er ist zwar schon seit einigen Jahren in Kraft, doch können sich viele Unternehmer nur schwer an diese geringfügige Beschränkung der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft gewöhnen. Sehr häufig begegnet man in den Berichten der Fabrikinspektoren der Mitteilung, daß diese oder jene Fabrikanten es unangenehm empfinden, daß sie die Arbeiterinnen in der fraglichen Zeit nicht beschäftigen dürfen. Daß diese sich selbst zur längeren Arbeit drängten, dürfte wohl recht selten vorkommen. Um so merkwürdiger berührt eine Mitteilung in dem neuesten Bericht der Hessischen Gewerbeinspektion. Aus Offenbach berichtet der Beamte:

„In einer Lederwarenfabrik verlangten einige Mädchen, die in der Packerei beschäftigt werden, von ihrem Arbeitgeber, er möchte ihnen den Verdienst monatlich auszahlen und mit ihnen eine monatliche oder sogar sechswöchentliche Kündigung eingehen. Der Zweck dieser Forderungen war, daß die Mädchen nicht mehr als Fabrikarbeiterinnen angesehen und behandelt sein, sondern als kaufmännische Gehilfinnen gelten wollten. Ihrem Auftreten nach sind diese Mädchen allerdings von kaufmännischen Angestellten nicht zu unterscheiden; sie werden daher hier und da „Fabrikdamen" genannt.

Der Arbeitgeber bewilligte den Mädchen jedoch nur die monatliche Lohnzahlung und behandelte sie nach wie vor, was die Arbeitszeit anlangt, wie alle übrigen Arbeiterinnen. Eines der Mädchen verließ deshalb die Stelle."

Der Fabrikinspektor bemerkt hierzu, dies sei ein Beispiel, wie schwer es oft den Aufsichtsbeamten gemacht wird, die genaue Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Maximalarbeitszeit zu kontrollieren, wenn die Beschäftigten selbst die zu ihrem Schutze erlassenen gesetzlichen Vorschriften außer Kraft gesetzt wissen wollten. In der Tat sollte man es kaum für möglich halten, daß Arbeiterinnen, die auf den Erwerb angewiesen sind, um „etwas Besseres" zu scheinen, als sie sind, eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit fordern.

Neueste Nachrichten.

„Wir, Karol, von Gottes Gnaden!"

Wien, 4. Juli. Das rumänische Amtsblatt erschien, nach einer Bukarester Meldung, gestern erst um 5½ Uhr nachmittags mit einer Extraausgabe und mit folgendem königlichen Befehl: „Wir, Karol I., von Gottes Gnaden und durch den Willen der Nation König von Rumänien! Gemäß des Vorschlages Meines Kriegsministers ordne Ich folgendes an: 1. Die aktive Armee mit den Reserven wird mobilisiert und wird eine Operationsarmee formieren. 2. Die Mobilisierung wird nach den Vorschriften des Reglements der Armee-Mobilisierung durchgeführt werden. Zur Komplettierung der Kriegs-Effektiv-Bestände werden die notwendigen Linien-Kontingente und die Miliz-Kontingente einberufen. Die derzeitigen überflüssigen Kontingente werden nach und nach der Notwendigkeit gemäß einberufen. 3. Die Ordre de Bataille wird jene sein, die in den tatsächlichen Mobilisierungsplänen vorgesehen ist. 4. Unser Kriegsminister ist mit der Durchführung dieses Dekrets beauftragt."

Montenegro mobilisiert.

Cetinje, 4. Juli. Gestern nachmittag hat König Nikolaus von Montenegro mittels königlichen Dekretes die Mobilisierung der montenegrinischen Armee angeordnet.

Die Opfer.

Belgrad, 4. Juli. Die Bulgaren hatten nach Meldungen aus Sofia in der Schlacht von Redka-Bukwa an 300 Tote und 1150 Verwundete zu verzeichnen. Die Stellungen bei Redka-Bukwa werden als äußerst wichtig bezeichnet, und wenn die serbischen Truppen imstande wären, diese Stellungen zu behaupten, so würde der bulgarische General Dimitrieff zur vollständigen Untätigkeit verbannt sein. Die bulgarische Armee sei, wie es heißt, in zwei Teile geschnitten, von denen der eine in Mazedonien stehe, während der andere Teil noch wichtige Stellungen in Bulgarien selbst inne habe. Durch die Einnahme von Redka-Bukwa ist die bulgarische Armee in Mazedonien so gut wie vernichtet und Mazedonien in die Hände der Serben gegeben.

Ministerwechsel in Bulgarien.

Sofia, 4. Juli. Das Kabinett Dr. Danews hat gestern demissioniert. Es wird nun ein Konzentrations-Ministerium mit dem General Petrow an der Spitze gebildet werden, in dem alle Parteien Platz haben sollen. Das Kriegsministerium in dem neuen Kabinette übernimmt der bisherige Generalissimus Samow. Der General Ratko-Dimitrieff behält den Oberbefehl über die Armee. Dieser Entscheidung der Demission und der neuen Kabinetts-Zusammensetzung war ein fünfstündiger Ministerrat vorhergegangen.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Pegelst. in Meter früh 8 Uhr	Ratibor	Cosel	Krappitz	Neiße	Neisse Mdg. OP.	Neisse Mdg. UP.	Brieg OP.	Brieg UP.	Kottwitz *)	Dyhernfurth *)	Breslau OP.	Breslau UP.	Glog. OP.	Steinau
4. 7.	3,74	3,50	4,99	0,08	4,12	3,94	5,52	4,21	2,90	2,68	5,40	0,18	2,39	[illegible]
3. 7.	0,16	3,04	4,23	0,01	3,86	3,50	5,24	3,87	1,39	1,15	5,06	1,42	0,50	0,74
Mittel	1,68	0,98	2,12	0,42	2,46	2,07	4,07	2,38	1,68	1,56	5,00	0,14	1,88	0,45

*) Ausuferungshöhe f. Kottwitz 3,50; für Dyhernfurth (Ober-) Oder-Niederung 3,27.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Breslauer Ortszeit d. M.E.Z. + 8 Min.	2. Juli Nm. 2 Uhr	2. Juli Abd. 9 Uhr	3. Juli Mg. 7 Uhr	3. Juli Nm. 2 Uhr	3. Juli Abd. 9 Uhr	4. Juli Mg. 7 Uhr
Luftwärme (C)	+17,3	+14,1	+12,6	+17,9	+13,3	+12,8
Luftdruck (mm) a. 0° red.	744,5	745,7	745,5	748,9	746,0	746,5
Dunstdruck (mm)	9,7	9,1	9,5	9,0	9,5	9,4
Dunstsättigung (%)	66	76	84	59	82	88
Wind (0—12)	W 5	W 4	W 2	W 2	still	SW 1
Wetter	wolkig	bedeckt	bedeckt	bedeckt	wolkig	wolkig

Höhe der Niederschläge seit gestern früh 0,80 mm. — Gestern abend Regen und Gewitter.

*) Zur Reduktion auf Meeresniveau sind 13,[illegible] mm hinzuzufügen.

Versammlungen und Vereine.

Sonnabend, den 5. Juli:

Schwimmverein Poseidon. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause.

Bauterarbeiter. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause.

Sonntag, den 6. Juli:

Installateure und Helfer. Früh 10 Uhr im Gewerkschaftshause.

Maschinisten und Heizer. Nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshause.

Wahlkreis Neisse. Sonntag früh 9½ Uhr: Konferenz im Gewerkschaftslokal.

Ölsen. Bauarbeiter. Sonntag nachmittag [illegible]

Eine Qualitätsmarke ersten Ranges! Altbewährt, überall beliebt und unübertroffen!

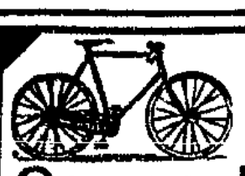
Henkel's Bleich-Soda

Henkel & Co Düsseldorf.

Man achte ausdrücklich auf den Namen **Henkel** und weise minderwertige Nachahmungen zurück! 1036/Q

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler
kaufen Sie reell und billig bei 3548
Paul Hauschild jr.,
Eisenwarenhandlung,
103 Friedrich-Wilhelmstrasse 103.

Zu billigsten Preisen
kauft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk 3010
bei denkbar größter Auswahl in Kinder-, Strand- und Zeugschuhen, sowie Holz- und andere Pantoffeln zu streng reellen Preisen nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermeister,
Friedrich-Wilhelmstraße 52, geradeüber der Friedrich-Karlstr.



Breslauer Fahrradhaus
Georg Hahn, Friedr.-Wilhelmstr. 70.
Corona, Panther und Robur
sind erstklassige Qualitätsmarken, und führe ich diese in allen Preislagen. Grosses Lager in **Mänteln, Schläuchen u. Ersatzteilen.**
Grosse Reparaturwerkstatt.
Näh- und Sprechmaschinen. — Billigste Preise. — Kulante Bedingungen. [158

Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau Museumplatz 4
3051/2

Original-Phönix-Nähmaschinen

für Gewerbe- u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Kunststicken besonders geeignet — Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen
Jul. Dressler & Co.
Auswärts franko Bahnstation. 3711 **Breslau, Ring 6.**
Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Der Wahre Jakob, Heft 10 Pf.

Erscheint dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Oberschlesischer Industrie-Bezirk.

Beuthen O.-S.

Alkoholfreie Getränke, Bierverlag.
Eintl. „Perlbrause", alkoholfr. „Perlbräu".

Brauereien.
Monopol-Pils, feinst. deutsches Pilsner.

Galanterie- und Spielwaren, Haus- und Küchengeräte.
Steinitz, Fritz, Gleiwitzerst. 9. (Kinderwag.)

Zigarren.
Fielauf, Jos., Schießhausstr. 10 (Eig. Fabr.).

Kattowitz.

Bierbrauerei und Verleger.
Niederlage „Monopol-Pils" Paulstr. 3-7.

Haus- und Küchengeräte.
Schwerin, Karl, Ring 4. (Spielwaren).

Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen
Bernhardt, F., Grundmannst. 34, Musikinstr.

Zigarren.
Kallmann, Theodor, Johannesstraße 10.
Schöttke, S. M., Nachf. M. Tischner, Schlesiens.

Königshütte O.-S.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
„Zum Arbeiterfreund", Kronprinzenstr. 47.

Möbel und Schuhwaren.
Seifert, Adolf, Rinnstr. 5. (Gewerkschaftsh.)

Ratibor.

Bierbrauereien.
Brauerei Berliner.

Drogen.
Flare-Drogerie, Oderstraße 11.

Herren- u. Knabengarderobe.
Graß, H., (Inh.: M. Böhm) Neustraße.

Lebensmittel- u. Vorkostenhandlung.
Wilbert, Carl, Langestraße 40.

Zaborze-Zabrze

Manufakturwaren, Herren-Konfektion.
Adler, S. jr., Laborze B.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.
„Quelle", Mährlaibrause.
Scholz, Emil (Wiener Weinbrennerei).

Arbeiter-Konfektion.
Bremen, M., Oppelnerstr. 25, Ecke Artillerie.

Bäckereien und Konditoreien.
Steniel, Hermann, Fischerstraße 17.
Pietsch, Karl, Fischerstraße 57.
Graß, Gustav, Fischerstraße 46.
Bukolei, Hermann, Mühlenstr. 18.
Böhr, Paul, Dorfstadt.

Bierbrauereien.
Bürger Stadtbrauerei A.-G.
Ritzgerisches Vereinsbräu, E. G. m. b. H.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Schulz, G., Oppelnerst. 5, Repar.-Werkst.

Fleischerei u. Wurstfabrik.
Jäschke, Reinh., Schulstr. 22, Konserv.-Fab.
Pinnow, Ernst, Bahnhofstraße 30.
Scholz, Richard, Fischergasse 2.
Wuttke, Reinh., Breslauerstraße 39.

Fische — Geflügel.
Grulich, Gustav, Breslauerstr. 13, I. H. 4.

Galanterie- und Spielwaren.
Goebel, A., Wagnerstraße 2.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, Paul, Milchstr. 16. (Fertig u. Maß.)
Kuhnert, Fr., Langestr. 11, Arbeitergarderobe.
Wohl, Eugen, Burgstraße Nr. 27.

Herrengard., Schuhwaren, Möbel.
Jablonowsky, S., Oppelnerstr. 32.

Holz- u. Kohlenhandlung.
Triller, Carl, Neuhäuserstraße 55.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Holzweissig, Franks Nachf., Milchstr. 14.
Grünberger, F., Joann. 11/12. Schützenstr.

Kaufhäuser.
Bach, Arth., Ring 30. Bill. Bezugsquelle

Kinematograph.
Metropol-Kino, Tägl. Vorführ. erstk. Prog.
„Edison". Tägl. Vorführ. erstkl. Progr.

Kolonialwaren und Lebensmittel.
Rothe, Rob., Ring 5. Tabak u. Zigarren.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Schles. Waren-Bazar, T. Tabik, Ring 27.
Schwedenberg, E., Zollstraße 30.

Möbel- und Sarg-Magazin.
Tabik, Albert, Langestraße 6.
Klemmer, B., Langestraße 35.
Lachmann, Christian, Wagnerstr. 16/17.
Rauke, Max, Schloßplatz 9.

Photographisches Atelier.
Dietrich, Alfred, Neuhäuserstr. 7.

Restaurant.
Restaurant zum Walfisch, Fischerstr. 16.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Burger Schuhfabrik, Zollstraße 27.
Schinke, Fr., Schuhwarenhaus, Langest. 55.
Stache, O., Mollwitzerstraße 12.

Uhren und Goldwaren.
Scheibner, F., gerr. Uhrmcr., Zollstr. 5.

Zahn-Atelier.
Andrae, Konrad, Ring 35.
Jankowski, Alfred, Zollstraße 28, II.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Bürger, G., Milchstr. 4, neb. d. Schauspielh.
Goebchen, Georg, Ecke Zollstr. u. Burgstraße

Bunzlau

Biergroßh., Limonad. u. Selterfabr.
Werkstatt, Herm., Ober-Promenade.

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Opitz, Heinrich, Poppelstr. Ecke Rotlachstr.

Sortimentshaus.
Zuckerkopf, Theophil.

Trikotagen, Weiss- u. Wollwaren
Kuhnert, J., Goldberger Str. 40 (Galanterien.)

Glogau

Herren- und Knabengarderobe.
Alspahm, M., Preußischestraße 52/53.

Korbwaren, Kinderwagen, Spielwaren.
Kobisch, Friedrich, Mühlgr. 5.

Gorkau

Brauereien.
Gorkauer Exportbierbrauerei, A.-G.

Gotschdorf.

Bäckereien.
Kabel, Gust.

Jauer

Arbeitergard., Schuhw. u. Möbelfag.
Kaniowitz, J., bm.: Fritsche, Königsstr. 7.

Fahrräder.
Gloß, Fahrräder, Jauer.

Herren- und Damenkonfektion.
Lippner, V., Goldbergerst. 55. Billigste Preise.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Herfel, Emil, Königstraße 1.

Kinderwagen, Reisekörbe, Leiterwagen.
Heinrich, Selma, Ww., Königstr. (Bürstenw.)

Photogr. Atelier u. Vergrösserungen.
Schulz, Alfred, Bollenhainerstraße.

Restaurateure.
Gasthaus „z. Gold. Hirsch", Alt-Jauer
Kochmann, S., Essigfabrik Goldbergerstr. 31.

Schuhwarenhaus.
Kliemke, Carl, Goldbergerstraße 3.

Seifen, Parfümerien.
Rummler, Rudolf, Goldbergerstr. 26.

Gross-Leubusch

Schuhwaren und Schuhmacher.
Gulchwitz, Herm., Reparaturwerkstatt.

Maltsch a. O.

Herren- und Arbeitergarderobe.
J. Dambarger, Spez. Maßanfertigung.

Neumarkt

Bier-Brauereien.
Keil, C. A. & Co., „Zum Feldschlößchen".
„Stadt-Brauerei" Gebr. Pfestroff.

Bäckerei.
Aglaster, P., Licanitzerst. 6. (Konsumv.-Mef.)
Ronge, Anton, Ring 33, (Konsumv.-Liefer.)

Spezialgeschäft für Fahrräder.
Reinwald, Gustav, Neumarkt.

Restaurateure.
Freudenberger, H., Gasthof zum geld. Löwen.

Schnittwaren, Putz und Konfektion.
Weberß, M., Nachf., D. Neumann, Ring 52.

Ohlau

Bier-Brauereien, Bier-Verleger.
Bürgerliches Brauhaus, Ohlau.
Bitschke, Ernst, Schloßbrauerei u. Bierverlag.

Fahrräd., Nähmaschin., Grammophone.
Geisler, Adalbert, Ring 13.

Herrengarderobe u. Schuhwar.
Lustig, Gustav, Breslauerstr. 6 (Kub.-Kaut.)

Kino.
Metropol-Theater, (Inh. E. Rase).

Manufaktur- und Modewaren
Hecht, Emil, Ring 3.

Möbel, Konfektion, Schuhwaren.
Kreusel, Karl, Ring

Putz-, Weiss- und Wollwaren.
Tarr, J., Nachf., Priegerstraße 4.

Putz, Kurzwaren, Weisswaren.
Gr. Ring Nachf. Inh. J. Blumenthal, Ring 26

Restaurateure.
Polik, „Stadt Delhi", Parkettsaal, Konzertg.

Schuhwaren.
Berliner Schuhwarenhaus (Schulz), Breitst. 14

Lager fertiger Särge, Bestattungsanstalt.
Gutschke, E., Ring 21.

Wäsche, Zigaretten, Spezialitätenhandel.
Gilhoff, Otto, Ring 2.

Märzdorf-Steindorf

Bäckereien.
Schlesischer Dorf-Verein, Bäckerei

Gemischtwaren.
Stober, Adolf, Märzdorf.
Berger, Emil, Steindorf.

Pelsterwitz

Bäckerei.
Gritzbach, Wilhelm, Lindenerstraße 8.

Kolonialw.-, Drogen-, Fahrradhandl.
Rotzsch, Adolf, Zigarren.

Qualkau

Bäckerei.
Grimmig, Fritz, Qualkau.

Rotsürben

Fahrräd., Nähmasch., Grammophone.
Schröper, Wilhelm, (Reparat.-Werkst.)

Fleischerei und Wurstfabrik.
König, Hermann, Rotsürben.

Gemischtwaren.
M. Schneider.

Restaurateure.
Deutsches Haus, (Inh.: Reinh. Jacob.)

Saarau

Herren- und Arbeitergarderobe.
Cohn, Paul, Spez.: Maß-Anfertigung.

Kolonial- und Eisenwaren.
Krause, Otto, Haus- und Küchengeräte.

Putz-, Weiss- und Wollwaren.
Kaufhaus Löbel, Emma, Damen-Konfekt.

Stoberau

Fleischerei und Wurstfabrik.
Pohl, Gustav, Stoberau.

Ströbel-Zobten.

Fleischerei u. Wurstfabriken.
Klein, Bruno, Fleischerei mit Kraftbetrieb
Sattler, Hermann, Ströbel.

Restaurant.
Kurt Ehrlich's Gasthaus, Ströbel.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Spiller, Heinrich, Zobten, Ring.

Strehlen

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Brinkter, Karl, Spezial-Geschäft.

Kinematographen.
Central-Theater, Münsterbergerstr. 16.

Restaurationen
„Heinrichsruh." (Inh. Herben), Nikolaiberg.

Uhren-, Gold- und Luxuswaren.
Barbehle, Eb., Fahrräder, Nähmaschinen.

Trebnitz

Bierbrauereien.
Trebnitzer Genossenschafts-Brauerei E. G. m. b. H.

Fahrräder, Nähmasch., Grammoph.
Gehn, Willy, Klosterpl. (gr. Rep.-Werkst.)

Fleischerei u. Wurstfabrik.
Mittmann, Paul, Langestraße 27.

Herr.-Arb.-Garderob., Manufakturw.
Gittner, Eugen, Langest. 34, Hüte, Mützen.

Restaurateure.
Hotel zum Bahnhof (Inh.: Rob. Hentschel)
Konzerthaus (Inh. E. Rösner) Frankenberg.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Bentke, August, Langestraße 30a.

Zigarren, Kaufmannsartikel.
Scholz, Th. R., Langestraße 37.

Nähere Umgebung Breslaus.

Cosel.

Bäckerei.
Marx, (Inh.: Karl Scholz), Cosel.
Starker, Franz, Cosel Nr. 32.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Exner, Paul.

Ditsch.-Lissa-Stabelwitz

Bäckereien.
Kiesewetter, Arthur, Konsum-Lieferant.
Land, Jos., Breslauerstr. 8, Krampitzerst. 23.
Meinert, Aug., Stabelwitz 37.

Brauereien
Brauerei Oswald Meltzner.

Eisen- und Fahrradhandlung.
Linke, Paul, Breslauerstraße 27.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Klose, Friedr., Reparatur-Werkstatt.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Becker, Gustav, Breslauerstraße 17.
Windig, Arthur, Breslauerstraße 21.
Raisch, Robert, Stabelwitz Nr. 11.
Schubbe, Hermann, Breslauerstr. 10.

Haus- und Küchengeräte.
Weiß, B., Breslauerstr., Leit.- u. Kastenwg.

Kaufhaus.
Kaufhaus Brauer, Breslauerst. 19. 5% Rb.

Kolonialwaren.
Brettschneider, B., Brunnenstraße 1.

Manufakturwaren, Arbeiterkonfektion.
Breslauer Engros-Lager, Breslauerst. 10

Restaurateure.
Fuhrmann's, A., Etablis., Deutsch-Lissa.
Holtz, Heinrich, Stabelwitz.
Männer-Kränke, (Leopold), Kl.-Heidau.
Paetzold, Paul, Hartmannsdorf.
Weidners Gartenlokal, Stabelwitz.
Willaschek, Anton, Breslauerstraße 3.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Lachmann, W., Breslauerstr. 16, Rep.-W.

Uhren, Gold- u. Silberwaren.
Otto, Oskar, Breslauerstraße 31, ptr.

Hundsfeld

Bau- und Möbel-Tischlereien.
Reimann, Aug., Breslauerstr. 3 (Sargmag.)

Fahrräder und Nähmaschinen.
Stolentz, Wilh. Ring 6, (Gr. Rep.-Werkst.).

Fleischereien.
Hanke, Gustav, Breslauerstraße 2.
Wentzel, H., Breslauerstraße 20.

Herren- u. Damengard., Putzgeschäft.
Apelt, Anna, Markt 11, ptr.

Restaurateure.
Gelber Löwe R. Hönisch, Neuer Parkettsaal m. Bühne, Gesellschaftsräume
Gasth. „Stadt Warschau" (Inh. C. Bänsch)
„Weißer Adler", Ring 10.

Spezerei, Eisenwaren, Zigarren.
Horn, Eug. (vorm. Gummert), Breslauerst. 1.

Klettendorf-Hartlieb

Fahrradhandlg. u. Reparaturwerkstatt.
König, P., Klettendorf, Nähmasch. u. Gramm.
Weik, S., Klettendorf, erstkl. Fahrrd., Nähm.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Gödlich, Ernst, Klettendorf.
Jaschke, Carl, Hartlieb.
Kahlert, August, Krietern Nr. 1.
Milde, Hermann, Klettendorf.
Paetzold, Carl, Klettendorf und Hartlieb.
Reisenberger, Ernst, Hartlieb.
Seiffert, R., Krietern, Breslauerstr. 14.

Kolonialwaren.
Michael, M., Klettendorf.

Masseur.
Grunich, Bruno, Krietern, Breslauerstr.

Restaurateure.
Folgner, Ernst, Klettendorf.
Jung, Klettendorf.
Rübner, Ernst, Klettendorf.
„Zur neuen Kunkelkopp", R. Beliner.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Mäser, Carl, Klettendorf, Kirchpl.
Stock, Emil, Hartlieb.

Lokale an der Oder.

Restaurateure.
Kaffeehaus Bartsch, F. Lur.
„Z. Lindenpark", Inh. J. Poremba, Grünelche.
Schaffgotschgarten.
„Kaffeehaus Treichen", C. Schmidt.

Gr.-Mochbern-Schmiedefeld

Bäckerei und Konditorei.
Koblitz, Carl, (Holz- u. Kohlenverkauf).

Fleischereien und Wurstfabriken.
Mastur, Hermann, Groß-Mochbern 8 b.
Skor, Paul, Schmiedefeld.
Stanulla, Franz, Groß-Mochbern.
Weiß, Gustav, Groß-Mochbern 21.

Kolonialwaren, Drogen, Fahrräder.
Hanke, Gust., (Fahrrad-Reparaturwerkst.)

Restaurateure.
Schreiers, W., Etablissement.

Schnittwaren, Kolonialwaren
Engel, Max, Groß-Mochbern.

Kl.-Mochbern.

Restauration.
Ullrich's Ww., Gasthaus, Kl.-Mochbern.

Schuhwaren — Schuhmacher.
Kirmis, Franz, Masseresch. Kl. Mochb.

Neukirch — Maria-Höfchen.

Restaurateure.
Müller's Etablissement, Maria-Höfchen.
Stephan, Julius, (direkt am Bahnhof.)

Oltaschin

Fleischerei und Wurstfabrik.
Heinzelmann, Otto.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Gutsche, Gustav, Zigarren, Zigaretten.
Sosnitza, Gabriel (Delikatessen).

Restaurateure.
Deutscher Kaiser, Inh. G. Jaschke.

Opperau

Restaurateur
Niewitecki, Franz, Opperau.

Rosenthal-Carlowitz

Fleischerei und Wurstfabrik.
Frietsch, Berthold, Carlowitz 2.
Wermuth, Arthur, Rosenthal 17.

Kolonialwaren und Zigarren.
Spitzer, Reinh., Carlowitz a. d. Chaussee.

Restaurateure.
Friedrichsruh, Rosenthal a. 11000 Jfr.-Fdbt.
Scholz, G., Sängerlust, Hundsfeld, Chauss.
Scholz, Rich., Hundsfeld, Chauss. 50, z. a. Od.
„Zur scharfen Ecke", Inh.: Joh. Laqua.
R. Wilfert, 3 Restitäte.

Schottwitz-Friedewalde

Restaurateure.
Zur neuen Welt, (Inhaber Klah).
Zedler, Gustav, Schottwitz.

Schwoitsch

Kolonial- und Gemischtwaren.
Schwarz, Adolf.

Gross-Tschansch.

Restaurateure.
Reichsadler jeden Sonntag: Eisbeine.

Klein-Tschansch.

Bäckerei
Welzel, Otto, Chaussee 13, Grün. Rabattm.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Weiß, Wilhelm, Klein-Tschansch Nr. 21.

Kolonialwaren.
Dalibor, Adolf, Gr.-Tschansch, (Zigarr.)
Freitag, Wilhelm, Chaussee 25.

Restaurateure.
Kaffeehaus Lorette, Rothkretscham.

Schuhwaren.
Pläffe, Paul, Kl.-Tschansch Nr. 34.

Woischwitz

Fleischerei und Wurstfabrik.
Koblitz, Wilhelm, Woischwitz Nr. 64.

Restaurateure.
„Zur Erholung", Inh. R. Herold, Woischwitz
Scholz, Rich., Woischwitz.

Statistisches zum deutschen Wehrbeitrag.

A. Wehrbeitrag nach Vermögen:

Beitragsfreie Vermögensgrenze:

10000 Mk. wenn der Pflichtige ein Einkommen von mehr als 4000 Mk. hat;
30000 „ „ „ „ „ 2000–4000 „ „
50000 „ „ „ „ „ Mk. u. darunter „

Der Beitrag beträgt bei einem Vermögen bis zu 50000 Mk. und bei größeren Vermögen von

den ersten	50 000 Mk.	0,15 v. H.
den nächsten angefangenen oder vollen	50 000 „	0,35 „ „
„ „ „ „ „	100 000 „	0,5 „ „
„ „ „ „ „	300 000 „	0,7 „ „
„ „ „ „ „	500 000 „	0,85 „ „
„ „ „ „ „	1 000 000 „	1,1 „ „
„ „ „ „ „	3 000 000 „	1,3 „ „
„ „ „ „ „	5 000 000 „	1,4 „ „
von den höheren Beträgen		1,5 „ „

B. vom Einkommen:

Die Abgabe vom Einkommen beträgt:

bei	5000 – 10000 Mk.	1	v. H.
„	10 000 – 15 000 „	1,2	„ „
„	15 000 – 20 000 „	1,4	„ „
„	20 000 – 25 000 „	1,6	„ „
„	25 000 – 30 000 „	1,8	„ „
„	30 000 – 35 000 „	2	„ „
„	35 000 – 40 000 „	2,5	„ „
„	40 000 – 50 000 „	3	„ „
„	50 000 – 60 000 „	3,5	„ „
„	60 000 – 70 000 „	4	„ „
„	70 000 – 80 000 „	4,5	„ „
„	80 000 – 100 000 „	5	„ „
„	100 000 – 200 000 „	6	„ „
„	200 000 – 500 000 „	7	„ „
„	500 000 und mehr „	8	„ „

Veranschlagtes Gesamtergebnis:

Ertrag des Wehrbeitrages aus dem Vermögen (A): 880 000 000 Mk.
„ „ „ „ vom Einkommen (B): 80 000 000 „
vom Vermögen der Aktiengesellschaft u. Kommanditgesellschaft auf Aktien: 40 000 000 „
Zusammen: 1 000 000 000 Mk.

Der deutsche Wehrbeitrag.

Nachdem nunmehr der deutsche Reichstag den Wehrbeitrag in dritter Lesung angenommen hat, wird er in unveränderter Form Gesetz. Unsere beistehende statistische Tabelle gibt eine interessante Uebersicht der Beitragssätze, nach denen der Wehrbeitrag erhoben wird.

Der weitaus größte Teil des Wehrbeitrages wird vom Vermögen genommen; die beitragsfreie Vermögensgrenze beträgt: 10 000 Mk., wenn der Pflichtige ein Einkommen von mehr als 4000 Mk. hat; 30 000 Mk., wenn der Pflichtige ein Einkommen von mehr als 2000 Mk. bis zu 4000 Mk. hat und 50 000 Mk., wenn der Pflichtige ein Einkommen von 2000 Mk. und darunter hat. Der Beitrag vom Vermögen steigt dann, wie unsere Tabelle zeigt, von 0,15 bis auf 1,5 Prozent. Nach der Berechnung des Reichsschatzamtes, die sich auf die preußische Einkommens- und Ergänzungssteuerstatistik von 1911 stützt, ergibt sich hieraus ein Betrag von 485 161 Millionen Mk.

Bis zum Stichtag (31. Dezember 1913) wird eine Steigerung von 13,53 vom Hundert angenommen . . . 65 642 Mill. Mk.
ergibt in Preußen . . . . . 550 803 „ „
im Reiche nach dem Verhältnis 8:5 . . . 881 285 „ „
also rund 880 Millionen Mark.

Der Wehrbeitrag vom Einkommen berücksichtigt Vermögen von 5000 Mk. aufwärts und sieht eine Staffelung von 1,2 bis 8 vom Hundert des Einkommens vor.

Von den festgestellten Einkommen wird ein Betrag abgezogen, der einer Verzinsung von 5 vom Hundert des abgabepflichtigen Vermögens entspricht. Abgabefrei sind die Einkommen, welche den Betrag von 5000 Mk. nicht übersteigen, sowie die nach Abzug des gemäß dem im Falle des Vorhandenseins abgabepflichtigen Vermögens gewährten Abzugsrecht abgabefreien Teils des Einkommens verbleibenden Restbeträge unter 1000 Mk.

Nach der Veranlagung der Einkommensteuer in Preußen für 1911 ergibt sich für die Einkommen von 5000 Mk. aufwärts eine Gesamtveranlagungssumme von 4595,18 Millionen Mark, woraus sich 136 205 Millionen Mark Ertrag ergeben würden. Hiervon sind aber abzuziehen die fundierten Einkommen mit etwa zwei Drittel, sodaß sich aus unfundierten Einkommen ergeben . . . . . 44 651 Mill. Mk.
Die zu erwartende Steigerung für 1914 beträgt bei 15 vom Hundert . . . . . 6 698 „ „
ergibt in Preußen . . . . . 51 349 „ „
im Reiche nach dem Verhältnis 8:5 . . . 82 158 Mill. Mk.
also rund 80 Millionen Mark.

Der Waldenburger Meineidsprozeß.

Schweidnitz, 2. Juli 1913.

Am Mittwoch mittag 2 Uhr begann die Verhandlung mit der Vernehmung der letzten Zeugin, des Frl. Rößner die um die Zeit der Herstellung des Flugblattes im Arbeitersekretariat als Maschinenschreiberin tätig war. Sie bekundet auf Befragen, daß sie das fragliche Flugblatt auf der Schreibmaschine geschrieben habe. Sie bekundet weiter, daß dasselbe von Osterroth diktiert wurde. Auch muß die Zeugin auf Befragen Osterroths zugeben, daß das Manuskript nach dessen Fertigstellung vor einem größeren Kreise von Personen vorgelesen worden ist.

Nach Vernehmung dieser Zeugin ereignet sich ein

bezeichnender Zwischenfall

durch einen überaus dreisten Coup des Köhler. Der Zeuge Köhler macht Mitteilung von einem Briefe, den ein Zeuge und zwar der Schriftsetzer Rosenstengel, vor einiger Zeit vom Zeugen Redakteur Schiller erhalten haben soll, und daß der Zeuge Rosenstengel bezüglich dieses Schreibens die Meinung geäußert habe, daß dieser Brief eine Zeugenbeeinflussung durch einen „Bergwacht"-Redakteur vorstelle. Auf Veranlassung des Vorsitzenden wird das Schreiben verlesen. Es ergibt sich, daß Genosse Schiller auf eine Anfrage des Zeugen Rosenstengel-Naumann hin folgenden kurzen Brief geschrieben hat:

Neu-Salzbrunn, 23. April 1913.

Geehrter Herr Naumann!

Ihren Brief habe ich erhalten und teile Ihnen wunschgemäß folgendes mit: Es handelt sich um einen Meineidsprozeß gegen Weichelt, Hoffmann (Faktor) und Osterroth. Das Gericht will wissen, wer den Gallasch-Brief gesetzt hat. Mehr kann und will ich auch zu dieser Sache nicht sagen, weil es gar zu leicht möglich ist, daß unangenehme Konsequenzen in Bezug auf Zeugenbeeinflussung usw. daraus entstehen können. Im übrigen dürfte für Sie die Sache doch auch sehr einfach liegen: Sie beantworten die gestellten Fragen wahrheitsgemäß und falls Sie sich wegen der Länge der Zeit nicht mehr erinnern können, nun so wird das Gericht sich eben auch bescheiden müssen.

G. habe ich Ihrem Wunsche gemäß von Ihrem Schreiben Kenntnis gegeben. Er ist über die darin enthaltene Vorträfstudie sehr gut gesinnt und wird Ihnen jedenfalls mit einigen Grobheiten antworten.

Mit Hochachtung

Richard Schiller.

Mit diesem vom Vorsitzenden sowohl wie von der Verteidigung als durchaus korrekt anerkannten Schreiben versuchte Köhler einen letzten Ansturm, um seine jämmerliche Position zu festigen. Dieser Coup Köhlers war nichts anderes wie der Versuch, nun auch noch die Redaktion der „Bergwacht" in dieses schmähliche Denunziantenstück mit hineinzuziehen. Das Vorhaben mißlang, der Vorsitzende wies Köhlers Versuch zurück.

Damit ist dieser Zwischenfall erledigt und nachdem noch einige Fragen der Geschworenen beantwortet worden waren, wird die Beweisaufnahme für geschlossen erklärt.

Vom Vorsitzenden sind folgende Schuldfragen entworfen:

Erstens: Ist der Angeklagte Hoffmann schuldig, am 3. September 1912 vor der Strafkammer in Waldenburg wissentlich eine unwahre Aussage gemacht und diese Aussage unter seinem Eide bekräftigt zu haben?

Dieselbe Frage wird bezüglich der Genossen Weichelt und Osterroth gestellt.

Von der Verteidigung wird beantragt, die Unterfrage aus § 157, 1 der Strafprozeß-Ordnung zu stellen. Außerdem wird beantragt, bei den Angeklagten Hoffmann und Weichelt die Frage wegen fahrlässigen Falscheides zu stellen. Diesen Anträgen wurde durch Gerichtsbeschluß stattgegeben.

Hierauf folgt das Plädoyer des Staatsanwalts, die vortrefflichen Reden der beiden Verteidiger und das Schlußwort des Genossen Osterroth, die wir alle schon im Auszuge wiedergegeben haben.

Es beginnt sodann — es ist mittlerweile 8 Uhr geworden — die Rechtsbelehrung der Geschworenen. Sodann ziehen sich diese zur Beratung zurück.

Nach halbstündiger Beratung verkündet der Obmann der Geschworenen unter atemloser Spannung des ganzen Auditoriums den Wahrspruch der Geschworenen. Er lautet:

auf schuldig des wissentlichen Meineids für Hoffmann mit mehr als sieben Stimmen;
auf schuldig des wissentlichen Meineids für Weichelt mit mehr als sieben Stimmen;
auf nichtschuldig für Osterroth.

Die Angeklagten werden in den Saal geführt. Sie scheinen an der drückenden Stimmung im Saal ihr Schicksal zu ahnen. Der Schreiber verliest ihnen den Wahrspruch der Geschworenen.

Darauf formuliert der Staatsanwalt seine Anträge zum Strafmaß. Sie lauten:

für Hoffmann 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus;
für Weichelt 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus;
für Osterroth Freispruch.

Die Richter ziehen sich zur Beratung zurück, um nach baldiger Rückkehr dieses Urteil zu verkünden:

Hoffmann 1 Jahr 6 Monate, Weichelt 1 Jahr 3 Monate, Osterroth wird freigesprochen.

Von der Untersuchungshaft werden drei Monate in Anrechnung gebracht.

Gegen Hoffmann und Weichelt wird die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre ausgesprochen.

Der Antrag der Verteidigung, die Angeklagten Hoffmann und Weichelt aus der Haft zu entlassen, wird abgelehnt.

Die Angeklagten nehmen das Urteil zwar mit äußerlicher Ruhe auf, aber die tiefe innere Erschütterung ist ihnen unschwer anzusehen. Hoffmann ruft seiner Frau beim Abschied zu: „Ihr seht mich nicht wieder!"

* * *

Zu dem Urteil bemerkt die „Bergwacht":

Das Ungeheuerliche ist gestern abend in später Stunde geschehen. In den düsteren Räumen des Schweidnitzer Landgerichts wird schon so manches Justizdrama seinen erschütternden Abschluß gefunden haben. Viele unheilschwangere Stunden werden in diesem nüchternen hohen Saale über die Köpfe so mancher armen Teufel dahingeschlichen sein und so manche tiefbewegte Teilnahme wird von den Zuschauerbänken zu den Angeklagtenbänken hinübergezittert sein. Aber noch selten wird das Unfaßbare im menschlichen Handeln so stark auf die Gemüter der Prozeßteilnehmer eingewirkt haben, wie an diesem Mittwoch-Abend.

Zwei Ehrenmänner von tadelloser Vergangenheit, zwei Männer, deren Leben sich immer in den Bahnen allgemeiner bürgerlicher Anständigkeit bewegt hat, werden auf Jahre aus der Liste der — nach bürgerlichen Begriffen — Ehrenmänner herausgestrichen und in die schmachvolle Qual des Zuchthauses gepreßt. Männern werden da — im Namen der Gerechtigkeit — die Ehrenkleider vom Leibe gerissen, die selbst nach den Aussagen des öffentlichen Anklägers die Eidesverletzung nicht aus unedlen Motiven begangen haben, will man überhaupt von einer Eidesverletzung reden. Justitia fundamentum regnorum — Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten — heißt es in dem tönenden Sinnspruch am Tempel der Justiz. Was muß das für eine Gerechtigkeit sein, die so furchtbar ihre Grundsätze den Menschen einbrennen muß, selbst wenn hinter der Tat ein edles Motiv steht? Nimmermehr ist das ein gesundes Fundament des Staates, das Strafen und Rächen nur dem kalten nackten Buchstaben überläßt und nicht die Regungen menschlichen Empfindens zur Geltung kommen läßt.

Dieses unsoziale Urteil von Schweidnitz aber wird seine Wirkung tun. Dem furchtbaren Urteil von Erfurt schließt sich an das Urteil von Schweidnitz, das sich auf einen „abscheulichen politischen Hintergrund" aufbaute, wie Justizrat Mannvold in seiner Verteidigungsrede sagte.

11. Generalversammlung der Glasarbeiter.

Leipzig, den 1. Juli 1913.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Statutenvorlage bewegte sich heute in demselben Rahmen wie gestern. Prinzipielle Gegner der Verschmelzung sind die Redner ja nicht, die große Mehrzahl der Delegierten ist aber gegen eine Verschmelzung, wenn der Markbeitrag bestehen bleibt. Einer Beitragserhöhung von 60 Pfg. auf 80 Pfg. in der obersten Klasse wollen die Redner zustimmen. Der Einnahmeausfall soll durch eine Reduzierung der Unterstützungssätze bei Krankheit ausgeglichen werden. Von anderen Rednern wurde jedoch darauf hingewiesen, daß eine wesentliche Erhöhung der Beiträge kommen müsse, auch seien doch fortwährend Wünsche auf Erhöhung der Krankenunterstützung nach dem bisherigen Statut gekommen, darum solle man sich nicht so sehr gegen die Sätze der Krankenunterstützung wenden. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Töpfer und Porzelliner den Wünschen der Glasarbeiter noch entgegenkommen. Der Veteran des Glasarbeiterverbandes, der als Gast anwesende Reichstagsabgeordnete Horn, griff auch in die Debatte ein. Er unterstützte die erhobenen Einwendungen gegen den Statutenentwurf. Das Hauptgewicht dürfe nicht auf die Krankenunterstützung gelegt werden, wie es die Porzelliner wollten. Der Sprung von 60 Pfg. auf 1 Mark sei zu hoch.

Im Laufe der Diskussion wurde ein Antrag eingebracht, aus den drei Organisationen eine Kommission von je fünf Kollegen einzusetzen, die bis zur nächsten Generalversammlung einen neuen Statutenentwurf ausarbeiten und diesen frühzeitig den Mitgliedern unterbreiten soll. Demgegenüber beantragte Verbandsvorsitzender Girbig nach Rücksprache mit den Vorständen der übrigen Organisationen, eine Kommission von 9 Mitgliedern und einem Vertreter des Vorstandes zu wählen, die in Gemeinschaft von Vertretern der anderen Verbände die Vorlage erneut berät und weitere Vorschläge macht. Die Debatte soll vorläufig ausgesetzt werden, bis die Kommission ihre Arbeiten erledigt hat.

Die Generalversammlung stimmte einmütig dem Antrag Girbig zu und wählte neun Delegierte für diese Kommission.

Sodann erstattete Verbandsvorsitzender Girbig-Berlin den

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Der Verband habe in der Berichtszeit 1911/12 in agitatorischer Beziehung ganz Wesentliches geleistet; seinen Mitgliederstand bedeutend erhöht und auch die Finanzen verbessert. Die Mitgliederzunahme beträgt 4355, bei Beginn der Geschäftsperiode zählte der Verband 15.742 Mitglieder, an ihrem Ende 20.097. Eingetreten sind in den beiden Jahren rund 13.000 Kollegen, der Abgang beträgt 8800.

Lohnbewegungen fanden in den beiden Jahren 115 statt, die sich auf 363 Betriebe mit 23.961 Beschäftigten erstreckten. Die größten Erfolge wurden im Jahre 1911 erreicht. Insgesamt konnte in der Berichtszeit für 1343 Personen eine Arbeitszeitverkürzung um 7059 Stunden pro Woche erzielt werden. Eine Lohnerhöhung um 16.052 Mark wöchentlich wurde für 7866 Kollegen durchgesetzt. Girbig besprach einzelne Lohnbewegungen und betonte, die Kämpfe würden immer schwieriger, deshalb müßte alles daran gesetzt werden, um noch größere Kräfte entfalten zu können. Die Finanzen müßten noch weiter aufgebessert und in agitatorischer Beziehung noch mehr geleistet werden.

Tarifverträge bestanden am Schlusse der Berichtszeit 45 für 340 Betriebe mit 5352 beschäftigten Personen, von denen 3786 im Glasarbeiterverband organisiert waren. Im Jahre 1912 wurden 22 Tarife für 38 Betriebe mit 1897 Beschäftigten neu abgeschlossen.

Bei der Erneuerung der Ausnahmebestimmungen für die Beschäftigung von Jugendlichen und Frauen in der Glasindustrie im Reichstag sei nicht das Geringste für die Arbeiter herausgekommen. Bei den schauderhaften Zuständen in der Glasindustrie wäre dies außerordentlich bedauerlich. — Girbig schloß seinen Bericht mit der Erklärung, der Vorstand glaube, in den beiden Jahren seine Pflicht erfüllt und die Interessen des Verbandes voll gewahrt zu haben. (Beifall.)

Den Kassenbericht gab Hamann-Berlin. Die Einnahmen aus den Wochenbeiträgen betrugen 1911 380.559 Mark, 1912 463.799 Mark. Die wichtigsten Ausgabeposten sind: Streikunterstützung in beiden Jahren 182.820 Mark, Arbeitslosen- 102.145 Mark, Kranken- 55.770 Mark und Umzugsunterstützung 14.797 Mark. Das Verbandsvermögen stieg im letzten Jahre um über 100.000 Mark, es betrug am Ende der Geschäftsperiode 279.797 Mark.

Für die Redaktion berichtete Gebel-Berlin. Die Auflage des Verbandsorgans beträgt 21.448 Exemplare.

Die Verhandlungen wurden dann auf Mittwoch vertagt.

* * *

Leipzig, 2. Juli.

Dritter Verhandlungstag.

Für den Ausschuß berichtete heute Weig-Dresden, der einige Beschwerden erörterte und dann für den Vorstand Entlastung beantragte.

Die Debatte über die Geschäftsberichte war sehr ausgedehnt. Verschiedene Delegierte übten Kritik an der Tätigkeit des Vorstands, und zwar besonders über die bei Lohnbewegungen. Der Vorstand besitze bei Lohnbewegungen nicht die notwendige Energie. Er bewillige Bewegungen und hufe dann später sehr oft zurück. Der Verbandsvorsitzende dürfe bei Lohnbewegungen nicht allein mit den Unternehmern verhandeln. In der Flaschenindustrie müßte etwas geschehen, man müsse untersuchen, wie es am besten möglich sei, gegen das Großkapital vorzugehen. Weiter wurde verlangt, die Agitation noch intensiver zu betreiben: wenn der Vorstand sich mehr mit den Agitationskommissionen verständigen würde, könnte leicht mehr geschehen. Die Abhaltung von Lichtbildervorträgen, wie im Bauarbeiterverband, sei empfehlenswert. Bei der Agitation müsse besonders Gewicht darauf gelegt werden, die Heimarbeiter der Organisation zuzuführen. Um die Frauen besser zu gewinnen, wäre es angebracht, für diese niedrigere Beitragsklassen festzusetzen. Angeregt wurde auch die weitere Anstellung von Beamten, so im besonderen für die Oberpfalz. Für die Weiterbildung der Funktionäre tue der Verband zu wenig, andere Organisationen könnten da vorbildlich sein. Das Zwischenmeistersystem sollte mehr bekämpft werden. Kritisiert wurde auch die geringe Entlohnung der weiblichen Hilfskraft auf dem Vorstandsbureau. Bezüglich des „Fachgenossen" wurde gewünscht, daß dieser die Alkohol- und Jugendbewegung mehr beachtet.

Gauleiter Dirschel-Jena wandte sich entschieden gegen die Taktik des Vorstands bei Bewegungen. Den Gauleitern seien bei Streiks zu sehr die Hände gebunden, man müsse ihnen mehr Bewegungsfreiheit geben. Unter Zustimmung kritisierte Dirschel, daß der Vorstand vor Beratung der Ausnahmebestimmungen über die Beschäftigung von Jugendlichen und Frauen in der Glasindustrie im Reichstag keinen außerordentlichen Kongreß einberufen hat, in dem laut und deutlich ausreichender Schutz für die Arbeiter in den Glashütten hätte gefordert werden sollen. Redner ist es unbegreiflich, daß die in Gemeinschaft mit Vertretern der sozialdem. Fraktion ausgearbeitete Resolution, in der die Forderungen des Vereins auf

gestellt waren, im Reichstag abgeschwächt eingebracht worden ist. Ganz besonders bedauerlich sei es, daß kein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion die Resolution im Reichstag vertreten habe, obwohl dies vorher versprochen worden sei.

Reichstagsabgeordnete Horn erklärte, daß die Abänderung der Resolution von dem sozialpolitischen Ausschuß der Fraktion vorgenommen worden sei, die zur Meinung gekommen wäre, daß das Geforderte allgemein für die Glasindustrie nicht durchführbar sei. Für die Tafelglasindustrie müßte man eine Ausnahme machen, da könnte man die Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit nicht verlangen. Ich habe es deshalb abgelehnt — sagte Horn —, die Resolution zu begründen, weil ich eine Resolution nicht begründen kann, die nicht meiner innersten Ueberzeugung entspricht. Der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses, Robert Schmidt, auf den die Abänderung zurückzuführen ist, hatte sich zum Wort gemeldet, aber anscheinend nachträglich wieder streichen lassen. So ist die Resolution nur mit Hilfe des Zentrums ohne Begründung zur Annahme gelangt. Darnach hat sich auch der Bundesrat gerichtet: Was durch die neue Bundesratsverordnung herausgekommen ist, ist nichts als ein Sammelsurium von Bestimmungen, die den Unternehmern einen weiten Spielraum lassen, die Bestimmungen zu hintergehen.

Von weiteren Rednern wurde ebenfalls bedauert, daß die Resolution abgeändert und im Reichstag nicht einmal begründet worden ist.

Verbandsvorsitzender Girbig erklärte, daß er im Verbandsvorstand für die Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung eingetreten sei, doch habe sie der Vorstand der Kosten halber abgelehnt. Redner betonte dann, daß Robert Schmidt zur Ueberzeugung gekommen sei, daß das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in der Tafelglasindustrie aus technischen Gründen nicht verlangt werden könne. Er (Girbig) habe dann gesagt, wenn die Fraktion das nicht vertreten könne, so solle sie es lassen. Schutz für die Jugendlichen müsse aber verlangt werden. Außerordentlich erstaunt sei er gewesen, als er sah, daß die Fraktion im Reichstag keine Begründung der Resolution gegeben habe.

Im weiteren Verlauf der Diskussion brachte Dirscherl folgende Resolution zu dieser Frage ein, der die Generalversammlung einstimmig zustimmte:

„In Bezug auf die Resolution, betr. den Arbeiterschutz in den Glashütten spricht die Versammlung ihr Bedauern darüber aus, daß der sozialpolitische Ausschuß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entgegen dem Widerspruch des Genossen Horn in die Resolution eine Bestimmung aufgenommen hat, wonach für die Tafelglashütten die Ausnahme gemacht werden soll, daß in diesen Betrieben die Nachtarbeit für die Jugendlichen, sowie die Sonntagsarbeit weiter fortbestehen kann.

Die Generalversammlung spricht ferner ihr Befremden darüber aus, daß die genannte Resolution nicht begründet worden ist. Sie billigt den Standpunkt des Genossen Horn, den er gegen die Ausnahmestellung der Tafelindustrie eingenommen hat."

Die weitere Debatte über die Geschäftsberichte wurde am Abend durch Schlußantrag beendet. In den Schlußworten gingen die Referenten ausführlich auf die vorgebrachten Einwände ein.

Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Abends 8 Uhr wurde die Verhandlungen vertagt. Morgen wird in gemeinsamer Tagung die Statutenvorlage beraten.

Außerordentliche Generalversammlung der Porzellanarbeiter.

Leipzig, den 30. Juni.

An der Generalversammlung nehmen 50 Delegierte, darunter 10 Frauen, 4 Vorstandsmitglieder, 4 Gauleiter und Vertreter der Redaktion, der Revisoren und der Beschwerdekommission teil. Die Porzellanarbeiter Oesterreichs vertritt der Vorsitzende Palme.

Ueber die Verschmelzungsfrage referierte Verbandsvorsitzender Wollmann-Charlottenburg, der eingangs die Bedeutung der Verschmelzung, die Vorteile für die drei Verbände hervorhob und dann die Gründe der Verschmelzungsgegner widerlegte. Man wolle sich verschmelzen, nicht um die Unterstützungseinrichtungen weiter auszubauen, sondern um die Organisationen kampfunfähig zu machen. Es sei daher notwendig, alle Anträge, die auf eine Erhöhung der Unterstützungen hinzielen, abzulehnen. Die Streikunterstützung sei etwas heraufgesetzt worden. Zum Schlusse betonte Redner, zusammenkommen müsse man, wenn man nicht die beste Gelegenheit, den Mitgliedern zu helfen, verpassen wolle. Komme die Verschmelzung jetzt nicht, dann wohl nimmer.

In der Generaldebatte sprachen zahlreiche Redner für den Verschmelzungsgedanken, wie ihm in der Vorlage Ausdruck gegeben wurde. Es wurden jedoch eine Reihe Abänderungs-Vorschläge gemacht. Einen breiten Raum in der Diskussion nahm die Frage bezüglich der Ofensetzer ein. Bezweifelt wurde, daß bei den vorgesehenen Sätzen für die Ofensetzer noch Mittel für den Kampf übrig bleiben. Die Ofensetzer hätten 93 Prozent der Gesamtunterstützung bei Arbeitslosigkeit gebraucht. Da sei zu befürchten, daß sie auch ein Bleigewicht für die neue Organisation werden. Das beste wäre, wenn die Ofensetzer sich dem Bauarbeiterverband anschließen würden. Fraglich sei auch, ob die Glasarbeiter geneigt wären, den 1 Mk.-Beitrag zu bezahlen. Von vielen Rednern wurde zum Teil sehr scharf die Art der Agitation der Fabrikarbeiter gegenüber dem Porzellanarbeiterverband kritisiert. — Der Vertreter der Generalkommission bedauerte die scharfen Angriffe auf die Fabrikarbeiter. Der Zusammenschluß der drei Verbände sei aus strategischen Gründen notwendig. Hinter dem großen Gesichtspunkt, bei Kämpfen leistungsfähiger zu sein, müßten alle kleinlichen Fragen, wie die Ausgestaltung der Unterstützungen, zurücktreten.

Die Verhandlungen wurden vertagt.

* * *

Leipzig, den 1. Juli 1913.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Generaldebatte über den Statutenentwurf zog sich noch bis zur Mittagspause hin. Fast alle Redner sprachen für die Verschmelzung. Verlangt wurde jedoch, daß der Entwurf in Einzelheiten noch geändert werde. Ferner wurde gewünscht, daß die Karenzzeit zum Bezug von Unterstützungen herabgesetzt und teilweise ganz beseitigt wird. Die Arbeitslosenunterstützung sollte noch erhöht werden. Vorgeschlagen wurde auch, die Krankenkasse getrennt zu führen, der Beitritt für diese Unterstützung könnte fakultativ sein. Die Grenzstreitigkeiten mit den Fabrikarbeitern wurden auch heute eingehend erörtert. Der Vertreter der Generalkommission, Umbreit-Berlin, vertrat deren Standpunkt. Es müsse im Sinne der Hamburger Resolution des Gewerkschaftskongresses gearbeitet werden. Eine Frage der Entwickelung sei es, eine Institution zu schaffen, die Exekutivgewalt habe. Dies könne und dürfe aber nicht von der Generalkommission ausgehen, sondern müsse aus den Organisationen heraus verlangt werden. Verbandsvorsitzender Wollmann betonte, die Fabrikarbeiter würden sich nach den Entscheidungen der Generalkommission nicht richten, und auch keine Verständigung wollen.

Nach weiteren Ausführungen wurde die Generaldebatte geschlossen. Zur Weiterberatung der Statutenvorlage wurde eine Kommission von neun Mitgliedern eingesetzt, die in Gemeinschaft mit den Vertretern der übrigen Verbände neue Vorschläge machen soll.

Die Verhandlungen wurden bis zur Beendigung der Kommissionsarbeiten vertagt.

* * *

L. r. Leipzig, 2. Juli 1913.

Dritter Verhandlungstag.

Der Verbandstag trat erst am Nachmittag zusammen. Vollmann-Charlottenburg berichtet über den Stand der Kommissionsarbeiten. Nach ziemlich schweren Beratungen habe sich die Kommission der drei Verbände auf einer Grundlage verständigt, die eine Abänderung der Statutenvorlage in der Beitrags- und Unterstützungsskala darstelle. In einer gemeinsamen Sitzung der drei Generalversammlungen wäre erst über diese neuen Grundlagen zu sprechen. Würden die Grundlagen angenommen, dann könne weiter verhandelt werden.

Die Generalversammlung stimmt ohne Diskussion dem Vorschlage über die Gestaltung der weiteren Verhandlungen zu.

Schramm-Selb erstattete sodann den Bericht der Beschwerde-Prüfungs-Kommission. Die Beschwerden sind außerordentlich genau geprüft worden. Sie sind interner Natur und betreffen zumeist verwaltungstechnische Fragen. Die Generalversammlung bestätigt in allen Fällen das Urteil der Beschwerdeprüfungskommission.

Nach der Erledigung einiger geschäftlicher Fragen vertagt sich die Generalversammlung bis morgen.

* * *

In der Diskussion, die heute nicht mehr beendet wurde, nahm die Leipziger Streikangelegenheit einen breiten Raum ein. Die Leipziger Delegierten vertraten sehr ausführlich ihren Standpunkt. Wenn die Bewegung auch nicht rechtzeitig schriftlich angemeldet worden wäre, so sei der Vorstand doch mündlich darüber unterrichtet worden. Die Situation sei außerordentlich günstig für die Bewegung gewesen, der Streik ja auch gewonnen worden. Andere Redner traten der Auffassung des Vorstandes bei. Auch die Leipziger müßten sich an das Statut halten. Obwohl die Tätigkeit des Vorstandes im allgemeinen Anerkennung fand, wurden doch auch manche kritische Töne angeschlagen. Besonders wurde die Schreibweise des Redakteurs kritisiert, die oft verletzend sei. Gegen die Tätigkeit des Gauleiters im Gau Berlin wandten sich zahlreiche Redner, in diesem Gau ginge es nicht vorwärts. Auf das Verlangen der Arbeitgeber, einen einheitlichen Ablauftermin festzulegen, solle man sich nicht einlassen. Die vom Vorstand vorgeschlagene dauernde Anstellung einer Hilfskraft im Hauptbureau stieß auf starken Widerspruch. Um der vom Verbandsvorsitzenden Drunkel-Berlin verfaßten Geschichte des Töpferverbandes eine möglichst große Verbreitung zu sichern, solle diese zu einem Preise von 1,50 Mark abgegeben werden.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt. Morgen tagen die drei Verbände gemeinsam, um den Bericht der Statutenberatungskommission entgegenzunehmen.

Gewerkschaftsbewegung.

Deutsches Reich und Ausland.

Das Streikpostenstehen vor Gericht. Eine interessante Streikgeschichte kam am Donnerstag vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I Berlin zum Abschluß. In einer Glasfabrik in der Reichenberger Straße in Berlin brach kürzlich ein Streik aus, an dem auch Frauen beteiligt waren. Die Arbeiterin Anna Niesalla stand Anfang Januar Streikposten. Sie wurde von einem Kriminalschutzmann aufgefordert, sich zu entfernen. Einige Tage später sah der Schutzmann die N. wiederum vor der Fabrik stehen. Er sagte zu ihr: „Ich habe Sie doch bereits verwarnt, ich erkläre Sie für verhaftet!" Die Niesalla wurde wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu 5 Mk. Strafe verurteilt. Die Berufung wurde verworfen. Infolge eingelegter Revision hob der 2. Strafsenat des Kammergerichts das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Prüfung an die Berufungsinstanz zurück. In der Verhandlung beantragte Verteidiger Dr. Rosenfeld die Freisprechung. Der Staatsanwalt schloß sich diesem Antrage an, wandte sich aber gegen den weiteren Antrag, die Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen, mit dem Bemerken, die Angeklagte hätte zu der Objektivität des Gerichtshofes so viel Vertrauen haben müssen, daß sie auch ohne Verteidiger freigesprochen werde. R.-A. Dr. Rosenfeld erwiderte, die Angeklagte mag zu der Objektivität des Gerichtshofes wohl volles Vertrauen gehabt haben, sie war jedoch auf alle Fälle genötigt, sich für die Revisionsinstanz einen Anwalt anzunehmen. Der Gerichtshof unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schwartze erkannte auf Freisprechung der Angeklagten und legte die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf.

Achtung, Former und Gießereiarbeiter! Bei der Firma A. Wagener in Küstrin streiken die Former und Gießereiarbeiter. Abzüge und andere Mißstände, welche die Firma nicht abzuändern gewillt ist, haben Veranlassung gegeben, daß sämtliche Kollegen der Gießerei, 46 Mann, die Arbeit eingestellt haben. Zuzug ist strengstens fernzuhalten.

Der Neunstundentag in den bremischen Staatsbetrieben. Die Bremer Bürgerschaft verhandelte am Mittwoch über die Einführung des neunstündigen Arbeitstages in allen bremischen Staatsbetrieben. In einigen existiert er ja, aber in den meisten bremischen Staats- und Gemeindebetrieben wird noch 10, ja sogar noch 11 und 12 Stunden gearbeitet. Ein Antrag forderte zunächst von den Behörden einen Bericht über die Angelegenheit. Gegen eine erhebliche Minderheit wurde der Antrag angenommen.

Das parlamentarische Komitee der Arbeiterpar[tei von] Englands wird zu einer Konferenz zusammentreten, um [über] die Frage des Achtstundentages zu beraten. In den Mittelgr[afschaften] hat sich in der Streiklage keine Besserung gezei[gt] und die Konferenz, die am Montag zwischen Arbeitern und A[r]beitgebern der Waggonbauanstalten stattfand, verlief [re]sultatlos. In Südwest-Lancashire, wo die Ban[d]arbeiter in den Ausstand getreten sind, ist die Situation [so] gut wie unverändert. Beide Seiten sind fest entschlossen, d[as] Streik fortzusetzen. Die Gutsbesitzer tun ihr möglichst[es] um eigenhändig die Heuernte einzubringen. Die Gefahr ein[es] Ausstandes unter den Arbeitern im Schiffsbaugewerb[e] scheint für den Augenblick vorüber zu sein, da die Leute sich f[ür] die Annahme der Bedingungen der Arbeitgeber ausgesproch[en] haben.

Der Generalstreik im Ruhrgebiet. Der Berg[]arbeiterverband hat alle anderen Verbände zum Stre[ik] für Freitag aufgerufen; er hat die Abstimmung aufgegebe[n], weil das Warten auf deren Ergebnis die Lage verschlimmer[n] würde. Die Vereinigung der Grubeningenieur[e] warnt die Maschinenführer in den Minen vor einem unbered[]tigten Streik und verlangt, daß sie das Ergebnis der Abstim[]mung, welche am Freitag stattfindet, abwarten sollen. D[ie] Leute im Germistondistrikt zeigen zurzeit wenig Neigun[g], sich der Streikbewegung anzuschließen; aber man glaubt, daß d[ie] Majorität der Aufforderung, am Freitag den Streik zu beginne[n], entsprechen wird. Die Bureaubeamten und sonstigen Miner[al]beamten und die nicht organisierten Arbeiter sind als Sicher[]heitsleute zum Schutz der Minenanlagen eingeschrieben worde[n]. Der Streik hat sich auch auf verschiedene Kohlenwerke aus[]gedehnt. Es ist noch unsicher, wie die Eisenbahnange[]stellten sich verhalten.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr.
Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

E., Zaborze. In diesem Falle darf der eiserne Ofen nich[t] gepfändet werden.

K. J. Verunglückt ein Kind beim Schulturnen und wirl[d] ärztliche Hilfe nötig, so müssen die Eltern für die Kosten auf[]kommen, wenn nicht der Lehrer oder Mitschüler den Unfall ver[]schuldet haben.

O. L., Guhrau. Das Beschwerderecht existiert auf dem Papier. Ist aber in diesem Falle so gut wie aussichtslos. Be[]schwerden sind an den Regierungspräsidenten zu richten.

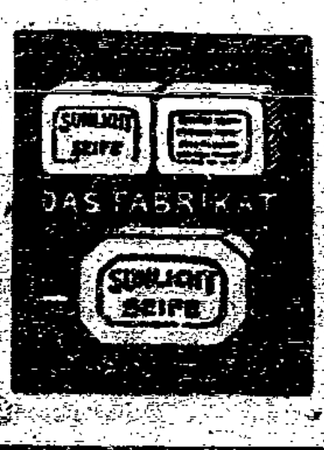
Aus der Geschäftswelt.

Die erste Kolonialwaren-Ausstellung. In den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten zu Berlin wurde vor kurzem eine Ausstellung geschlossen, die die Kolonialwarenhändler veranstaltet hatten. Es war das erste Mal, daß der Kolonialwarenhandel in einer öffentlichen Ausstellung seinen Wirkungskreis als geschlossenes Ganzes zur Geltung brachte. Um ein vollständiges Bild zu geben, mußten auch Fabrikanten auf dem Plan erscheinen, mit denen der Kolonialwarenhändler in engster Fühlung steht. An erster Stelle fanden wir neben einer Anzahl Fabrikanten der Markenartikelbranche Kathreiners Malzkaffeefabriken, deren zweckmäßig und geschmackvoll angelegter Pavillon fortgesetzt belagert wurde. Hier hatte jeder Gelegenheit, den richtig zubereiteten Kathreiners Malzkaffee kostenlos kennen zu lernen, und die zufriedenen Gesichter bewiesen, daß niemand enttäuscht war. Bei dem billigen Preis und den hervorragenden gesundheitlichen Eigenschaften, die Kathreiners Malzkaffee besitzt, verlohnt es sich wohl, durch eine Kostprobe auch den vorzüglichen Geschmack kennen zu lernen. Im übrigen war auf dieser interessanten Ausstellung alles vertreten, was der Kaufmann führt, vom täglichen Gebrauchsartikel bis zu den feinsten Delikatessen. Erfreulich war es auch, daß der deutsche Kolonialwarenhändler trotz vieler Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hat, durch die Ausstellung den Beweis erbrachte, daß er mit einer gesunden Fortentwickelung wohl Schritt zu halten weiß.

3226/3

Sunlicht Seife

wird in einer imposanten Fabrik bei Mannheim (Baden) hergestellt. Dieses Muster-Etablissement ist mit allen modernen Einrichtungen der Technik ausgestattet und wird streng wissenschaftlich betrieben. Sunlicht Seife ist garantiert rein, ihre Qualität unveränderlich.



1097/3